

# politix

Ausgabe 34 | 2013



**ipw**

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

ISSN 1990-4630

# Inhalt

## Schwerpunkt: Populismus

Populismus & Postdemokratie – ein Dualismus am Beispiel ‚Team Stronach‘ . . . . .	4
<i>Nino Willroider</i>	
Medienberichterstattung und Wahlverhalten . . . . .	7
<i>David Johann</i>	
Populismus – oder die Reduktion von Komplexität in Wahlkampfzeiten . . . . .	10
<i>Günter R. Burkert</i>	
Volksnähe als Zuschreibung, diskursives Konstrukt und politischer Maßstab . . . . .	14
<i>Emo Gotsbachner und Judith Welz</i>	
Political Conservatism in Austria . . . . .	16
<i>Skander Ben Mami</i>	
‚Alternative für Deutschland‘ – eine Gefahr für die Etablierten? . . . . .	20
<i>Frank Decker</i>	
Fünf Sterne aber kein Luxus: Das ‚Movimento 5 Stelle‘ . . . . .	23
<i>Alessandro Volcich</i>	
Greece: The Populist Deluge . . . . .	26
<i>Paris Aslanidis and Zoe Lefkofridi</i>	
Populismus in Bolivien. Oder: Eine Runde Fußball mit Evo . . . . .	30
<i>Lara Hagen</i>	

## Aktuell / Intern

Interview: Roman Rafreider . . . . .	34
<i>Dominik Hultsch und Michael Mayrhofer</i>	
Populäre NS-Erinnerung des Sports . . . . .	37
<i>Georg Spitaler</i>	
Wählen mit 16 . . . . .	40
<i>Eva Zeglovits</i>	
„Remember, remember the 31 <sup>st</sup> of May“ – Gezi-Park-Proteste in der Türkei . . . . .	42
<i>Ayşe Dursun</i>	
Die iranischen Ajatollahs und ihr Hass auf Israel . . . . .	44
<i>Stephan Grigat</i>	
Iran: Die goldene Chance. . . . .	48
<i>Katajun Amirpur</i>	

## Rezensionen

Robert Menasse: Der europäische Landbote . . . . .	52
<i>Michael Mayrhofer</i>	
Axel Honneth: Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit . . . . .	53
<i>Anna Camilla Zell</i>	
Fischer, Frank/Herbert Gottweis (Hg.): The Argumentative Turn Revisited: Public Policy as Communicative Practice . . . . .	54
<i>Thomas Immervoll</i>	

# Editorial

In *Die Kultur des neuen Kapitalismus* schreibt Richard Sennett, dass BürgerInnen zu bloßen KonsumentInnen politischer Spektakel werden. Die sachliche Qualität von Programmen wird nicht mehr nachgefragt, sondern nur mehr jene Fertigkeiten, mit denen PolitikerInnen ‚ankommen‘ wollen. Parteien nicht mehr als politische Lager, sondern als Lifestyle-Gemeinschaften konzipiert. Das ‚Publikum‘ bleibt aufmerksam, solange es kracht; daher muss eine politische Diskussion mindestens ein Schreiduell oder eine giftige Polemik beinhalten. Und, damit ist kurz umrissen, um was es in dieser Ausgabe der *politix* gehen soll: Populismus. Ein entsetzlich schwieriger Begriff.

Nino Willroider analysiert zunächst die Entwicklung des Populismus-Begriffes bis heute und erklärt, warum das ‚Team Stronach‘ prototypisch die zentralen theoretischen Konzepte von Populismus und Postdemokratie miteinander verbindet.

Die Medien sind Vehikel eines jeden politischen Spektakels, sie sind jene Mittel, mit denen ‚Öffentlichkeit‘ erzeugt werden kann und Manipulation stattfindet. David Johann zeigt in seiner empirischen Analyse zur Medienberichterstattung in der österreichischen Presse, dass es eine eindeutige Korrelation zwischen positiver Berichterstattung und der Zustimmung zu politischen Programmen gibt. Günter Burkert wiederum analysiert in seinem Text anhand von Plakaten wie es im Zuge ‚populistischer Praktiken‘ zu einer merklichen Reduktion politischer Inhalte während des Wahlkampfes kommt und zeigt einerseits, dass Komplexitätsreduktion zwar notwendig ist, aber auch, wie dabei ganz gezielt bestimmte Forderungen in Schall und Rauch aufgehen.

Oft wird mit Populismus der Personenkult um eine charismatische Persönlichkeit assoziiert: Emo Gotsbacher und Judith Welz haben eine empirische Betrachtung anhand qualitativer Interviews erstellt, in deren Zentrum sie die Affinität zu Jörg Haider anhand des Kriteriums ‚Volksnähe‘ untersucht haben. Und um bei Österreich zu bleiben: Skander Ben Mami geht der Frage nach, warum konservative Parteien in Österreich den politischen Mainstream des Landes bestimmen. In Deutschland gibt es im Unterschied zu den meisten anderen europäischen Ländern keine relevante rechtspopulistische/euroskeptische Partei. Frank Decker erklärt in seinem Text kurz vor der Bundestagswahl, warum sich auch die AfD (Alternative für Deutschland) schwertut zu einer relevanten Kraft zu werden. Das Movimento 5 Stelle (M5S) errang bei den Parlamentswahlen 2013 fast ein Drittel der Stimmen. Alessandro Volcich hat das M5S für *politix* analysiert und stellt politische Widersprüche sowie autoritäre Mechanismen fest. Nicht umsonst betitelten Paris Aslanidis und Zoe Lefkofridi ihren Text ‚Griechenland: Die populistische Sintflut‘; sie zeigen wie sehr die griechische politische Landschaft seit Jahrzehnten von populistischen Parteien geprägt wurde und mit welcher Intensität die derzeitige ökonomische Situation im Land diesen Trend noch verstärkt. Populismus in Lateinamerika wird kontrovers diskutiert: Einige sprechen von einer Bedrohung für die Demokratie und einen Schritt zum autoritären Regime, andere Interpretationen sehen darin Umwälzungsbewegungen für mehr Demokratie und soziale Gleichheit. Lara Hagen war in Bolivien und hat für *politix* ihre Eindrücke zusammengefasst.

Im Intern: Für den Start unserer neuen Interviewreihe ‚Politikwissenschaft in der Praxis‘ konnten wir Roman Rafraider, Nachrichtenmoderator der ZIB20 und ZIB24 gewinnen. Georg Spitaler fasst in seinem Text seine Arbeit zur NS-Vergangenheit des SK Rapid zusammen und weist auf interessante Parallelen zum Wiener Ruderverein Lia hin. Eva Zeglovitz gibt uns einen Einblick in ihre Arbeit zum Thema ‚Wählen mit 16‘ und räumt mit einigen Klischees zum mangelnden politischen Interesse von Jugendlichen auf. Die Bilder von den brutalen Ausschreitungen gegen die DemonstrantInnen bei den Gezi-Park-Protesten in Istanbul gingen um die Welt, doch die türkischen (Mainstream-) Medien übten sich in Selbstzensur. Ayse Dursun schreibt über die Tradition des Autoritarismus im türkischen Staatsgefüge und über den neoliberalen Charakter der AKP-Regierung.

Stephan Grigat zeigt in seinem Kommentar zum Iran, dass das Label ‚populistisch‘ die große Gefahr der Verharmlosung mit sich bringt und, dass Drohgebärden des Teheraner Regimes gegen Israel (und die Welt) auch unter dem neu gewählten Präsidenten Rohani nicht einfach als populistischer Stimmungsmache abgetan werden dürfen. Katajun Amirpur vertritt hingegen die Ansicht, dass die Entspannungspolitik Rohanis eine „goldene Chance“ für eine Lösung des Atomwaffenstreits darstellt, die der Westen nicht leichtfertig wegwerfen darf.

Wie immer finden sich spannende Rezensionen am Ende dieses Heftes. Viel Spaß beim Lesen!

# Populismus & Postdemokratie – ein Dualismus am Beispiel ,Team Stronach‘

Nino Willroider

Vor rund 30 Jahren entstanden aus dem Bedürfnis geänderten und nuancierteren Interessenlagen Ausdruck zu geben, neue Parteien und alte wurden – wie im Fall der FPÖ – radikal umgestaltet. Die bekannte Konfliktlinie links-rechts wurde um eine differenziertere erweitert, die als ‚Silent Revolution‘ (i.e. grün, alternativ, libertär [GAL]) und ‚Silent Counter Revolution‘ (i.e. traditionell, autoritär, nationalistisch [TAN]) beschrieben wird (Inglehart, 1977). Zu letzterer gehören insbesondere rechtspopulistische Parteien, die ich im Folgenden im Kontext von Colin Crouchs Thesen zur ‚Postdemokratie‘ (2004) analysiere.

## Populismus – eine theoretische Verortung

Populismus ist ein Begriff, den es nicht erst seit der Entstehung des ‚modernen‘ Rechtspopulismus in Europa (und hier vor allem Österreich, Frankreich und Italien) gibt. Bereits seit den 1960er Jahren versuchten Forscher\_innen für politische Massenphänomene in Lateinamerika (Juan Perón und Getúlio Vargas), den USA (Populists in der Progressive Era) und Russland (Narodniki) eine gemeinsame Definition zu finden. Diese bot schlussendlich Margaret Canovan, die einen gemeinsamen Wesenszug ausmachte: Allen Populisten sei der Bezug auf ein abstraktes, nicht näher definiertes Volk gemein. Dieses Volk teile ebenfalls gleiche Interessen, die auch nicht durch Klassenunterschiede aufgehoben würden. Einzig gierige Eliten und äußere Einflüsse seien für Konflikte verantwortlich zu machen (Canovan, 1981). Das als Einheit imaginierte und angesprochene Volk wird nach Canovans Analyse meist

durch eine Einzelperson mobilisiert, die einer streng hierarchisch und nach dem Führerprinzip organisierten Partei vorsteht. Aus dieser Personenzentrierung resultiert eine immense inhaltliche Wandlungsfähigkeit, weil im Gegensatz zu klassisch-demokratischen Parteien keine Rücksprache mehr mit der Parteibasis gehalten werden muss.

Populistische Parteien entstehen meist als Protestparteien, weil es diesen Gruppierungen ideologisch gemein ist, im System oder bei den bisherigen Eliten Missstände auszumachen und diese für eine wahrgenommene (wirtschaftliche, soziale etc.) Misere verantwortlich zu machen. Die Forschung unterscheidet hierbei in ‚relational opposition‘, wenn lediglich Teile des Systems kritisiert werden, und ‚ideological opposition‘, wenn ein kompletter Systembruch gefordert wird. Populistische Parteien verfolgen meist den Weg der relationalen Opposition, sind also ‚Anti-Establishment-Parteien‘ (Schedler, 1996), weil sie mit dieser moderateren Herangehensweise die Strategie des ‚vote seeking‘ besser verfolgen können. In diesem Zusammenhang wird oft versucht, sich von der Elite abzuheben und sich als anti-politische und anti-systemische Partei zu profilieren. Dabei werden bestehende Unterschiede der regierenden Parteien verwischt und diese gesamt als korrupte politische Elite hochstilisiert. Um sich von jener politischen Elite abzuheben, scheuen populistische Parteien nicht vor Tabubrüchen zurück, die sich vor allem im Sprachgebrauch, aber auch in der bewussten Infragestellung der bisherigen politischen Gebräuche und Umgangsformen äußern.

Inhaltlich sind diese Gruppierungen äußerst wandlungsfähig und orientieren sich stets an tagesaktuellen Themen, die Herbert Kitschelt (1995) als

„winning formulas“ bezeichnet. Jene Gewinnformeln bestehen meist aus marktliberalen und rechtsautoritären Komponenten. Die Parteien bedienen dabei radikale Nischen, die durch die gemäßigte Regierungspolitik aufgrund von notwendigen Kompromissen nicht abgedeckt werden können. Somit kommt es oft zu einem widersprüchlichen Mix an Inhalten, die dem Erfolg der populistischen Partei aber nicht im Wege stehen. Dieses komplexe Inhaltsgewirr wird mittels vereinfachter Botschaften in einer der modernen Medienlandschaft kompatiblen Form in simpler Sprache (KISS – Keep it short and simple/stupid!) ans Wahlvolk gebracht und dabei stets darauf geachtet, keinen der potentiellen Wähler\_innen zu verlieren (Heinisch, 2004).

## Postdemokratie

Crouch umschreibt mit dem Wort „Postdemokratie“ die Misere der Demokratie in Zeiten der Globalisierung und macht Faktoren aus, die für deren Einschränkung gegenüber wirtschaftlichen Interessen ausschlaggebend sind. Er ortet in erster Linie ein politisches Erstarken der Unternehmer\_innenseite bei gleichzeitigem Bedeutungsverlust der organisierten Arbeitnehmer\_innenseite, was mit einer Polarisierung der Klassengegensätze einhergeht. Crouch streicht den Machtgewinn von Medienunternehmen und Lobbygruppen hervor sowie die zunehmende Verflechtung von politischen und unternehmerischen Zirkeln bis hin zu deren Verschmelzung. Besonderes Augenmerk legt er in seiner Analyse auf die Umwandlung demokratischer Parteien in „postdemokratische Parteien“.

Laut Crouch war die Fortführung demokratischer Parteipolitik – d.h. die fünffache Gliederung der Parteiorganisation und die dadurch gewährleistete Bindung zwischen Parteispitze und Wähler\_in – seit den 1980er Jahren nicht mehr praktikabel. Die Parteispitzen begannen, zuerst in Großbritannien, sich von der Basis zu lösen und Strateg\_innen aus der Wirtschaft zu engagieren, um zu Wahlerfolgen zu gelangen. Die Partei wurde dadurch zu einer ständigen Wahlkampfmaschinerie und nicht mehr der Kristallisationspunkt ihrer Anhänger\_innenschaft.

Auf diese Weise wurden die Parteien jedoch flexibler und konnten eher auf die Bedürfnisse der Lobbygruppen und Wirtschaftseliten reagieren. Dabei spielte die neoliberale Wende eine große Rolle.

Diese neue, postdemokratische Strategie der alten Parteien folgt nun aber der Logik populistischer Parteien, denen jene inhaltliche Flexibilität und grundsätzliche Ideologielosigkeit immanent ist. Wie man diesen Sommer sowohl im bundesdeutschen wie auch im österreichischen Wahlkampf verfolgen konnte, sind die Unterschiede zwischen den alten Parteien (SPD-CDU/CSU und SPÖ-ÖVP) auch kaum mehr auszumachen. *Die Zeit* hat hierfür den Ausdruck „Entinhaltung“ geprägt (*Zeit Online*, 05.05.2013), der noch um den Begriff der ‚Entideologisierung‘ erweitert werden muss.

## Etablierte populistische Parteien in neuer Ausrichtung und neue Akteur\_innen

Beginnend mit den Anschlägen des 11.09.2001 ist eine Orientierung hin zum Identitätspopulismus feststellbar. Die Systemkritik geriet gegenüber der Identitätspolitik deutlich ins Hintertreffen. Welterte die FPÖ in den 1990er Jahren noch deutlich aggressiver gegen die Sozialpartnerschaft und allgemein gegen das ‚verkrustete System‘ – Jörg Haider rief immerhin die Dritte Republik aus –, dominiert heute eine neue Form der Ausgrenzungspolitik, bei der identitäre Werte den klassischen Rassismus und dessen ökonomische Argumentationsmuster ergänzen. Nunmehr baut das ehemals antiklerikale Lager im Wahlkampf (also immer) auf ‚christliche Werte‘: ‚Heimatland in Christenhand‘, ‚Liebe Deinen Nächsten‘.

Doch im Kampf um die Hoheit im Wertediskurs hat die FPÖ jüngst Konkurrenz erhalten. Das Team Stronach wurde im September 2012 vom Industriellen Frank Stronach gegründet. Als Partei entstand sie aus dem Nationalrat heraus, indem sich Abgeordnete anderer Parteien (vor allem des BZÖ) der neuen Formation anschlossen und die Gründung eines

eigenen parlamentarischen Klubs beantragten. Seit 30.10.2012 verfügt die Partei über Klubstatus, was vor allem in der medialen Berichterstattung (TV-Duelle, ‚Elefantenrunde‘ etc.) von Relevanz ist. Inhaltlich ist das Team Stronach strikt dem Wirtschaftsliberalismus verbunden und fordert neben der Weiterführung des neoliberalen New Public Management in der Verwaltung etwa ein Flat Tax-System. Auch soll im Interesse der Wirtschaft der Einfluss der Gewerkschaften zurückgedrängt werden. Öffentliche Auftritte bestreiten der Vorsitzende Frank Stronach sowie sein Stellvertreter Robert Lugar. Hierbei kommt eine duale Strategie zum Einsatz: Einerseits versucht der Vorsitzende in karnevalesken Fernsehauftritten seine systemkritischen Botschaften (u.a. gegen die Gewerkschaften) ans Wahlvolk zu bringen. Er legitimiert darin etwa den Abbau von Rechten der Arbeiter\_innen mit notwendigen Systembrüchen zur wirtschaftlichen Effizienzsteigerung und dem Anspruch, die „Wahrheit“ der Unternehmensführung (ergo: Staatsführung) zu kennen. Andererseits steht Lugar für das gewohnte, durch Spindoktor\_innen erstellte, abgeklärte, strategisch geplante und beschwichtigende öffentliche Auftreten einer postdemokratischen Partei. Der Dualismus, der die Verbindung von Populismus und Postdemokratie auf die Spitze treibt, ist neu: ein Parteivorsitzender, der ohne Rücksicht auf Konventionen für seine Belange durch die Wand geht, ist flankiert von einem in medialen und politischen Konventionen versierten Stellvertreter. Dadurch erlangt die Partei doppelte Paktfähigkeit – gegenüber dem Koalitionspartner ebenso wie gegenüber dem ‚Volk‘.

## Konklusion

Das Team Stronach verbindet ideal und – wie die Wahlergebnisse (z.B. bei den Salzburger Landtagswahlen) zeigen – praktikabel die theoretischen Konzepte von Populismus und Postdemokratie: Eine Führungsperson mit hervorragenden Verbindungen zur Wirtschaft wettet gegen das verkrustete Establishment und versucht, dem Volk seine politische Richtung in KISS-Sprache unterhaltsam zu vermitteln. Doch nicht nur medial, sondern auch

organisatorisch betrachtet stellt die Partei für die Wissenschaft ein Idealbild sowohl des Populismus als auch der Postdemokratie dar. Sie bedient unternehmerische Bedürfnisse, ohne auf Interessen einer Parteibasis Rücksicht nehmen zu müssen. Obwohl auf Landesebene bereits Regierungspartner, will das Team Stronach auf Bundesebene lediglich mittels ‚policy seeking‘ als klassische Oppositionspartei Inhalte mitgestalten. Das Team Stronach profitierte auch von der Vernachlässigung der systemkritischen Komponente durch die FPÖ. Da die FPÖ nun klassisch rechtspopulistisch auf Identitätspolitik setzt, ist im systemkritischen Segment der Weg für eine weitere populistische Bewegung frei geworden. Das Team Stronach schließt durch seine Kritik an den Sozialpartnern und den etablierten Parteien eine populistische Lücke.

*Nino Willroider studierte bei Prof. Heinisch an der Universität Salzburg Politikwissenschaft und arbeitet als freier Kommentator für die österreichische Presse.*

Canovan Margreth (1981): *Populism*. New York: Houghton Mifflin.

Crouch, Colin (2004): *Post-Democracy*. New York: John Wiley and Sons.

Heinisch, Reinhard (2004): *Die FPÖ – Ein Phänomen im Internationalen Vergleich, Erfolg und Misserfolg des Identitären Rechtspopulismus*. In: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft (ÖZP)* 3(33), 247–261.

Inglehart, Ronald (1977): *The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles Among Western Publics*. New Jersey: Princeton University Press.

Kitschelt, Herbert (1995): *The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.

Schedler, Andreas (1996): *Anti-Political Establishment Parties*. In: 2(3), 211–312.

# Medienberichterstattung und Wahlverhalten

David Johann

Ob und wie sich die Berichterstattung der Medien auf individuelle Einstellungen und Verhaltensweisen auswirkt, war und ist Gegenstand öffentlicher und wissenschaftlicher Diskussionen. Auch im Bereich der Wahlforschung wurde und wird verschiedentlich danach gefragt, welcher Einfluss von der Berichterstattung der Medien auf das Verhalten der BürgerInnen ausgeht. So stand z.B. wiederholt die Frage im Raum, ob und wie die vor Wahlen in den Medien veröffentlichten Umfrageergebnisse auf das Wahlverhalten wirken, wobei verschiedene Effekte sowohl auf die Wahlbeteiligung als auch auf die Wahlentscheidung denkbar sind, aber gleichzeitig zumeist nur schwer überprüft werden können (vgl. Brettschneider 2000; Gallus 2002). Neuere Untersuchungen zum Einfluss der Medienberichterstattung auf das Wahlverhalten fokussieren insbesondere auf den Umfang und den Ton der Medienberichterstattung: Inwieweit spiegeln sich die Präsenz und die Bewertung von politischen AkteurInnen in den bzw. durch die Medien im Wahlverhalten der BürgerInnen wider? (vgl. Lengauer/Johann 2013) Die Ergebnisse der verschiedenen Analysen sind vielschichtig, lassen jedoch insgesamt den Schluss zu, dass von Effekten des Umfangs und des Tons der Medienberichterstattung über die politischen AkteureInnen auf das Wahlverhalten auszugehen ist (vgl. Lengauer/Johann 2013, 42f.).

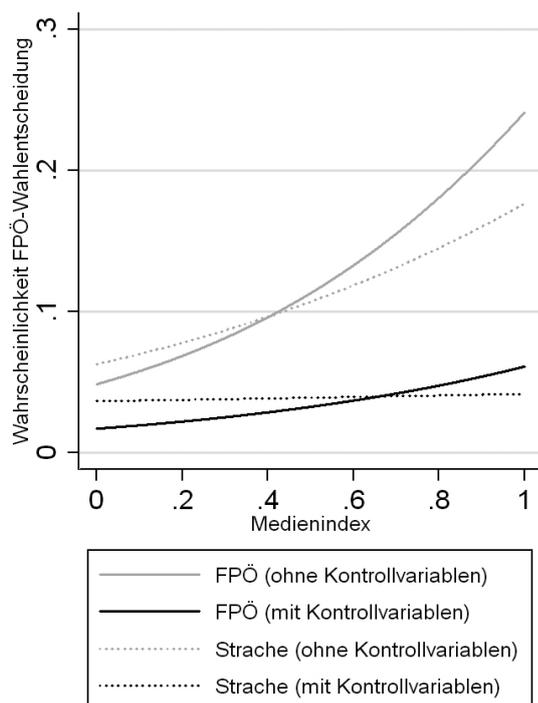
Auch für Österreich gibt es eine erste Untersuchung zum Zusammenhang von Medienberichterstattung und Wahlverhalten (Lengauer/Johann 2013): Unter Rückgriff auf Daten der Österreichischen Nationalen Wahlstudie AUTNES wird untersucht, welchen Einfluss der Umfang und der Ton der Medienberichterstattung über die Parteien und ihre Spitzenkandidaten auf das Wahlverhalten der ÖsterreicherInnen

bei der Nationalratswahl 2008 hatten. Mit Hilfe kombinierter Medienindizes, die gleichzeitig die Intensität und den Ton der Medienberichterstattung abbilden, wird zunächst gezeigt, dass sich verschiedene Printmedien in ihrer Berichterstattung über die verschiedenen Parteien und Spitzenkandidaten zum Teil deutlich unterscheiden. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang insbesondere der große Unterschied zwischen der Berichterstattung der so genannten Boulevardpresse (*Kronen Zeitung, Österreich*) über den SPÖ-Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers (Werner Faymann) und der Berichterstattung über den ÖVP-Kandidaten für das Amt des Bundeskanzlers (Wilhelm Molterer). Hinsichtlich der Effekte auf das Wahlverhalten wird dargelegt, dass sich die Medienberichterstattung über die Parteien und ihre Kandidaten in den Wahlentscheidungen widerspiegelte: Je umfangreicher und positiver die Berichterstattung über die SPÖ und Werner Faymann ausgefallen ist, welche die WählerInnen konsumiert haben, desto größer war die Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung zugunsten der SPÖ; und je umfangreicher und positiver die Berichterstattung über die ÖVP und Wilhelm Molterer ausgefallen ist, desto größer war die Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung zugunsten der ÖVP.

Dass sich die Medienberichterstattung auch auf die Unterstützung anderer (vermeintlich kleinerer) Parteien auszuwirken scheint, wird im Folgenden exemplarisch am Beispiel der FPÖ dargelegt. In Abbildung 1 sind die Effekte der Berichterstattung über die FPÖ und ihren Spitzenkandidaten Heinz-Christian Strache auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung für die FPÖ bei der Nationalratswahl 2008 präsentiert. Sie wurden mittels

logistischer Regressionsmodelle (jeweils ohne und mit Berücksichtigung spezifischer Kontrollvariablen, d.h. weiterer möglicher Faktoren, welche die FPÖ-Wahl beeinflussen, bspw. die individuelle Einstellung der WählerInnen zu Immigration) geschätzt. Datengrundlage war entsprechend dem Vorgehen von Lengauer und Johann (2013) die Medienanalyse und die Nachwahlbefragung der Österreichischen Nationalen Wahlstudie AUTNES (AUTNES 2009; AUTNES 2010). Der Index ‚FPÖ‘ bildet sowohl die Intensität als auch den Ton der Berichterstattung über die FPÖ in den letzten sechs Wochen vor der Wahl in sechs österreichischen Tageszeitungen (*Kronen Zeitung, Österreich, Kleine Zeitung, Kurier, Der Standard, Die Presse*) ab, der/dem die WählerInnen ausgesetzt waren, und der Index ‚Strache‘ entsprechend die

Abb 1: Einfluss der Medienberichterstattung über die FPÖ und Heinz-Christian Strache auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlentscheidung zugunsten der FPÖ bei der Nationalratswahl 2008



Anmerkungen: N=689. Die Auswahl der Kontrollvariablen entspricht der Auswahl der Kontrollvariablen bei Lengauer und Johann (2013), lediglich die Variablen „Sympathie für die SPÖ“ und „Sympathie für die ÖVP“ wurden durch die Variable „Sympathie für die FPÖ“ ersetzt. Zur Berechnung der vorhergesagten Wahrscheinlichkeiten wurden die metrischen Kontrollvariablen konstant auf ihrem Mittel und die dichotomen Kontrollvariablen konstant auf ihrem Modus gehalten.

Intensität und den Ton der Berichterstattung über Heinz-Christian Strache. Die beiden Indizes wurden gebildet, indem der Ton der Berichterstattung mit ihrer Intensität gewichtet und das Ergebnis mit dem Nutzungsverhalten der RespondentInnen der Nachwahlbefragung verknüpft wurde (zum genauen Vorgehen bei der Generierung der Indizes vgl. Lengauer/Johann 2013). Die hier dargestellten Indizes sind auf einen Wertebereich von 0 bis 1 recodiert. ‚0‘ bedeutet, die RespondentInnen haben eine vergleichsweise unvorteilhafte Berichterstattung über die FPÖ bzw. Heinz-Christian Strache konsumiert, ‚1‘ bedeutet, die RespondentInnen waren einer vergleichsweise positiven Berichterstattung über die FPÖ bzw. Heinz-Christian Strache ausgesetzt.

Was lässt sich erkennen? Während der Index ‚Strache‘ lediglich im Modell ohne Kontrollvariablen zu signifikanten Veränderungen der Wahrscheinlichkeit der FPÖ-Wahl führt, jedoch nicht im Modell mit Kontrollvariablen, wirkt sich der Medienindex ‚FPÖ‘ in beiden Modellen positiv auf die Wahrscheinlichkeit einer Wahlentscheidung zugunsten der FPÖ aus (statistisches Signifikanzniveau jeweils < 0.10). Das bedeutet: Während die Berichterstattung über Strache vor der Nationalratswahl 2008 keinen begünstigenden Effekt erkennen lässt (zumindest keinen direkten), scheint sich jedoch die allgemeine Berichterstattung über die FPÖ im Wahlverhalten widerspiegeln: Je vorteilhafter diese Berichterstattung ausfiel, desto eher haben die WählerInnen auch für die FPÖ gestimmt. Grund für die unterschiedliche Effektivität beider Indizes (‚Strache‘ vs. ‚FPÖ‘) könnte sein, dass bei österreichischen Nationalratswahlen in erster Linie über Parteien und nicht über KandidatInnen abgestimmt wird (vgl. Lengauer/Johann 2013: 43).

Die hier näher präsentierte Analyse ist eine von vielen kleinen Schritten, die nötig sind, um besser zu verstehen, wie sich die Medienberichterstattung auf das Wahlverhalten der BürgerInnen auswirkt. Sie weist darauf hin, dass die durch die BürgerInnen rezipierte Berichterstattung einen Beitrag zur Erklärung des individuellen Wahlverhaltens liefert. Gleichwohl sind zahlreiche weitere Analysen nötig,

um ihre komplexen Wirkungsmechanismen auf das individuelle Wahlverhalten zu identifizieren und abschließend beurteilen zu können, wie wichtig sie für das individuelle Wahlverhalten ist.

*David Johann ist Mitarbeiter der Österreichischen Nationalen Wahlstudie AUTNES, Fakultätszentrum für Methoden der Sozialwissenschaften.*

AUTNES (2009): *AUTNES Post-Post Election Survey 2009*, August 2011, [www.autnes.at](http://www.autnes.at).

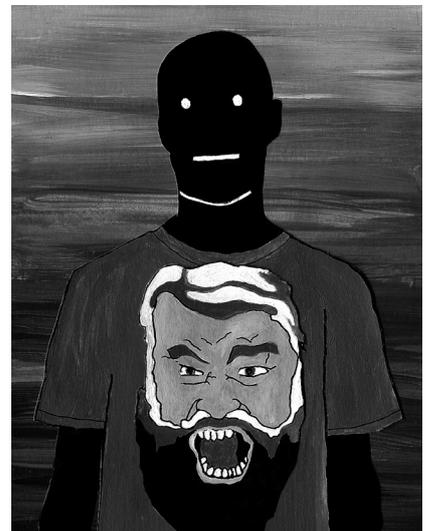
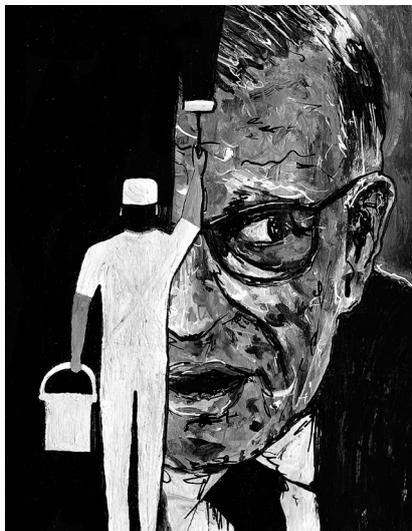
AUTNES (2010): *AUTNES Medienanalyse 2008*, Mai 2010, [www.autnes.at](http://www.autnes.at).

Brettschneider, Frank (2000): *Demoskopie im Wahlkampf – Leitstern oder Irrlicht?* In: Klein, Markus/Wolfgang Jagodzinski/ Ekkehard Mochmann/Dieter Ohr (Hrsg.): *50 Jahre empirische Wahlforschung in Deutschland. Entwicklung, Befunde, Perspektiven, Daten*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 477-505.

Gallus, Alexander (2002): *Demoskopie in Zeiten des Wahlkampfes. „Wirkliche Macht“ oder „Faktor ohne politische Bedeutung“?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 15-16*, 29-36.

Lengauer, Günther/David Johann (2013): *Candidate and Party Bias in the News and its Effects on Party Choice: Evidence from Austria*. In: *Studies in Communication Sciences 13*, 41-49.

“looking”, “emotionslos” & “angry”



# Populismus – oder die Reduktion von Komplexität in Wahlkampfzeiten

Günther R. Burkert

Populismus wird in den akademischen Kreisen Österreichs eher negativ beurteilt (Palaver 2012: 9f.), auch weil die Berufung des Nationalsozialismus auf das ‚gesunde Volksempfinden‘ hier noch immer nachwirkt und Populismus wesentlich negativer konnotiert ist als in vielen anderen Ländern. Gleichzeitig bedeutet die in Bezug auf die Bevölkerung europaweit höchste Dichte an Boulevardzeitungen einen einmaligen Nährboden für Parteien mit populistischem Zugang. Die im Zusammenhang mit Wahlkämpfen immer gestellte Frage nach möglichst breiter medialer Unterstützung und der damit eng verbundenen Angst vor WählerInnen-Stimmenverlust bedingt daher auch eine stärkere Popularisierung ehemals ‚staatstragender‘ Parteien. Der Mut, auch gegen den Boulevard Politik zu machen, ist größtenteils verloren gegangen. Fritz Plasser spricht daher mit Recht davon, dass der Wahlkampf unter den Bedingungen der österreichischen ‚Boulevarddemokratie‘ stattfindet. Bevorzugt werden von der Boulevardpresse Themen aufgegriffen, die bei vielen BürgerInnen starke Emotionen hervorrufen – vom Benzinpreis bis zur Einwanderung und Integration, von den Steuern bis zur Kriminalität, aber auch die soziale Gerechtigkeit ist ein Dauerthema. Die Deckungsgleichheit des letzten Themas bei SPÖ und *Kronen Zeitung* passt natürlich für einen Wahlkampf perfekt in das Konzept eines jeden Wahlkampfmanagers und einer jeden Wahlkampfmanagerin.

Die Grenzen des Populismus zum Politainment sind dabei fließender geworden (Diehl 2012: 27-38), weshalb Populismus und Massenmedien ein enges Verhältnis zueinander haben: Personalisierung, Komplexitätsreduktion, Dramatisierung und Emotionalisierung prägen die Logik beider.

Ein Wahlkampf in Zeiten raschen gesellschaftlichen Wandels und der damit verbundenen Auflösung traditioneller soziokultureller Milieus führt zum Aufkommen neuer populistischer Gruppierungen. Zielgruppe des Populismus sind überwiegend soziale Schichten und gesellschaftliche Gruppen, die durch die Veränderungsprozesse benachteiligt werden oder sich benachteiligt fühlen. Populistische Parteien werden damit auch zum Ausdruck einer Vertrauenskrise in die Lösungskompetenz der etablierten Volksparteien und führen gleichzeitig zur Erosion traditioneller Parteibindungen und zu abnehmender Integrations- und Mobilisierungsfähigkeit der (ehemaligen) Großparteien (Plasser 1996: 95f.). Die abnehmenden Gestaltungsmöglichkeiten in der nationalstaatlichen und regionalen Politik werden von den traditionellen Parteien nur zögerlich mit der Erklärung neuer politischer Prozessnotwendigkeiten, etwa auf EU-Ebene, beantwortet. Die Diskussion wird hier auch von der ÖVP und der SPÖ eher nach ‚Rückholung von Kompetenzen‘ auf die nationalstaatliche Ebene geführt.

Ein ‚Populismusschub‘ zeigt sich regelmäßig in der Intensivwahlkampfphase, wobei hier Populismus nicht als Substanz-, sondern als ein Relationsbegriff wahrgenommen wird: Er zeichnet sich aus durch Anti-Elitarismus, Anti-Intellektualismus, Anti-Politik, Institutionenfeindlichkeit sowie Moralisierung, Polarisierung und Personalisierung der Politik. Einige dieser Ingredienzien finden sich in den programmatischen Festlegungen von FPÖ, Team Stronach (neuerdings ‚Frank‘), den Neos und den Grünen.

Auch wenn die Einteilung in rechten und linken Populismus diskutiert wird, scheinen grundsätzliche Merkmale gegeben. Rechter Populismus zeichnet

sich durch Exklusion von Menschen (ethnische Minderheiten, ImmigrantInnen, AsylwerberInnen, ‚SozialstaatsschmarotzerInnen‘) bei gleichzeitiger Reservierung politischer und sozialer Teilhaberechte nur für die ‚eigene, autochthone Bevölkerung‘ (H.C. Strache: „für mich sind das unsere ÖSTERREICHER“) aus. Die SPÖ hat in diesem Bereich Probleme eine Linie zu Fragen der Immigration zu finden und spart das Thema lieber aus. Ist sie nämlich zu ‚ausländerfreundlich‘, verliert sie WählerInnen an die FPÖ, agiert sie zu ‚ausländerfeindlich‘, freuen sich die Grünen über einen Stimmenzuwachs. Das in der Fernsehdiskussion im ORF von Strache dem Bundeskanzler vorgehaltene Werbeplakat in türkischer Sprache sorgte daher nicht zufällig für die ersten wirklich emotionalen Minuten des Bundeskanzlers in diesen Diskussionsrunden. Die ÖVP deckt das Thema mit ihrem Staatssekretär nicht nur ab, sondern auch zu.

Linker Populismus hingegen thematisiert Anti-Kapitalismus, Anti-Globalisierung und Pazifismus. Er strebt durch Partizipation und Ressourcenumverteilung die Inklusion unterprivilegierter Bevölkerungsschichten in ein parastaatliches, parlamentarisch nicht kontrolliertes Klientensystem an. Dieser Populismus findet in der österreichischen Wahlauseinandersetzung allerdings unter der medialen Wahrnehmbarkeitsschwelle statt.

Die Wirksamkeit von Populismus bedarf jedenfalls immer einer charismatischen Führungsfigur und spezifischer Agitationstechniken: Verschwörungstheorien, Denken in Feindbildern, Vorliebe für radikale Lösungen sowie Provokationen und Tabubrüche gehören zur Grundausstattung. Einige Provokationen sind geglückt: Die FPÖ machte mit ihrer Plakatserie mit dem Titel ‚Liebe Deinen Nächsten‘ und ‚Höchste Zeit für Nächstenliebe‘ den Anfang, da in dieser Ansage nicht nur eine Neuinterpretation der christlichen Nächstenliebe, sondern vor allem auch das klare Bekenntnis zu diesem fundamentalen christlichen Wert steckt. ‚Daham statt Islam‘ oder die ‚Pummerin statt Muezzin‘ wurden nun in einen „Positivwahlkampf übersetzt“, wie es der Parteivize Norbert Hofer schon vor längerem

angekündigt hatte (*Der Standard*, 20.05.2010). Beim Team Stronach setzte man schon seit einem Jahr auf allgemeine Provokationen: Die ‚Alle gegen einen‘-Strategie provoziert der Parteigründer gekonnt, wobei alle seine Provokationen zu breiter medialer Aufmerksamkeit führen. Dies hat zwar im abgelaufenen Jahr bestens funktioniert, die erwartbare Schlussprovokation ist aber nicht eingetroffen. Ganz entgegen aller Erwartungen präsentierte sich Stronach als seriöser ‚elderly statesman‘, was zwar einen gewissen Überraschungseffekt hatte, seinen Wählern/innen aber offensichtlich missfiel. Das Zurückziehen aus den TV-Konfrontationen sollte wohl im letzten Moment dazu beitragen, das wesentlich bessere Image des ‚virtuellen Stronach‘ zu retten.

Die Provokationslinie fehlte bei den anderen wahlwerbenden Gruppen weitestgehend. Das BZÖ hat zwar bereits im Kärntner Wahlkampf mit einem YouTube-Video zur ‚Befreiung Kärntens von den Diktatoren‘ Aufsehen erregt (Kinospot des BZÖ Kärnten: *Wege zur Freiheit*), Josef Bucher gestaltete aber auf Bundesebene einen für eine Oppositionspartei überraschend ‚staatstragenden‘ Wahlkampf. Seine größte Provokation war die Ansage, dass die EU Neuwagen um bis zu 3.600 Euro verteuert (APA 25.06.2013), was er nur durch die Forderung nach einer Erhöhung der Geschwindigkeitsbeschränkung auf Autobahnen auf 150 km/h noch toppen konnte. Dass diese Forderung schon vor einigen Jahren im Sommer dem Klubobmann der steirischen ÖVP zur Bedienung des medialen Sommerlochs diente, dürfte Bucher wohl in der Hektik des Wahlkampfes übersehen haben.

## Europa

Damit sind wir beim nächsten länderübergreifenden politischen Mobilisierungsthema aller populistischen Parteien: der Europäischen Einigung. Diese wird allgemein als konkreter Schuldiger für die abstrakte Globalisierung gesehen (Decker 2006). Das Team Stronach lässt sich diesen populistischen Kernbereich natürlich nicht entgehen: „Wie sämtliche relevanten politischen Neuerscheinungen

Europas haben auch wir vom Team Stronach eine ausdrücklich eurokritische Haltung, wir stellen gar die Revision/Abschaffung/Neuaufbau des Euros ins Zentrum unserer politischen Vorstellungen.“ Bei Strache klingt es danach, dass die Diskussion über die nationalen Währungen wieder geführt werden muss, da es den europäischen Staaten ohne Euro wirtschaftlich besser ginge als denen mit Euro. Neueste Umfragen ergeben hier ein Unzufriedenheitspotential von ca. 40 %, weshalb dieses Thema im Wahlkampf wohl noch stärker positioniert werden musste. Der Auftritt des Eurogegners Thilo Sarrazin – *Europa braucht den Euro nicht* ist sein etwas sperriger Buchtitel – vor 1.200 Sympathisant/innen der FPÖ in der vorletzten Wahlkampfwoche sollte hier wohl dieses Thema noch einmal in die Schlussrunde des Wahlkampfs bringen. Auch wenn die Umfragen zeigen, dass mit der Höhe des Bildungsniveaus die Zustimmung zur EU und deren Handeln steigt, zeigen neueste deutsche Untersuchungen, dass die Anti-Euro-Parteien (in Deutschland die Alternative für Deutschland, kurz AfD) vor allem bisherige Nicht-WählerInnen und jene, die von den herkömmlichen Parteien enttäuscht sind, aktivieren (*Die Zeit*, 24.05.2013).

## Korruption

Auch der Vorwurf der Korruption, um die etablierten PolitikerInnen zu delegitimieren, ist Teil populistischer Oppositionsstrategien. Daher zeigen sich PopulistInnen gerne als AußenseiterInnen, als diejenigen, die außerhalb des Systems stehen und deswegen nicht korrumpiert sind. Sie zeigen dem Volk, dass „es betrogen wird“, und mobilisieren den „Widerstand“ gegen das System (Canovan 1999: 3ff.). Die noch bei jeder Wahl von FPÖ und BZÖ thematisierte Korruptheit des Systems scheint bei dieser Wahlauseinandersetzung aufgrund der laufenden Prozesse, die sich mit der Zeit der Regierungsbeteiligung der FPÖ/des BZÖ beschäftigen, momentan eher vermieden zu werden. Beide überlassen dieses Feld dem Team Stronach, mit der Plakatserie ‚Frank‘ – hier in der Kombination ‚unbestechlich‘. Im Parteiprogramm wird dazu noch erklärt: „Korruption ist

die übelste Seite unseres Systems. Nur durch Wahrheit und Transparenz können wir das verhindern. Politik braucht Kontrolle durch demokratische Institutionen und durch die Menschen im Land“.

Die Grünen als die neue Partei der Antikorruption thematisieren diesen Bereich mit dem Slogan: ‚Wer einmal stiehlt, den wählt man nicht‘. Dazu kommt der Slogan ‚Saubere Umwelt. Saubere Politik‘ als nochmalige Unterstützung der Anti-Korruptionspartei mit einer gleichzeitigen Verknüpfung zum Kernthema der Grünen. Die von den Grünen in der vorletzten Wahlkampfwoche beantragte Sondersitzung zum Thema Korruption konnte von ihrem Chefankläger Peter Pilz dazu genutzt werden, alle anderen Parteien der Korruption zu beschuldigen.

## Demokratie

Die Frage nach mehr Volksbeteiligung wird von PopulistInnen immer aufrecht erhalten. Dadurch können sie allerdings durchaus revitalisierend auf die Demokratie wirken. Die populistische Logik ist daher nicht per se antidemokratisch. Die Diskussion dazu wurde bereits vor dem Intensivwahlkampf geführt, als die Regierungsparteien das Demokratietpaket noch vor der Wahl verabschieden wollten. Die quasi automatische Gesetzesverordung ab einer gewissen Stimmenanzahl wurde vom Bundespräsidenten abwärts wegen der Gefahr populistischer Volksbegehren abgelehnt. Die Vertagung dieses Themas durch die Begutachtungsfrist auf nach der Wahl dürfte zu einer intensiven Diskussion nach Angelobung der neuen Regierung führen. Populistischen Parteien kommt hier jedenfalls auch die Rolle zu, Schwachstellen im System aufzuzeigen, die sinnvollerweise von regierenden Parteien beseitigt werden sollten.

## Komplexitätsreduktion nach zwei Modellen

Welche Antwort können regierende Parteien auf populistische Vorwürfe der Oppositionsparteien im Wahlkampf geben? Einen Zugang vertritt Anthony

Giddens, bekannt geworden durch seinen ‚Third Way‘ als Schöpfer der neuen Sozialdemokratie von Tony Blair und Gerhard Schröder. Er beschäftigte sich intensiv mit der Bedeutung von Vertrauen in der Moderne. In Übereinstimmung mit Simmels bekanntem Diktum, dass Vertrauen eine Situation zwischen Nichtwissen und absolutem Wissen kennzeichne, bezieht Giddens die Funktion von Vertrauen auf die Verarbeitung zukünftiger Unsicherheit: Vertrauen ersetzt fehlende Information und ermöglicht damit die Vorwegnahme von Zukunft. Die SPÖ versuchte eine Vertrauensschiene zu den Wähler/innen durch „die Sichere Hand“, mit der Bundeskanzler Faymann „in stürmischen Zeiten“ das Land regieren will, zu legen.

Die ÖVP folgt eher dem Luhmann’schen Ansatz der besagt, dass das Vertrauen „eine Bestimmung der Zukunft riskiert. Im Akt des Vertrauens wird die Komplexität der zukünftigen Welt reduziert“.

„Der vertrauensvoll Handelnde engagiert sich so, als ob es in der Zukunft nur bestimmte Möglichkeiten gäbe. Er legt seine gegenwärtige Zukunft auf eine zukünftige Gegenwart fest. Er macht damit den anderen Menschen das Angebot einer bestimmten Zukunft, einer gemeinsamen Zukunft, die sich nicht ohne weiteres aus der Vergangenheit ergibt, sondern ihr gegenüber etwas Neues enthält.“ (Luhmann 1989: 20). ‚Willkommen Sommer-Willkommen Zukunft‘ hieß die erste Plakatserie der ÖVP und die damit verbundenen Plakate ‚start-up‘, ‚matura 2031‘, ‚bauherr 2039‘ sollten ihre Zukunftsfähigkeit beweisen. In dieser Logik ist auch die zweite Plakatwelle zu sehen, die auf dem Hintergrund eines „Fremdenverkehrswerbungssujets“ verkündete, wem ‚Österreich gehört‘: den ‚Entdeckern‘ (Wissenschaft, Forschung, Technologie), ‚Optimisten‘ (Die ÖVP steht für Reformen), ‚Tatkräftigen‘ (Für Menschen, die etwas schaffen wollen: Aufstiegschancen) und ‚Weltoffenen‘ (die ÖVP als Europapartei). Dass man bei der ÖVP bewusst darauf wartete ihre höchste Vertrauensressource – nämlich Michael Spindelegger – erst gegen Ende des Wahlkampfes zu präsentieren, mag wohl mit der Hoffnung auf einen großen Vertrauensbonus des ÖVP-Obmanns zurückzuführen sein. Positionen sind in einem Wahlkampf jedenfalls schwerer aufzubauen als Personen. Dass die SPÖ in den

letzten Wahlkampfwochen vor allem versichert, die Zukunft bleibt gleich wie die Gegenwart, folgt zwar vom Ansatz her auch der Luhmann’schen Idee, doch fehlte hier wohl das gestalterische Element.

Der Versuch von österreichischen Qualitätszeitungen mit ‚Wissens‘-Kolumnen (*Die Presse*), mit ‚Faktencheck‘ (*Der Standard*) oder sogenannten ‚Fakt-metern‘ (*KURIER*) hier abwägende Antworten auf populistische Wahlkampfreaktionen zu geben, ist jedenfalls ein wichtiger demokratiepolitischer Beitrag. Der ORF versuchte hier auch mit einem Faktencheck zur Versachlichung beizutragen. Reduktion von Komplexität ist nötig, aber eine solche, die eigenes Denken und Urteilen ermöglicht – und nicht populistisch verhindert wird.

Günther R. Burkert, Univ. Doz., lehrt am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

Canovan, Margaret (1999): *Trust the People!* In: *Political Studies* 47/1999, 3ff.

Decker, Frank (2012): *Das Phänomen Populismus. Gefahr oder Korrektiv?* In: ders. (Hg.): *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS, 9-22.

Diehl, Paula (2011): *Populismus, Antipolitik, Politainment.* In: *Berliner Debatte Initial* 22/1, 27-38.

Giddens, Anthony (1995): *Konsequenzen der Moderne.* Frankf.a.M.: Suhrkamp Verlag.

Luhmann, Niclas (1989): *Reden und Schweigen.* Berlin: Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft.

Thomas Mayer (2012): *Populismus und Medien.* In: Decker, Frank (Hg.): *Populismus: Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* Wiesbaden: VS, 91-96.

Palaver, Wolfgang (2012): *Populismus – hilfreiches Korrektiv oder Gefahr für die gegenwärtige Demokratie? – Teil 1.* In: *Quart* 4, 9f.

Plasser, Fritz (1996): *TV-Confrontations und Strategien populistischer Politikvermittlung in Österreich.* In: Jarren, Ottfried/Heribert Schatz/Hartmut Weßler: *Medien und politischer Prozeß: Politische Öffentlichkeit und massenmediale Politikvermittlung im Wandel.* Opladen/Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 95-102.

# Volksnähe als Zuschreibung, diskursives Konstrukt und politischer Maßstab

Emo Gotsbachner und Judith Welz

**W**o komplexe gesellschaftliche Problemlagen und die tatsächlichen Wirkungen unterschiedlicher parteipolitisch propagierter Maßnahmen für große Teile der Wähler\_innenschaft nur mehr schwer greifbar sind, treten symbolische Politik und politische Symbolisierungen in den Vordergrund. Die rhetorische Figur der ‚Volksnähe‘ nimmt hierbei eine besondere Stellung ein, insofern sie gleichschwingende politische Interessen zwischen volksnaher Politiker\_in und ‚repräsentiertem Volk‘ suggeriert. Als quasi natürlicher Teil der Politiker\_innenpersönlichkeit wird sie als ‚authentisch‘ und folglich ideologiefrei wahrgenommen.

Woran machen nun jene Kreise, in denen Volksnähe ein Maßstab politischer Bewertung ist, diese fest? Wie entstehen derartige Zuschreibungen und welche ideologischen Vorstellungen transportieren sie? In der empirischen Betrachtung nehmen sich die Merkmale, an denen Volksnähe ‚erkannt‘ wird, auf den ersten Blick relativ banal aus. Hinter Zuschreibungen wie ‚jemand, der spricht wie ich‘ oder ‚der unbefangen auf einfache Menschen zugeht‘ stecken aber metaphorisch geladene Imaginationen eines verkörperten Volkswillens, die in der gedanklichen Erweiterung die Annahme begründen, dass der/die betreffende Politiker\_in so entscheiden würde, wie das imaginierte ‚Wir‘ der Österreicher\_innen. Im Sprechen über Jörg Haider lassen sich einige vorherrschende Merkmale herausarbeiten, wie die Zuschreibung der Volksnähe unter seinen ehemaligen Sympathisant\_innen, aber auch Skeptiker\_innen, ihre diskursive Kraft und Wirkmächtigkeit entfalte. Das erfordert einen eigenen Stil politikwissenschaftlicher Methodologie, welcher die Innensichten

partikularer sozialer Lebenswelten in ihren eigenen Logiken, Verknüpfungen und Relevanzen zu rekonstruieren vermag.

Das folgende empirische Material entstammt dem Frame Project (1), im Zuge dessen organische Gruppen einander bekannter Menschen aktuelle politische Fernsehdebatten angesehen und im Anschluss darüber diskutiert haben. Die Gruppendiskussionen wurden aufgezeichnet, transkribiert und diskurs- bzw. konversationsanalytisch interpretiert.

## ‚Verstehen‘

Die ‚Sprache der Leute‘ zu sprechen ist ein wesentlicher Bestandteil der diskursiven Konstruktion von Haiders Volksnähe. Über die bloße Anerkennung hinaus, sich allgemein verständlich auszudrücken, transportiert eine derartige Zuschreibung verdeckte politische Bewertungen. Im Diskussionsbeitrag einer FPÖ-Wählerin offenbart sich die Verknüpfung von Sprache und politischer Kompetenz wie folgt: „Für mich war er sehr kompetent, weil wenn er gesprochen hat, ich hab verstanden, was er sagen will“ (Schule 140/1). (2) Kompetenz wird hier nicht auf Basis dessen zugestanden, was gesagt wird, sondern wie es gesagt wird; die Sprache impliziert Authentizität und infolge (politische) Wahrhaftigkeit. Diese Attribute gewinnen ihre Bedeutung in der Kontrastierung mit dem Bild der ‚abgehobenen Politiker\_innenklasse‘. Haider hätte sich stets bemüht, einfach zu sprechen und sich korrigiert, wenn er „zu hoch redet“ (Schule 384-94). ‚Zu hoch‘ steht hier als Sinnbild für die gesellschaftliche und ideologische Kluft zwischen Repräsentant\_innen und Repräsentierten. Im Sprechen über die Sprache Haiders

werden inhaltliche Fragen hintan gestellt. Dies zeigt sich etwa an der Stelle, an der die Rezeptionsgruppe auf die Kärntner Ortstafelfrage zu sprechen kommt. Haider hätte sich durchgesetzt, da er „seinen Leuten“ (gemeint sind die Wähler\_innen) besser vermitteln hätte können, was zur Debatte stand (Schule 385-91). Hier wird eine Konsonanz des Problembewusstseins zwischen volksnahe Haider und ‚den Menschen‘ unterstellt, welche sich in seiner Art zu sprechen manifestierte.

## Kontakt zur Bevölkerung

Haiders Volksnähe wird des Weiteren an seinem Umgang mit der Bevölkerung ‚erkannt‘. Ein Schullehrer aus derselben Rezeptionsgruppe lobte den unreservierten Umgang des damaligen Landeshauptmannes mit den Kärntner\_innen und erzählt als Beleggeschichte, wie dieser in einer Runde von Bekannten am Wörthersee seine Visitenkarte weitergegeben hätte, mit der Aufforderung, ihn im Falle von Problemen zu kontaktieren (Schule 156-60).

Volksnähe im Sinne eines physisch Nahe-Seins bzw. Greifbar-Seins eröffnete Haider überdies Zugang zu Wähler\_innenschichten, die sich vom politischen Programm der FPÖ/des BZÖ ansonsten distanzieren. Zwei ÖVP-nahe Diskutanten thematisierten zunächst kritisch seine NS-behaftete familiäre Sozialisation und kritisieren ihn vehement für verschiedene öffentliche Aussagen. Dennoch hegten sie eine Faszination für die Politikerpersönlichkeit Haider, welche sie über die Figur der Volksnähe mit ihren inhaltlichen Differenzen versöhnte. Wie kaum andere Politiker\_innen wäre er jemand gewesen, „der auf die Leute zugegangen ist und mit ihnen reden hat können, und das ist viel wert in der heutigen Zeit.“ (Schützen 481-4) Die im persönlichen Kontakt zur Bevölkerung demonstrierte Nähe wird zu einem Indikator für das Verstehen und Sich-Annehmen der Probleme der ‚einfachen Leute‘.

Obwohl diese Diskutanten gewisse Haltungen sehr wohl als nicht tragbar einstufen, verwehrten sie sich gegen Versuche, Haider als Rechtsradikalen oder gar Nazi zu diskreditieren. Mehr noch, sie übernahmen die FPÖ/BZÖ-Interpretation derartiger

Vorwürfe als politisch motivierte Anschüttungen durch das Establishment und bezeichnen Haider als das „größte politische Talent der letzten 30 Jahre“ (Schützen 481-506).

Was sich in diesen empirischen Beispielen eines Sprechens über Haider ausdrückt, ist die Sehnsucht nach volksnahen Politiker\_innen, gepaart mit einer Entfremdung vom politischen Spiel und seinen als Hickhack abgewerteten Aushandlungsprozessen. Die Erhebung der Volksnähe zum Ideal und wesentlichen Kriterium für die Bewertung politischer Repräsentant\_innen ließ einen Mann wie Haider plötzlich zur einzigen wählbaren Alternative werden. Die politischen Inhalte, die in der scheinbar ideologiefreien Kategorie politischer Performanz wirksam werden, finden ihren Ausdruck in einer quasi natürlichen Vertrautheit und Glaubwürdigkeit. Damit wird eine direkte Repräsentanz eines fiktiven ‚wahren Volkswillens‘ durch gleichschwingende Gedankenwelten suggeriert und an Persönlichkeitsmerkmalen festgemacht, was den gesamten politisch-demokratischen Prozess kurzschließt. Der Kampf widerstreitender sozialer Repräsentationen, als das, was Politik in deliberativen Demokratien ausmacht, wird dabei ausgeblendet.

*Emo Gotsbachner unterrichtete 1998-2008 Diskursanalyse und qualitative Methoden am ipw und war wissenschaftlicher Leiter des Frame Project.*

*Judith Welz ist Politologin und war zwischen 2008 und 2010 Mitarbeiterin im Frame Project.*

## Anmerkungen:

(1) Beschreibung, Methodologie und Publikationen unter [www.univie.ac.at/frame-project](http://www.univie.ac.at/frame-project), (Zugriff: 10.09.2013).

(2) ‚Schule‘/‚Schützen‘ sind Bezeichnungen für Rezeptionsgruppe, die Zahlen kennzeichnen die Transkriptzeilen.

# Political Conservatism in Austria

*Skander Ben Mami*

**A**ustria's busy electoral year ends up this fall with the general election called for 29th September. While plummeting economies trigger a vague of discontent and massive government alternation all across Europe, the electoral outcome in Austria seems already obvious with the ruling Social Democratic Party of Austria (SPÖ) and the Austrian People's Party (ÖVP) coalition to stay in office for five more years. Besides solid macroeconomic fundamentals, the main reason is that twenty years after the historic 'Lichtermeer', today's political climate appears less antagonistic than in 1992-94. This is largely due to the evolution of the conservative parties, which have rebooted their agenda in order to catch up with the moderate voters and participate in the federal government.

The object of the present paper is therefore to analyse the nature, meaning and resiliency of political conservatism in Austria. We will see that this trend is strong and deep-rooted (I) and that it is embodied by several political parties (II), whose interactions ensure the participation of at least one conservative party in the government (III).

## (I) The Origin of Political Conservatism

The irrationality of human behaviour is a core idea of political conservatism, as a theory born in the aftermath of the French Revolution. For people's passions are unpredictable, politicians must ensure security and stability and, to this end, they support institutions like the family, the military, the Catholic Church or political parties.

Furthermore, political conservatism does not oppose change, but aims at driving it. It is neither reactionary nor progressive, albeit it borrows patterns from

both sides, like, on the one side, partisan organisation procedures or romantic speeches on social issues and, on the other side, a leaning towards negotiated processes and economic liberalism.

It should thus be apprehended as a composite phenomenon, which soars in a specific environment and depends on the variable mix of progressive and conservative ideas in the political party's agenda, but also on other components like electoral strategy, voter support and competition within and outside the party, the socio-economic and political situation as well as the party's identity.

## The Role of the Elites and the Masses

Another valuable approach of the essence and purpose of Austria's political conservatism is provided by the use of Easton's theory of political systems (1965), according to which one may see the Austrian elites as a coherent force striving to contain popular desires (inputs).

Three sets of tools (feedbacks) play, in this regard, a major part: power-sharing (federalism and coalitions) to prevent radical change; regional particularism (bicameralism and proportional vote) to give marginal parties or issues a national, though often formal resonance; fair dialogue and representation of various interests (Sozialpartnerschaft and Proporz system) to defuse conflict situations.

The system lays down to support the above-mentioned pillars, or social institutions. As a matter of fact, the federal government allocates every year massive amounts to Austrian families (around 3 % of GDP, third highest score in OECD countries), to the parties (between 60 and 300 mill Euros in 2013) and to the Catholic Church (estimations fluctuate

between 100 mill and 1 bill Euros, according to the meaning of the term 'subsidy' and of the Church's sphere of operation).

Besides, while people's attachment to conservatism also derives from external factors, such as the trauma of two wars, the country's location in the heart of Europe and its flourishing economy, internal factors are also to be taken into account. To this regard, the absence of fundamental cleavages (Rokkan and Lipset 1967) may explain that the Austrian society is not crippled with any ideological dispute over contradictory interests that result in a radical political conflictuality.

## **(II) Political Conservatism as an Expression**

Austria's political landscape consists today of four 'conservative' parties which gather 52–60 % of the national vote. Austria's Liberal Party – FPÖ (radical right) – can be described as a mass party i.e. it bases itself on a strong appeal to the masses; however, the Team Stronach – TS (populist right) – and the Bündnis Zukunft Österreich – BZÖ (liberal right) – are rather cadre parties (decentralized organisation, high turnover of the leaders, strong support by private donors) (Duverger 1951). As for the Austrian People's Party – ÖVP (centre-right) –, the major conservative party, it doubles up the features of a mass party (700,000 members, i.e. 8.3 % of Austria's population) and of a grouping of notables.

The parties' conservatism derives firstly from the nature and the recurrence of a handful of traditional topics for the political right, like education, taxes, administration, pensions and immigration. Now, the distribution of ministerial portfolios tends to confirm the assumption that there is a nationwide consensus on a set of topics, where conservative parties take the lead on. One may hold up as an example that the ÖVP heads the Ministries of Finance, Family, Internal Affairs, Agriculture and Environment and Justice in the outgoing government.

The parties' modus operandi is also well-known and consists to determine the discussions and the work of the National Assembly. Thus, the FPÖ and BZÖ

totalised 23 out of 38 draft bills from 29<sup>th</sup> January to 6<sup>th</sup> April 2013, i.e. three times as much as the SPÖ jointly with <sup>th</sup>e ÖVP, and 6 out of 7 demands for a national consultancy since 2010, though 51 draft bills were also introduced by the government during the same time.

## **Popular Participation**

Apart from the parties, three instruments of direct democracy offer the people the possibility to express their preference for the status quo: demonstrations, referenda (e.g. for a Military Reform in 2013) and popular initiatives (21 in 20 years), though some of the latter ('Österreich zuerst' 1993, 'Österreich bleib' frei' 2006) have been hijacked by the radical right.

While turnouts happened to be low, with only one out of eight consultations in 20 years overstepping 25 % of the turnout, the outcomes clearly expressed that the voters have an issue with novelty and change, whether consultations were about nuclear power (in 1978, 1997, 2002, 2003, 2011), Olympic Games (2013) or subsidiarity in the domain of transports ('Parkpickerl', 2013). Debates over school reform, bank secrecy and the subsidizing of the Catholic Church would reveal a similar position.

## **(III) Political Conservatism as an Evolutionary Trend: The ÖVP's Decline**

After 25 years of dominance of Austria's political scene (1945-1970) the ÖVP embarked on a slow, but persistent decline that accelerated in the mid 1980's, to the FPÖ's advantage. The ÖVP scored above 40 % until the mid-1980ies, then started to descent, obtaining 32.1 % in 1990 and only 25.98 % in 2008. Meanwhile, the FPÖ obtained 5 % in 1983, but already 16.6 % in 1990 and again 17.54 % in 2008.

Regional elections offer a similar picture. ÖVP's average score at regional Landtag elections was 52.7 % in 1946 and 49.1 % in 1987, but already 39.5 % in 1992 and 36.8 % since 2012. The ÖVP lost 17 points

in Tyrol between 1984 and 1989 and was for the first time outdistanced by the FPÖ in Vienna in 1991 and in Carinthia in 1999. Besides, the FPÖ scored best when the ÖVP scored worse: it lost 10 points between 1987 and 1992, whereas the FPÖ gained 13 points in the same period of time; 27.9 % of the voters voted for FPÖ against 15.9 % for ÖVP in Vienna in 1996, and 42.5 % for FPÖ against 11.6 % for ÖVP in Carinthia in 2004.

ÖVP's decline from 1985 to 1992 is strongly correlated to the departure of post-war historic leaders (Figl, Raab, Klaus, Pittermann), the fading out of painful memories of WW2 and the arrival of younger generations with new values and expectations. It is also connected with the difficulty to tackle new issues like immigration (from South Eastern Europe) or Austria's new role and identity after 1989.

## The Struggle for Recognition

The two major right-wing parties (ÖVP and FPÖ) addressed the above-mentioned issues with different fortunes. The ÖVP decided to move closer to the SPÖ by advocating more liberal positions on society, which offered the possibility to keep on defending conservative ideas and, simultaneously, encourage the SPÖ to implement the liberal agenda (primary custody, Europe, renewable energies or integration of immigrants).

The FPÖ took advantage of ÖVP's soft stance to launch its *Aggiornamento* towards the defence of 'endangered' Austrian values. Moving to the far right proved to be a winning strategy since Jörg Haider built a coalition with Wolfgang Schüssel as Chancellor in 1999. But governmental responsibilities, the desire to become the major conservative party and ideas exhaustion generated internal dissension within the FPÖ, which led to the splitting of the BZÖ in 2005, as well as a political vacuum, which resulted in the foundation of another party, the Team Stronach (TS) in 2012.

The FPÖ was, consequently, defeated in the 2009 regional elections in Carinthia by the BZÖ, which was for its part outdistanced by the TS in 2013

(11.2 % vs. 6.4 %). The FPÖ also scored 22 % less in 2013 than in 2009 at Lower Austria's regional elections, to the benefit of the TS who got almost 10 %.

Conservative parties' continuous struggle and their difficulty to build a large conservative front stems from various reasons: the SPÖ and Greens' persistent score above 42-45 %, international pressure (How to figure out a new ÖVP-FPÖ coalition after the European diplomatic crisis in 1999?), as well as organizational procedures (How to select a unique leader?) and electoral strategies (How to conquer the genuine conservative electorate?).

## Conclusion

With an ageing population, and unemployment and inequalities increasing both in Austria and Europe, conservative parties have the wind in their sails, despite attempts by left wing parties to catch a new electorate (the 2007 electoral law provided to reduce the minimum age to vote to 16 years). Their strength derives also from their ability to embody a standard set of principles like stability, nostalgia, morality, economic freedom) that are deeply-rooted in the psyche of many Austrian voters.

Conservative parties are marked by a great heterogeneity in both their adherents (from workers to descendants of nobles) and their ideas. This may be an asset, since it gives the opportunity to gather over 55 % of the votes, but it turns out to be a major challenge for unification. Only Jörg Haider's FPÖ succeeded once in this project, but at a particular moment in Austria's history, and with massive damage for the country's international reputation.

Conservative parties are keener to build a coalition with left wing parties, especially with the SPÖ, but they face the inextricable paradox that their success and participation in a coalition government thrust their decline by giving room and credit to new, more radical parties. To put it differently: Because conservative parties necessitate fitting into a "consensus democracy" (Lijphart 1991) in order to drive their ideas, they have to give up part of their ambitions (i.e. to run the government) and tolerate an increasing competition within their ranks.

Skander Ben Mami is a political scientist at the French Ministry of Defence and on temporary leave of absence at the Organization for Security and Cooperation in Europe (OSCE).

Duverger, M. (1951): *Les partis politiques*. Paris: Armand Colin.

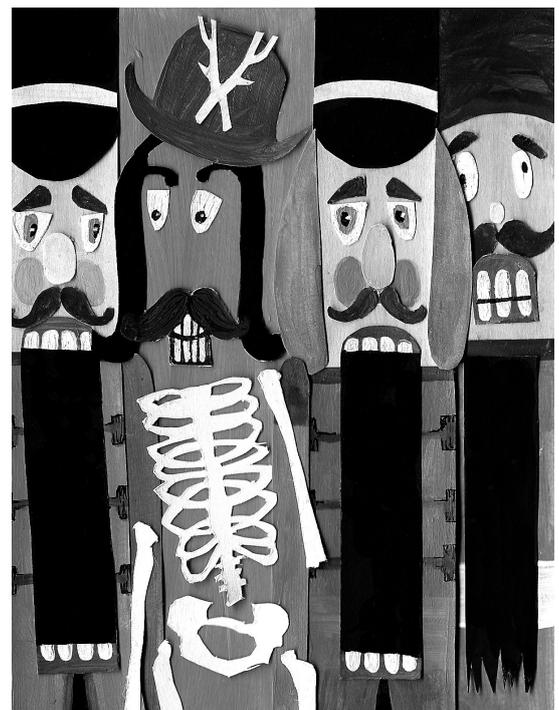
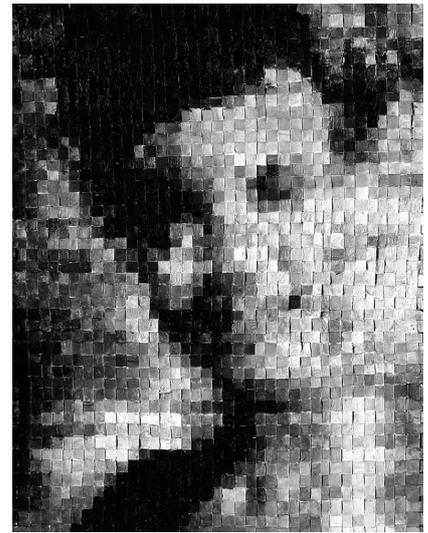
Easton, D. (1965): *A Systems Analysis of Political Life*. New York: Wiley.

Lijphart, A./M. M. L. Crepaz (1991): *Corporatism and Consensus Democracy in Eighteen Countries: Conceptual and Empirical Linkages*. In: *British Journal of Political Science* 21/2 (April), 235-246.

Lipset, S. M./S. Rokkan (1967): *Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction*. In: Lipset, S. M./S. Rokkan (eds.): *Party systems and voter alignments: cross-national perspectives*. New York: Free Press, 1-64.

Russell, K. (1992): *The Conservative Mind: From Burke to Eliot*. 7<sup>th</sup> ed. Washington, DC: Regnery Publishing.

Schmitt, C. (2007) [1963]: *Theory of the Partisan. Intermediate Commentary on the Concept of the Political*. trans. by G. L. Ulmen, New York: Telos Press.



"mysterious", "cute" & "verängstigt"

# „Alternative für Deutschland“ – eine Gefahr für die Etablierten?

Frank Decker

Im Unterschied zu den meisten europäischen Ländern ist das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland von einer relevanten rechtspopulistischen und/oder euroskeptischen Kraft bislang verschont geblieben. Versuche, solche Parteien zu etablieren, hat es seit den 1980er Jahren mehrfach gegeben. Beginnend mit den rechtsextremen ‚Republikanern‘ über die Hamburger ‚Statt-Partei‘ und den ‚Bund Freier Bürger‘ bis hin zur ‚Schill-Partei‘ sind diese aber alle mehr oder weniger kläglich gescheitert. Dasselbe gilt für die Absicht, eine bereits bestehende Partei auf rechtspopulistische Pfade zu führen, die man dem verstorbenen FDP-Politiker Jürgen Möllemann unterstellt hat. Für die Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus ist bezeichnend, dass die besten Wahlergebnisse einer Rechtsaußenpartei in Deutschland ausgerechnet von der neonationalsozialistischen NPD verbucht werden, deren Profil mit dem in Westeuropa dominierenden Rechtspopulismus wenig gemein hat. Gleichzeitig werden populistische Stimmungen von der Partei ‚Die Linke‘ absorbiert, die sich ebenfalls als Anti-Establishment-Partei versteht und obendrein noch ein regionalistisches Motiv – die Befindlichkeit der ostdeutschen Bundesländer – mitbedient.

Mit der im April 2013 offiziell gegründeten ‚Alternative für Deutschland‘ (AfD) schickt sich jetzt eine neue Gruppierung an, die Geschichte der Erfolglosigkeit des Rechtspopulismus in der Bundesrepublik zu beenden. Welche Chancen sie tatsächlich hat bei der Bundestagswahl über die Fünfprozenthürde zu springen oder zumindest in deren Nähe zu kommen, darüber rätseln die BeobachterInnen. Auch die PolitikwissenschaftlerInnen sind unsicher: Auf der einen Seite scheint die Partei über ein erhebliches

Stimmenpotenzial zu verfügen; laut Umfragen kann sich etwa jedeR Fünfte vorstellen, sie zu wählen. Auf der anderen Seite kommt die AfD bei der sogenannten ‚Sonntagsfrage‘ bisher nicht über drei Prozent hinaus. Beide Angaben sind freilich mit Vorsicht zu genießen. Während die potenzielle noch nichts über die wirkliche Wahlabsicht besagt, haben die Demoskopien bei früheren Wahlen wiederholt die Erfahrung gemacht, dass sie von den WählerInnen über deren Bereitschaft, für eine Außenseiterpartei zu stimmen, in Umfragen getäuscht wurden. Es könnte also durchaus sein, dass sich nicht alle, die die AfD wählen wollen, zu dieser Absicht ehrlich bekennen. Für die Chancen der neuen Partei dürften vor allem zwei Dinge maßgeblich sein: die Resonanz des von ihr in den Mittelpunkt gerückten Euro-Themas und die Fähigkeit, mit den restriktiven Bedingungen umzugehen, die das Aufkommen und den Erfolg rechtspopulistischer Parteien in der Bundesrepublik in der Vergangenheit erschwert haben.

Betrachten wir zunächst die thematische Ausrichtung; die AfD wird nicht zu Unrecht als ‚single issue‘-Partei apostrophiert. Neben der Auflösung der Währungsunion vertritt sie zwar eine Reihe von anderen Forderungen, die an die programmatische Gewinnerformel des Rechtspopulismus in Westeuropa anknüpfen und zu einer breiteren Plattform ausgebaut werden könnten. Dazu zählen z.B. die Einführung direktdemokratischer Elemente und veränderte Regeln für die Einwanderung. Diese Positionen werden aber nur schlagwortartig erwähnt und nicht weiter ausgeführt. Umso detailfreudiger ist das Programm bei der Kernforderung, der „geordneten Auflösung“ der Währungsunion. Der Euro soll entweder durch die alten nationalen Währungen

oder die Schaffung kleiner Währungsverbände (Nord- und Süd-Euro) ersetzt werden. Um dies zu erreichen, postuliert die Partei als ersten Schritt die Einführung nationaler Parallelwährungen zum Euro in den südeuropäischen Ländern, deren verbindlicher Anteil am bargeldlosen Zahlungsverkehr bei 50 % liegen sollte und danach sukzessive zu steigern sei. Mit der Rückkehr zu den nationalen Währungen sollen die Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit ausgeglichen werden, die ein Funktionieren der Währungsunion in der Vergangenheit unmöglich gemacht hätten. Damit ließe sich auch die Gefahr eines Auseinanderbrechens der gesamten Union bannen. Dass diese Thesen durchaus verfangen und von relevanten Bevölkerungsgruppen unterstützt werden, kann man exemplarisch auf den LeserInnenbriefseiten der Qualitätszeitungen studieren. Aufschlussreich ist ein Vergleich zur Sarrazin-Debatte vor drei Jahren, wo wir es mit einem – auf den ersten Blick – ähnlichen Phänomen zu tun hatten. Im Gegensatz zur heutigen Euro-Debatte ist Sarrazins Abrechnung mit der bundesdeutschen Zuwanderungspolitik aber merkwürdig verpufft und parteipolitisch folgenlos geblieben. Warum? Eine mögliche Antwort könnte die unterschiedliche ideologische Gefechtslage liefern. Multikulturalismuskritik ist, obwohl sie in diesem Fall von einem früheren SPD-Politiker artikuliert wurde, überwiegend im konservativen und rechten Spektrum beheimatet. Dass sie auch in Teilen der linken WählerInnenenschaft auf Zustimmung trifft, steht dem nicht entgegen – es entspricht vielmehr dem kulturellen Traditionalismus der ArbeiterInnen, den der amerikanische Soziologe Seymour M. Lipset schon vor über fünfzig Jahren diagnostiziert hat. Die Forderung nach Auflösung der Währungsunion ist demgegenüber nicht zwangsläufig eine konservative oder rechte Position. Sie wird von sozialdemokratischen Vordenkern wie Fritz W. Scharpf oder Wolfgang Streeck geteilt und findet, angestoßen durch öffentliche Äußerungen Oskar Lafontaines, inzwischen auch in der Linkspartei Widerhall. So gesehen ist es bemerkenswert, dass das Führungspersonal der AfD fast ausschließlich aus dem liberal-konservativen Lager stammt. Blickt man auf die Mitglieder und möglichen WählerInnen, geht

die Unterstützung dagegen quer durch alle Parteien und Schichten. Einzig die AnhängerInnen der Grünen scheinen gegen die euroskeptische Stimmung weitgehend immun.

Es bleiben allerdings Zweifel, ob die Kritik am Euro in der Bevölkerung tatsächlich so stark zündet, wie es sich die Partei erhofft. Die gemeinsame Währung ist bei den BürgerInnen ja durchaus geschätzt; dasselbe gilt für die Betriebe, die durch die Vermeidung von Kursschwankungen Planungssicherheit haben. Was die Menschen vor allem umtreibt, ist die Stabilität der Währung und die Sorge, dass Deutschland für die Schulden anderer Mitglieder der Euro-Zone aufkommen muss. Wie die hohen Zustimmungsraten zum Krisenmanagement der Regierung und speziell der Bundeskanzlerin zeigen, fühlen sie sich aber in dieser Frage von der Politik keineswegs schlecht vertreten. Dies gilt auch für die rot-grüne Opposition, die alle Rettungspakete für die in Schieflage geratenen Länder im Bundestag mitgetragen hat. Dass sich die Bundesrepublik durch die Anleihekäufe der Europäischen Zentralbank de facto bereits in einer Haftungsunion befindet, mag die Regierung verständlicherweise nicht offen zugeben. Auch die Opposition hält sich an dieser Stelle lieber bedeckt, um dem Verdacht vorzubeugen, sie würde eine noch stärkere Vergemeinschaftung der Schulden (etwa durch die Ausgabe von Eurobonds) anstreben.

Blicken wir im weiteren auf die Partei selbst: Ist sie in der Lage, die sich ihr bietenden Gelegenheiten zu nutzen? Das größte Hindernis für den Erfolg rechtspopulistischer Gruppierungen in der Bundesrepublik liegt in der ihnen drohenden Stigmatisierung, die zugleich ihren Zugang zu den meinungsbildenden Medien erschwert. Auch bei der AfD waren die KritikerInnen mit dem Rechtspopulismusvorwurf schnell bei der Hand. Bisher hat sich die Partei dagegen aber relativ glaubhaft verwehren können. Seriöses Auftreten ist ihr wichtiger als Agitation. Eine Schlüsselrolle spielt der Vorsitzende Bernd Lucke. Was dem jugendlich wirkenden Volkswirtschaftsprofessor aus Hamburg an charismatischer Ausstrahlung mangelt, macht er durch Eloquenz und Fachkompetenz wett. So lässt er nicht nur seine VorstandskollegInnen alt aussehen; auch in den

Talkshow-Debatten mit den VertreterInnen der anderen Parteien schlägt sich Lucke meistens gut. Unter dem Strich profitiert die Partei davon, dass sie eher ein liberal-bürgerliches als ein populistisches Profil pflegt. Zwar verzeichnet sie bis jetzt noch keine prominenten ÜberläuferInnen aus dem Lager von Union und FDP, allerdings macht sich gerade in der Union die Sorge breit, dass von der AfD eine Attraktion auf konservativ eingestellte Teile der WählerInnenschaft ausgeht, die mit dem unter Merkel eingeschlagenen Modernisierungskurs hadern – von der Schulpolitik über den Atomausstieg bis hin zu Homoehe und Frauenquote. Obwohl diese Themen in der Programmatik der neuen Partei nachrangig sind, könnten sie im Hinterkopf der WählerInnen eine wichtige Rolle spielen.

Gefahren drohen der AfD vor allem von innen. An der Frage, wie man mit unerwünschten UnterstützerInnen von rechtsaußen umgeht, sind in der Bundesrepublik bisher noch alle Etablierungsversuche einer rechtspopulistischen oder -konservativen Kraft gescheitert. Gerade gemäßigt auftretende Gruppierungen werden von solchen UnterstützerInnen gerne als Trittbrett genutzt, um der Stigmatisierung als rechtsextrem oder -populistisch zu entgehen. Bestrebungen, die Programmatik der AfD für eine breitere populistische Plattform zu öffnen, sind in einigen Landesverbänden bereits erkennbar und haben zu ersten Absatzbewegungen geführt (z.B. in Hamburg oder Berlin). Die Parteispitze versucht dem durch eine möglichst straffe, zentralistische Führung entgegenzutreten, der allerdings durch die rechtlichen Regelungen (im Parteiengesetz) enge Grenzen gesetzt sind und die zugleich an der Parteibasis auf Widerspruch trifft. Ob der AfD ein kontrollierter Aufbau der Organisation gelingt, ohne dass ihr öffentliches Bild und die notwendige Geschlossenheit im Auftreten nach außen Schaden nimmt, bleibt vor diesem Hintergrund eine offene Frage. Auch ein Erfolg bei der Bundestagswahl würde der Partei nicht zwangsläufig nutzen, sondern die Gefahr der Destabilisierung eher noch erhöhen. Immerhin: Das Risiko, das Abschneiden bei der Bundestagswahl und der am selben Tag stattfindenden Landtagswahl in Hessen durch ein schwaches

Landtagswahlergebnis in Bayern zu gefährden (wo eine Woche früher gewählt wird), konnte die AfD umgehen, indem sie auf die Kandidatur in Bayern nach heftiger interner Debatte verzichtet hat. Die politische Konkurrenz muss sich insofern zumindest auf einen Achtungserfolg der neuen Partei einstellen. Was das für die Auseinandersetzung im herausziehenden Wahlkampf bedeutet, daran scheiden sich die Geister. In einem Beitrag für die Blätter für deutsche und internationale Politik (Heft 5/2013) hat Jürgen Habermas der AfD ausdrücklich Erfolg gewünscht. Seine Hoffnung, die Newcomerin zwingen die anderen Parteien, die europapolitischen Tarnkappen abzustreifen und in Sachen EU endlich Farbe zu bekennen, dürfte allerdings trügerisch sein. Eigentlich wäre es an der linken Opposition, an SPD und Grünen, Merkels Austeritätspolitik und der sie begleitenden Renationalisierung eine kraftvolle, nach vorne gerichtete Alternative entgegenzusetzen. Ein integrationspolitischer Aufbruch zu ‚Mehr Europa‘, der die von Habermas zu Recht angeprangerte Umfälschung sozialer in nationale Fragen beenden könnte, scheint den Deutschen im Moment jedoch kaum vermittelbar. Rot-Grün muss also nolens volens auf das von der Kanzlerin betriebene Spiel der Dethematisierung eingehen, wenn es sich nicht selbst in eine europapolitische Außenseiterrolle manövrieren und der AfD die WählerInnen zutreiben will – eine für die Bundestagswahl zugegebenermaßen nicht gerade verheißungsvolle Perspektive.

*Frank Decker ist Professor am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn. Seine Forschungsschwerpunkte sind neben Rechtspopulismus im internationalen Vergleich außerdem Westliche Regierungssysteme, Parteien, Föderalismus und Demokratiereform.*

# Fünf Sterne aber kein Luxus: Das ‚Movimento 5 Stelle‘

Alessandro Volcich

Mit den italienischen Parlamentswahlen 2013 betrat ein neuer Akteur die nationale politische Bühne Italiens. Das Movimento 5 Stelle (M5S), zu deutsch: Bewegung 5 Sterne, errang fast ein Drittel der Stimmen und positionierte sich damit als eine die Regierungspolitik bestimmende Größe. Durch die Verweigerungshaltung eine Koalition mit einer der anderen Parteien einzugehen, hat das M5S die vorhandene politische Krise zugespitzt, die die anderen beiden Großparteien, also die (sozialdemokratische) Demokratische Partei (PD) und das (konservative) Volk der Freiheit (PDL), veranlasste eine für Italien bisher einmalige große Koalition einzugehen, die jetzt schon als ‚Regierung der Machenschaften‘ in die Geschichte eingegangen ist.

Auch auf internationaler Ebene wurde man der Bewegung gewahr, weil ihr bekanntestes einfaches Mitglied, der Komiker Beppe Grillo, sich während des Wahlkampfes gegen die europäische Austeritätspolitik ausgesprochen hatte und, was für die europäischen Eliten wohl wichtiger sein dürfte, gegen den Euro Stimmung machte. Das rief die Währungshüter auf den Plan und zahlreiche Auslandskorrespondenten und -korrespondentinnen mussten Grillos Willen sondieren. Nach anfänglicher Skepsis bis hin zur Panik, die sich in Schlagzeilen wie „Sind die Wähler noch bei Trost?“ (*Der Standard* vom 26.02.2013) oder „Send in the clowns“ (*The Economist* vom 02.03.2013) äußerte, gab es aber Entwarnung, ja so mancheR begeisterte sich sogar für die neue politische Kraft. Die Zeitschrift *Internationale Politik* kommentierte in ihrer Onlineausgabe vom 01.03.2013 Grillos Bewegung als „Aufstand der Anständigen“. Diese Andeutungen mögen genügen, um die Ambivalenzen zu veranschaulichen, die das M5S bis heute begleiten.

Man tut sich schwer mit einer Einschätzung. Als letztes Refugium dient oft das Etikett des Populismus, das zwar eine moralische Bewertung impliziert, deren Begründung aber nicht selten ausbleibt und womit derartig unterschiedliche Phänomene vermengt werden, dass am Ende die Erkenntnis bleibt, „seine programmatische Variationsbreite“ – gemeint sind die höchst unterschiedlichen Bewegungen von links bis rechts, die zu erfassen versucht werden – dazu geführt hat, den Populismus „lediglich als eine Strategie des Machterwerbs zu definieren“ (Priester 2012: 3). Marco D’Eramo weist in seiner Rekonstruktion des Populismus-Begriffs darauf hin, dass dieser seine Wurzeln in der Extremismusforschung hat und dazu tendiert, die herrschende Rationalität zu hypostasieren und jede Kritik daran zu delegitimieren, unabhängig der ihr zugrundeliegenden Argumentation (D’Eramo 2013).

Es soll im Folgenden also nicht weiter versucht werden, die Merkmale einem gewissen Schema unterzuordnen und zu klassifizieren, sondern gewisse Muster eines sich Bahn brechenden autoritären politischen Bewusstseins aufzuzeigen, das seinen Inhalt in der Ablehnung jeglicher repräsentativer Formen hat.

## Psycho-Polizei statt Diskussion

Beppe Grillo ist der wohl wichtigste Repräsentant dieser Bewegung, denn ohne seine öffentlichen Auftritte wäre das M5S in dieser Form unvorstellbar. Was aber nicht bedeuten soll, dass er die Ursache für das Denken seiner Wähler und Wählerinnen ist, vielmehr bündelt er nur eine schon vorhandene Stimmung. Es ist darum legitim, seine Rolle näher zu betrachten und Rückschlüsse auf die Bewegung als Ganzes zu ziehen.

Für Grillo stellt sich das ökonomische Problem, in dem sich Italien derzeit befindet, vor allem als ein moralisches. Die ‚politische Kaste‘, gegen die er so polemisiert, sei allein verantwortlich für die hohen Staatsausgaben. Als Gegenmittel schlägt er vor, die Mittel der öffentlichen Verwaltung zu kürzen. Die Abgeordneten des M5S machten es vor und inszenierten dazu medienwirksam einen Restitution Day, an dem sie bereitwillig auf die Hälfte ihres Gehalts verzichteten und die anderen Parteien aufforderten, es ihnen nachzutun. Auf den ersten Blick mag dieser Antibürokratismus als eine liberale Position erscheinen und nicht umsonst zieht Grillo damit die Zustimmung zahlreicher Klein- und Mittelunternehmer und -unternehmerinnen, die vordem rechte Parteien wie die Lega Nord und Volk der Freiheit gewählt haben, auf seine Seite. Die massiven Zugewinne im industriestarken Norden des Landes bezog das M5S hauptsächlich von ehemaligen Wählern und Wählerinnen dieser Parteien. Zu dieser Position gesellt sich die ablehnende Haltung Grillos den großen Gewerkschaften gegenüber, die er ebenso für die ökonomische Misere verantwortlich macht und an deren Stelle er eine Beteiligung der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen am erwirtschafteten Gewinn favorisiert.

Andererseits widerspricht dieser wirtschaftsliberalen Position die ebenso erhobene Forderung nach einem starken Staat, der ein unbedingtes Grundeinkommen, medizinische Versorgung und allgemein zugängliche Bildung sichern soll. Gerade die Forderung nach einem Grundeinkommen lässt das M5S für viele attraktiv erscheinen, die sich entweder in prekarierten Arbeitsverhältnissen befinden, arbeitslos sind oder sich als ehemalige Linke von der Demokratischen Partei abgewendet haben. Gründe dafür gibt es genug: Die Demokratische Partei hat der Austeritätspolitik der technokratischen Regierung Mario Montis nichts entgegengesetzt, sondern die Maßnahmen mitgetragen. Außerdem kommt die Koalition mit dem PDL, angesichts zwanzig Jahre Polemik gegen Berlusconi, einem Sündenfall gleich. Vereint werden diese auseinanderstrebenden Positionen des M5S (nicht unähnlich der FPÖ übrigens) durch die Vorstellung von ‚Gemeinschaft‘. Jeder

objektive Konflikt wird negiert. Nicht Kapital und Arbeit stehen sich aufgrund eines gesellschaftlich bewussten Verhältnisses gegenüber, sondern der antagonistische Wille des Kollektivsubjekts ‚Kaste‘ unterdrückt den Rest des Volkes, auf dessen Repräsentation das M5S totalen Anspruch erhebt. Das kitschige Ornament gibt dazu eine Ideologie der Entschleunigung, eine Art romantische ‚Utopie des Kleinproduzenten‘, bei der das Problem der Überproduktion als Mangelwirtschaft verklärt wird. Weil er die gesellschaftlichen Verhältnisse idealistisch verklärt, kann Grillo gar nicht anders als eine Ökonomie des Verzichts zu predigen, die die moralische Wende vollziehen soll. An die Stelle des materiellen Wohlstands werden Durchhalte- und Erbauungsparenen gesetzt: Ein von menschlichen Bedürfnissen abstrahierendes ‚Bruttonationalglück‘, statt dem Bruttoinlandsprodukt, das immerhin noch an gewissen materiellen Kriterien festhält. Aus dieser Verzichtsethik lässt sich ablesen, dass die proklamierten sozialen Seiten des M5S über die Verwaltung von Massenelend bei billiger Abspeisung nicht hinausgehen werden. Als praktisches Beispiel hierzu kann Parma dienen, wo ein Vertreter des M5S seit Mai 2012 den Bürgermeister stellt und seitdem die Gebühren für Kindergärten erhöht und die Ausgaben der Stadtregierung zurückgefahren hat.

Diese Widersprüche sorgen für Spannungen im M5S selbst: Bezeichnend ist aber, wie diese ausgetragen werden. Nicht über Interessenkonflikte und eine Diskussion darüber, sondern unter dem Eindruck einer ‚Psycho-Polizei‘, wie die Abgeordnete Paola Pinna die Stimmung im M5S bezeichnete. Seit den Wahlgewinnen im Frühjahr 2013 gibt es nämlich Abgeordnete, die – entgegen der offiziellen Linie des M5S – für eine Koalition mit dem PD sind. Die Mehrheit folgt zwar Grillo in seiner ablehnenden Haltung gegenüber ‚der Kaste‘, sieht sich aber mit Kritik aus den eigenen Reihen konfrontiert, die möglichst unter Verschluss gehalten wird, was aber nicht immer gelingt. Es gab eine Reihe von Ausschlüssen – weil einzelne Abgeordnete es gewagt hatten im Fernsehen aufzutreten, was Grillo nur sich selbst vorbehalten wollte oder die gar den autoritären Stil Grillos, des einfachen Mitglieds, kritisiert haben. Dieser

interne Dissens wird nie von Debatten begleitet und ausgefochten, sondern immer plebiszitär über ein e-Voting auf Grillos Blog. Nach dessen Vollzug versichert man sich gegenseitig der Loyalität und die Medien werden für das Schüren von Zwist beschuldigt. Die dieser Art von Politik zugrundeliegende Logik ist eine des nationalen Standpunkts. Daran gemahnen nicht nur die ständigen Aufrufe Grillos und der ‚Grillini‘ zur nationalen Einheit und zum Wohl Italiens. Ein von den beiden Partei-Gründern – Grillo und der Marketing-Experte Gianroberto Casaleggio – herausgegebenes Buch, eine Art Manifest, trägt den Titel: ‚Siamo in guerra‘ – ‚Wir sind im Krieg‘. Darin heißt es: „Es ist ein Krieg zwischen zwei Welten, zwischen zwei verschiedenen Auffassungen der Realität im Gang.“ Ein „totaler Krieg“ zwischen denjenigen, die am öffentlichen Leben mit einem „dienstbaren Geist“ teilnehmen und denen, die sich vom „Geld, das teilt, korrumpiert“ beeinflussen lassen. Dass Grillo und Casaleggio damit nicht alleine stehen, beweisen die loyalen Grillini wie Claudio Messori, der auf seinem Blog zeigt, wie eng Untergangs- mit Vernichtungsphantasien zusammenhängen, „Regieren oder sterben. Alle gemeinsam.“

Max Horkheimer charakterisierte die autoritäre Politik der Krisenbewältigung 1940 so: „Die Vermittlung wird jetzt abgeschafft.“ (Horkheimer 1988: 209) In Italien ertönt das derzeit als Schlachtruf einer Massenbewegung.

*Mag. Alessandro Volcich, Absolvent am Institut für Politikwissenschaft Wien, ist derzeit als Marktforscher tätig.*

Marco D'Eramo (2013): *Populism and the New Oligarchy*. In: *New Left Review* 82, 5-28.

Max Horkheimer (1988) [1940]: *Die Juden und Europa*. In: ders.: *Gesammelte Schriften* Bd. 4, Fischer: Frankf.a.M., 309.

Karin Priester (2012): *Wesensmerkmale des Populismus*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 5-6, 3-9.



“hands”

# Greece: The Populist Deluge

*Paris Aslanidis and Zoe Lefkofridi*

**T**he concept of populism is hotly debated among political scientists. However, during the past decade there is a clear tendency towards convergence. Operating upon these premises, we briefly sketch out populism and its impact on Greek democratic politics since 1974 and during the current crisis.

## A working definition

Most scholars now accept that populism rests upon a fundamental separation of the body politic between friend and foe. In the standard populist narrative, 'the people' are sovereign, they are the bearers of legitimate democratic rule and all power emanates from them; they are honest, fair, hard-working, they are one and indivisible. Against them stand 'the elites', a small minority of conspiring, devious, and untrustworthy individuals who aim to deprive the people of their rightful democratic capacity, all for their own personal benefit. In this article, we are guided by Mudde's definition of populism as "a thin-centred ideology that considers society to be ultimately separated into two homogeneous and antagonistic groups, 'the pure people' versus 'the corrupt elite', and which argues that politics should be an expression of the *volonté générale* (general will) of the people" (2004: 543). This Manichean approach applied to all things political is the stuff that populism feeds upon, grounding its ethics on a simplistic view of democracy as popular sovereignty and majority rule. Populism is exulted as the epitome of democracy, a system abused and violated in the hands of treacherous politicians. Emotions are crucial for a successful populist campaign. Anger and indignation run high, originating from feelings of injustice, but even more so, of betrayal. The moral dimension is prevalent; the 'enemies of the people', be they politicians, academics, journalists, businessmen or others, are not just plain wrong: they are lying. Having

identified the enemy, the category of 'the people' is extracted *ex negativo*: they are all those who do not belong to the elites. Unsurprisingly, dividing lines which cut across the body of the people in terms of class, ideology, gender, status, centre-periphery, or other, are seldom touched upon; strategic purposes condition that the popular front against the enemy is to be strong, monolithic, unitary. Populism despises pluralism; if the people are united, any dissenting voices become plainly irrelevant.

## Populism in Greece

Populism does not necessary entail the emergence of a strong charismatic leader. However, successful populist ventures usually do. This is also the case with the advent of populism in post-dictatorial Greece, when the old party system was reshuffled in favor of a new political organization founded by Andreas Papandreou, the Panhellenic Socialist Movement (PASOK).

PASOK is an interesting case in the modern history of European populism not only as one of the earliest instances of the phenomenon in the continent, but also due to the fact that Papandreou was the only populist originating from the left for many years to come. Even today, Europe is accustomed to right wing populists, e.g. Le Pen, Berlusconi, or Wilders. Interestingly, left-wing populist regimes such as the ones in Latin America (Chávez, Morales, Correa etc.) had their distant precedent in our own continent, almost forty years ago.

In majoritarian systems, vote-maximization equals office. The vote-seeking strategy of Papandreou, former professor of Economics at Berkeley, and political heavyweight of the left in the post-dictatorial era (since 1974), was the construction of a coherent and vibrant populist narrative. To understand why this approach was successful, a few words on

PASOK's main opponent to this day, center-right New Democracy (ND), are necessary. Its predecessor was the Costas Karamanlis-led National Radical Union (ERE) that had governed Greece in the pre-dictatorial period. During its rule, the political apartheid that had been established after the Civil War (1943-1949) was preserved: special state councils provided 'nationally minded citizens' with certificates proving their 'social liability', while left-wing citizens (esp. communists) were denied access to jobs and education, and were even exiled, imprisoned, or led to concentration camps – a practice that lasted until 1962 (Pappas 1999). The para-state – a brotherhood of mushroom anti-communist organizations that involved army officials, the gendarmerie, the police, and other state agencies, had employed indiscriminate violence in favor of ERE against all opposition. Due to this injustice and violence, the Right had acquired derogatory symbolic connotations with a large part of the population, a fact that Papandreou artfully capitalized upon.

Karamanlis, a 'New Deal' type of reformer, urgently sought European Community (EC) membership as a means to stabilize Greece; his electoral motto was 'We belong to the West'. In contrast, Papandreou's slogan was 'Greece belongs to the Greeks' claiming that the homeland was victim to a collusion of foreign and domestic political and economic interests, which deprived the people of their deserved wealth. He stressed PASOK's ideological commitment to socialism and the rejection of western influences and structures, e.g. NATO and the EC, which were seen as instruments of American and European infiltration. Masterfully polarizing political competition, PASOK's debut received 13.58 % of the vote (1974) and soon later assumed power with a solid 48.06 % (1981).

Papandreou won office by preaching that "the decisions which pertain to our country should be taken by our people, not by foreign centers such as Brussels, Washington, or the metropolitan centers of multinational monopolies" (1). With his grandiose style and the aura of the renowned professor, he illustrated the Greek nation as a subordinated colony of the United States, an otherwise rich country

which can provide sufficiently for itself if only she were to be relieved of the shackles of Western, capitalist hegemony, and be left to proudly follow an independent path.

In terms of values, PASOK's socialist-populist agenda was a mixed bag of egalitarian and nationalist appeals. When in power, its policy produced several negative effects, such as an immense expansion of the public sector, the rise of inflation and sovereign debt, and rampant corruption. On the positive side, PASOK's rise to power facilitated the inclusion of traditionally disadvantaged social groups, the reconciliation with the legacy of the Civil War, and a chain of improvements in the field of social and civil rights. However, the crucial impact of the legacy of Andreas Papandreou consists in planting the populist seed deep inside the Greek mentality, thereafter rendering the citizens sensitive to such appeals; polarization would trump moderation ever since. Since Papandreou's first Premiership (1981-1989), Greece has been witnessing the alteration of populism and moderate reformism in power. The country has been, as still is, in a situation best described as a 'populist democracy', in which both the incumbent party, as well as the opposition, employ populism as their basic strategy of political mobilization (Pappas 2013). Whenever someone tried to break this vicious circle, a populist spinoff would emerge to remind populism's overarching influence on the polity. To illustrate, during the breakup of former Yugoslavia, the ND-government of reformist-liberal Mitsotakis (1990-1993) was overthrown by his minister of Foreign Affairs, Antonis Samaras (current PM). Samaras, fuelled by nationalist sentiments, invested heavily on the name dispute between Greece and the Former Yugoslav Republic of Macedonia to form his own right-wing populist party (Political Spring) that even managed to overcome the 3 % threshold in the 1993 election.

Another lukewarm reformist episode culminated with the country's efforts to enter the Eurozone under a PASOK-government led by Costas Simitis (at the helm since Papandreou's death in 1996). This period included popular mobilization under the auspices of the Orthodox Church and its charismatic

Archbishop, tensions with Turkey over sovereignty issues, and further developments which enriched the populist landscape with two new splinter parties: a right-wing one under the name of LAOS (Popular Orthodox Rally) originating from ND, and a left-wing one under the name of DIKKI, coming from PASOK. Both parties managed to enter the parliament claiming to represent the true (populist) roots of their – now ‘grossly corrupt’ – former political nests (2).

Although the electoral law did not allow these small parties to survive on their own, they did threaten the office-seeking capacity of ND and PASOK which used both populism and clientelistic networks to keep their bipartisan system intact. Given both major parties’ failure to design policies that would help Greece find its niche in the EU market, state expansion was based on debt. When the real state of the Greek economy came to light in 2009, the can of worms opened for good.

## Populism during the Crisis

In spring 2011, the ‚aganaktismenoi‘ (indignados) filled the squares and a large popular majority broke ranks with the former bipartisan status quo. The political system was in shambles. This was definitely a chance for the political class to change its stance, and seek unity so as to save the country. PM George Papandreou (Andreas’s son) sought cooperation with other political forces, esp. ND, for a medium-term policy contract. Samaras, then leader of opposition, not only refused but also encouraged his MPs and cadres to employ populist tactics, accusing PASOK of betraying the Greek people (for the austerity policies that he would also pursue later on). Soon, new or transformed populist forces would emerge, and a new round of political polarization based on populist discourse would begin.

Following intense pressure by the European People’s Party, Samaras discarded his populist strategy in late 2011 and supported a coalition with PASOK and LAOS. In reaction to this U-turn (3), Panos Kammenos, a classic progeny of ND serving as its MP since 1993, abandoned ND together with colleagues to found the party of Independent Greeks (ANEL)

- a textbook example of a right wing populist party. Born a couple of months before the 06.05.2012 election, ANEL managed to garner an impressive 10.6 % of the votes. Despite a decline to 7.51 % in the follow-up June election, the wound that ANEL inflicted on ND’s right flank is still draining the lifeblood out of the former bastion of the center-right.

Kammenos employs a classic nationalist-populist discourse, focusing on themes such as the homeland, religion, family, traditions, illegal immigration, and globalization, usually adorning his arguments with heavy doses of bizarre conspiracy theories regarding foreign powers eyeing Greece’s mineral riches and cultural heritage, all with the help of their domestic lackeys. “Today,” he claims, “comes the New World Order with a fake disguise, invoking ideas of modernization and the future, to tell us that we have to surrender values and principles; that in order to be saved, we have to surrender our national sovereignty. Others call it compromise, others have called it federalism, others yet, modernization. But we call it resistance, resistance against this New World Order. [...] The gang of the coalition government, the representatives of the New World Order, met in the secret clubs of Bildeberg [sic!] and thought that our Greece of Orthodox Christianity would kneel. We do not kneel, Greece will resurrect on Sunday.” (4)

On the other side of the political spectrum, currently the major power is SYRIZA (Coalition of the Radical Left), an amalgamation of leftist factions ranging from the center-left to the ultra-left. Before the crisis, SYRIZA’s electoral appeal ranged lower than 5 % but, seizing the opportunity to play the populist card, its young leader Alexis Tsipras managed to appeal to the masses, including the bulk of disaffected PASOK voters. SYRIZA only missed first place by a mere 170,000 votes, coming up behind ND with 26.89 % in the 2012 June election.

Tsipras has thus far managed to strike a balance between sticking to his party’s radical leftist roots, thus preserving its ideological edge, while widening his net to catch new fish to his right. His game already spoke the populist language fluently; after 2010, SYRIZA only had to increasingly simulate the

early, radical face of PASOK. An avalanche of former PASOK top and middle level cadres were even incorporated in the party, and its rhetoric assumed that particular populist tint which the older generation had grown accustomed to and the younger one would soon discover. Contrary to Kammenos, Tsipras' populist rhetoric has strong egalitarian elements and only a faint spice of reluctant nationalism. That said, foreign creditors are viewed with skepticism if not hostility, and German chancellor Merkel is depicted as the mastermind behind a new German occupation of Greece. As to Samaras, he is accused of submitting to Merkel and the foreign creditors, thus relinquishing national sovereignty.

## Concluding thoughts

Samaras was unable to play the populist-Eurosceptic card, so he polarized competition based on fears of Grexit and its potential consequences. This strategy finally paid off in June 2012 when he was sworn the new PM. But the rise of unemployment, taxes, prices, as well as of frustration and degradation combined with the incapacity and/or unwillingness of the Samaras-led cabinet to cut red tape and propose a business plan for Greece, are conducive to more populism in the future. Unless the electoral law becomes proportional so that the Greek political class starts taking consensus and cooperation seriously, polarization fuelled by populist discourse will increase.

Populism has nourished a siege mentality in the Greek populace, a certain 'Thermopylae syndrome' of a small nation destined to defend its sacred grounds against constant fierce attacks by mischievous foreign enemies who wish to subordinate it. Especially in times of tremendous economic depression like Greece is undergoing, having suffered a contraction of 20 % in GDP since 2009, it has actually become almost non-rational for a politician or political party not to employ populist tactics. Demand for populism has reached unforeseen levels and supply has only risen to meet it.

*Paris Aslanidis, PhD Candidate, Department of Balkan, Slavic & Oriental Studies, University of Macedonia, Greece.*

*Zoe Lefkofridi, Max Weber Fellow, Department of Social & Political Sciences, European University Institute, Italy.*

## Remarks:

(1) TV address, 1977, <http://www.ert-archives.gr/V3/public/main/page-assetview.aspx?tid=37786>, (access: 15.05.2013).

(2) LAOS survived until the 2012 election, failing to pass the 3 % threshold, while DIKKI now rests within the ranks of SYRIZA.

(3) ND voted in favor of the second Memorandum with the Troika (EU, ECB, IMF) creditors on 12.02.2012.

(4) Electoral speech, April 2012, <http://www.youtube.com/watch?v=3UdOWOcMdrM> (access: 20.08.2013).

Mudde, C. (2004): *The Populist Zeitgeist. Government and Opposition* 39/4, 542-563.

Pappas, T. S. (1999): *Making Party Democracy in Greece*. London: Macmillan.

Pappas, T. S. (2013): *Populist Democracies: Post-Authoritarian Greece and Post-Communist Hungary*. In: *Government and Opposition*. Available on CJO 2013 doi:10.1017/gov.2013.21, (access: 20.08.2013).

# Populismus in Bolivien. Oder: Eine Runde Fußball mit Evo.

Lara Hagen

**G**eht es nach den Liberalen dieser Welt, sieht es düster aus für Lateinamerika. Und das seit Jahren schon. „Der Vormarsch linker Populisten und unberechenbarer Autokraten hat all jene aufgeschreckt, die an eine offene Gesellschaft, die repräsentative Demokratie und den liberalen Staat glauben“, rief etwa die *Neue Zürcher Zeitung* (NZZ) Mitte 2007 zur allgemeinen Panik auf (31.05.2007). Als einer dieser unberechenbaren Autokraten wurde in erwähntem Artikel auch der ‚Indio-Gewerkschafter‘ Evo Morales bezeichnet, welcher damals noch am Anfang seiner ersten Präsidentschaft stand. Sieben Jahre später steht ‚el Evo‘ nicht nur am Ende seiner zweiten Legislaturperiode, kaum jemand zweifelt bereits jetzt an seiner erneuten Wiederwahl im Herbst 2014. Evo Morales, der Bilderbuchpopulist also? Ein Stimmungsbericht aus La Paz.

## ¿Populismo latinoamericano?

An meinem letzten Wochenende in Bolivien fuhr ich aufs Land. Sorata, ein kleines Dorf in der Nähe des Titicacasees. Normalerweise ein Ort um abzuschalten, aber das Dorf war am Tag meiner Ankunft in heller Aufruhr. „Evo war da um mit uns Fußball zu spielen“. Evo ist immer da. Morgens beim Frühstücksfernsehen zeigt er sich im Indigenen-Schutzgebiet und Nationalpark Isiboro-Secure mit indigenen EinwohnerInnen, welche sich bei ihm für einen neuen Brunnen bedanken. Während der Busfahrt zur Arbeit begegne ich ihm in der Tageszeitung wieder – diesmal ganz traditionell im Poncho und mit Minenarbeitern abgebildet, statt zuvor noch in Gummistiefeln. Aus dem Radio schallt derweil die Wiederholung einer Rede, in welcher Morales lautstark die (erneute) Ausweisung des US-amerikanischen Botschafters

vorschlägt – die Masse jubelt und schreit. Und natürlich ist er auch nach einem langen Arbeitstags noch da – in den abendlichen Nachrichten, Talkshows oder Werbeschaltungen des Ministeriums für Kommunikation. Wie auch Freund und Vorbild Hugo Chavez versteht es Morales, die Sprache des Volkes zu sprechen, je nach Anlass die passende Kleidung und den richtigen Ton zu wählen – die Klaviatur der Emotionen beherrscht er perfekt.

Es gibt bisweilen eine Vielzahl von Definitionen von Populismus und mit dieser Vielzahl auch eine dementsprechende Menge an Widersprüchen und Unterschieden. Die Massenmedien spielen dennoch in den meisten Deutungsversuchen eine wichtige Rolle. Eine Besonderheit in Lateinamerika ist, dass die Populisten nicht wie in vielen europäischen Staaten die Opposition stellen, sondern an der Macht sind. Dies führt unverzüglich zu der Frage, ob es einen speziellen lateinamerikanischen Populismus gibt. Während es darüber auch in wissenschaftlichen Auseinandersetzungen keinen Konsens gibt, sind sich AutorInnen dennoch über einige Besonderheiten einig. Susanne Gratius bezeichnet die Stärke von Morales, Chavez und Rafael Correa in Ecuador, aber auch von Daniel Ortega in Nicaragua, als dritte Welle des Populismus (vgl. ebd. 2007). Die Autorin unterscheidet in ihrem Essay über Populismus in Lateinamerika diese dritte Welle vom traditionellen Populismus, der wesentlich durch den argentinischen Ex-Präsidenten Juan D. Peron geprägt wurde und von den neopopulistischen Regierungen der 80er, welche sich dem Washington Consensus und somit den von IWF und Weltbank vorgeschriebenen Strukturanpassungsprogrammen unterwarfen und neoliberale Politik verfolgten. Andere AutorInnen beschreiben eine aktuelle Stärke von Morales & Co. mit dem Begriff Linkspopulismus. Sind die

Zuschreibungen auch verschieden, so herrscht über die Erfolgsrezepte größtenteils Einigkeit: die Etablierung kollektiver Symbole – in Bolivien etwa das Cocablatt oder der von Morales beschworene Umbruch, der ‚proceso de cambio‘. Außerdem die Gründung von Massenbewegungen – wie dies dem Movimiento al Socialismo (MAS) im Dunstkreis der zunehmenden Unzufriedenheit mit der Regierung von Gonzales Sanchez de Lozada (letzte Amtszeit von 2002-2003) gelang – und die Ablehnung einer nationalen Oligarchie – was sich in Bolivien etwa durch eine Landreform äußerte. Des Weiteren lässt sich in den meisten Ländern eine Ausweitung der Staatskontrolle über die Wirtschaft wahrnehmen, welche als Basis für erhöhte Sozialausgaben dient. Das Spielen mit und gegen religiösen Glauben, die Verteidigung von Unabhängigkeit und Selbstständigkeit und schließlich noch die Suche nach externen Feinden sind weitere Pfeiler in einer populistischen Architektur. Ein aktuelles Beispiel für diese Suche: Die erzwungene Notlandung des bolivianischen Regierungsflugzeugs in Schwechat diente Morales zuhause als willkommene Rechtfertigung für den rhetorischen Staatsfeind Nummer Eins – die Vereinigten Staaten.

Die Beziehung zwischen Demokratie und Populismus variiert in den verschiedenen Ländern natürlich – auch wenn ich es nicht so polemisch wie die NZZ ausdrücken möchte, ist ein Abrutschen in autoritäre Tendenzen oft ein weiteres Merkmal der dritten Welle des Populismus in Lateinamerika. Morales' erneute Kandidatur ist für viele die Sichtbarmachung dieser Entwicklungen. Erfolgreich die Amtszeit verlängern konnte in den letzten Jahren jedoch nur Chavez in Venezuela. Sowohl Uribe in Kolumbien als auch Correa in Ecuador scheiterten daran die Verfassung zu ihren Gunsten zu ändern. Schließlich kann auch die argentinische Präsidentin Christina Kirchner nach dem Tod ihres Mannes, Ex-Präsident Nestor Kirchner, die ihr vielfach unterstellte Scharade mit ebendiesem um das Präsidentenamt nicht fortzuführen. Bei Kirchner oder ihrer brasilianischen Amtskollegin Dilma Rouseff sehen die Reaktionen, obwohl sie sich auch der typischen populistischen

Verhaltensweisen bedienen, jedenfalls noch immer anders aus. Zumindest in der internationalen Presse wird von den Populisten generell als Chavez, Morales, Ortega oder Uribe gesprochen. Was in der Berichterstattung dann meistens mitfließt ist eine Beinahe-Gleichstellung zwischen den Begriffen Populismus und Autoritarismus.

## Kritik? Nein, Danke!

Mittagspause ist auch Evo-Pause. Im kleinen vegetarischen Restaurant ist immer nur die gleiche Shakira-CD und somit nichts von ‚neoliberalismo‘ oder dem ‚imperio‘ zu hören. „Are you american?“, will mein Gegenüber wissen. Nach der Verneinung der vermeintliche Eisbrecher – was ich denn von der bolivianischen Demokratie halte. Ob das alles gut sei, so wie es ist. Bevor ich antworten kann, beginnt ein Monolog. Er habe bei den letzten beiden Wahlen für Evo gestimmt, aber dieses Mal werde er dies sicher nicht mehr tun. Er könne die Regierung nicht mehr sehen, diese eingeschworene Gruppe, die keine anderen Meinungen mehr duldet, die die Medien dominiert. „Aber welche Wahl habe ich denn?“, schließt Lucio ab, bevor er seine Erdnuss-Suppe weiter löffelt. Tags darauf ein anderes Gegenüber, aber fast das gleiche Gespräch – die gleichen Fragen, die gleichen Zweifel.

Nicht nur auf der Straße, sondern auch in den eigenen Reihen und unter traditionellen MAS-UnterstützerInnen macht sich dieser Tage Kritik breit. Ein Beispiel hierfür ist der seit Jahren andauernde Konflikt um den eingangs erwähnten Nationalpark Isiboro-Secure. Mitten durch diesen Nationalpark sollte eine Verbindungsstraße zwischen dem bolivianischen Hoch- und Tiefland gebaut werden. Seit Oktober 2011 kam es zu Protestmärschen für und gegen den geplanten Bau, ein Millionenprojekt welches es so in Bolivien noch nie gegeben hat. Argumente gegen TIPNIS, wie der Nationalpark und auch der gesamte Konflikt abgekürzt wird, werden von der Regierung nicht gerne gehört: Diese Straße werde gebaut ‚si o si‘ – so oder so – wie Morales mehrmals öffentlich betonte. Der selbst aus dem Nationalpark stammende Leiter der staatlichen Naturparkbehörde, Adrián

Nogales Morales, wurde – nachdem er sich öffentlich wegen der absehbaren Vernichtung biologischer Vielfalt gegen den Straßenbau ausgesprochen hatte – prompt entlassen. Nachdem Morales auf Grund der monatelangen Massenproteste einlenken musste, versicherte er, der Nationalpark bleibe geschützt. Damit war der Konflikt aber keineswegs beendet. Es kam zu einem Gegenmarsch der BefürworterInnen, welcher oft unter dem Verdacht stand von der Regierung selbst initiiert worden zu sein. Mit ihren Forderungen blieben die indigenen BewohnerInnen des Nationalparks auf der Strecke. Von nationalen und internationalen NGOs hagelte es für die fehlende Einbeziehung der Betroffenen, welche nicht nur durch ein nationales Gesetz, sondern vor allem international durch die ILO gefordert wird, schon seit Jahren Kritik. In den Massenmedien ist davon kaum etwas zu hören oder zu lesen.

Aber auch partei-intern kam es während der letzten Monate vermehrt zu Auseinandersetzungen. Eine Gruppe Abgeordneter wurde – nachdem sie in den Massenmedien bereits als Dissidenten bekannt waren, weil sie sich unter anderem nicht für die erneute Kandidatur von Morales und Vizepräsident Garcia Linera aussprachen – von ebendiesen beiden mit dem Namen ‚Freidenker‘ beschrieben, welche vom rechten Weg abgekommen seien. Platz für Debatten oder konstruktive Kritik jenseits der Linie von Morales und Linera gibt es im MAS kaum – entweder ist man für den proceso de cambio oder man ist gegen Fortschritt und Entwicklung. Dass der besagte proceso de cambio vor allem eine leere Phrase bleibt, fügt sich in die von Gratius beschriebenen Charakteristika populistischer Regierungen. ‚Evismo‘ wird diese Dominanz von Morales und dem MAS bereits genannt, ganz nach venezolanischem Vorbild. „Noch nie hatte ich das Gefühl so sehr kontrolliert zu werden“, erzählte mir Lucio. War die NZZ-Prophezeiung also gar keine Panikmache?

## Pop, Pop, Populär

Schließlich sprach Lucio mit seiner abschließenden Frage aber noch etwas anderes an, nämlich die ungebroschen starke Position von Morales und seiner

Partei. Ein Jahr vor der Wahl versucht sich die Opposition zu formieren, scheitert aber immer noch an regionalen Grenzen und internen Querelen. Eine landesweite oppositionelle Bewegung, sei es links oder rechts des MAS, ist nicht in Sicht. Die Stärke von Morales' Partei ist allerdings nicht nur mit dem Fehlen einer Opposition zu erklären, erzählt mir Marielle Cautin. Die Journalistin schreibt vor allem über die verstärkte Ausbeutung der Natur – „Bolivien konzentriert sich wirtschaftlich immer noch größtenteils auf den Export natürlicher Rohstoffe wie Erdgas, oder jetzt auch Lithium. Ganze Gebiete werden für die Erschließung zerstört, die Menschen und die Natur werden nicht beachtet.“ Cautin senkt ihre Stimme immer ein wenig, wenn wir auf die Regierung zu sprechen kommen. „Mit dem aus Rohstoffen gewonnenem Kapital kauft das MAS die Mittelschicht. Wenn man aufs Land raus fährt, da wo die Sozialprogramme oft nicht ankommen, sieht die Unterstützung für Evo nicht mehr so rosig aus. Und trotzdem wird er gewinnen“, seufzt sie und nimmt noch einen Schluck Coca-Tee.

„Warum bleibt Evo Morales so beliebt?“ (Molina 2013), fragen sich also nicht nur AkademikerInnen ein Jahr vor der Wahl. In besagtem Essay ist zumindest der bolivianische Schriftsteller und Journalist Fernando Molina davon überzeugt, dass sich die Popularität Evos auf den wirtschaftlichen Erfolgen stützt, die während der letzten sieben Jahre in Bolivien erreicht wurden. 33 % der Bevölkerung profitierten bislang von Sozialprogrammen – hauptsächlich PensionistInnen, Kinder und Schwangere – der Mindestlohn stieg um ein Vielfaches, Boliviens Auslandsschulden konnten stark gesenkt werden und die Kombination aus hohen Preisen für natürliche Ressourcen am Weltmarkt und Verstaatlichung des Energiesektors sorgten für ein Rekordwachstum der Wirtschaft. Im Gegensatz zum Wahlkampf 2009 wird nun die Vergangenheit gepriesen, statt über die Zukunft zu sprechen. Klientelpolitik, permanenter Wahlkampf und Engstirnigkeit sind einige der Dinge, die der Regierung von KritikerInnen, aber auch von Stiftungen wie der konservativen Fundación Mileno in deren aktuellstem Wirtschaftsbericht (ebd. 2013)

für den Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vorgeworfen werden. Innovationen und Investitionen suche man vergeblich. Tatsächlich agiert Morales mit der Konzentration auf neo-extraktivistische Projekte wohl kaum im Sinne der MAS, um ‚pacha mama‘ (Mutter Natur) zu schützen, sondern viel mehr in eben jener kapitalistischen Manier, die er seinen GegnerInnen – allen voran den Vereinigten Staaten – vorwirft.

Eine zweite wichtige Stütze für Morales' andauernde Stärke sind die politischen Schachzüge der letzten Jahren. Der Staat beschäftigt so viele BeamtInnen wie nie zuvor; Ämter werden geschickt besetzt und besonders die traditionell MAS-kritischen Gebiete im Tiefland versuchen durch Postenvergaben und spezielle Projekte die Mehrheit für 2014 zu sichern (Miranda 2013).

## ¿Y ahora qué?

Ein knappes Jahr vor den Wahlen gibt es in Bolivien nicht viele Menschen, die an dieser Mehrheit zweifeln – weder der Lehrer Lucio, noch die Journalistin Cautin, politische BeraterInnen oder AkademikerInnen. Morales hat sich in den letzten Jahren einige der von Gratius beschriebenen Erfolgsrezepte des Populismus zu Herzen genommen. Autoritarismuskritik wird, wie in diesem Stimmungsbericht gezeigt wurde, zwar immer lauter, so restriktiv wie im Venezuela Chavez' wird mit differierenden Meinungen aber nicht umgegangen.

Die Direktorin der deutschen Friedrich-Ebert-Stiftung in Bolivien, Anja Dargatz, begründet dies so: „Bolivien ist ein schrecklich heterogenes Land – hoch politisiert und rebellisch. Das hat auch in der Vergangenheit schon 100 %-autoritäre Regime verhindert.“ Viele der von Gratius beschriebenen Kriterien können für das Fallbeispiel Bolivien bestätigt werden. Abschließend bleibt die Frage, die sich bei der Betrachtung lateinamerikanischer Länder aufwirft: Ist der Populismus das Problem oder eher eine typische Frustration, wenn eine Regierung ihre oft viel zu hohen Versprechen nicht einhält bzw. immer mehr an der Macht klebt und autoritär wird? Kann

bei der Betrachtung anderer Beispiele, die weniger Aufschreie ernten – wie etwa Kirchner in Argentinien oder Rousseff in Brasilien – behauptet werden, dass Populismus gar eine lateinamerikanische Politikform ist, welche zu einem gewissen Grad auch in der Bevölkerung so gewünscht wird? Vielleicht sollte sich die Kritik weniger gegen Populismus an sich richten, sondern sich darauf konzentrieren, wie sehr demokratische Grundwerte missachtet bzw. ausgehebelt werden.

*Lara Hagen studierte Politikwissenschaft und Internationale Entwicklung in Wien und Hamburg. Von Mai bis August 2013 absolvierte sie ein Praktikum bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in La Paz, Bolivien.*

Miranda, Boris (2013): *Santa Cruz, el objeto del deseo*. In: *El Desacuerdo*. <http://www.eldesacuerdo.com/?Santa-Cruz-el-objeto-del-deseo>, (Zugriff: 10.09.2013).

Fundación Milenio (2013): *Informe de Milenio sobre la economía 2012/34*. <http://www.fundacion-milenio.org/Informe-economico/>, (Zugriff: 10.09.2013).

Gratius, Susanne (2007): *The ‚Third Wave of Populism in Latin America‘*. In: *FRIDE Working Paper 45*, (October). <http://www.fride.org/download/WP45.english.pdf>, (Zugriff: 10.09.2013).

Molina, Fernando (2013): *¿Por qué Evo Morales sigue siendo popular?* [www.nuso.org/upload/articulos/3937\\_1.pdf](http://www.nuso.org/upload/articulos/3937_1.pdf), (Zugriff: 10.09.2013)..

## „Der ganz normale Mensch im Ötztal will halt wissen, ob die Welt noch steht und vielleicht noch warum oder warum nicht“

Interview mit Roman Rafreider

Was macht man mit einem Studium der Politikwissenschaften? Wir starten mit dieser Ausgabe die neue Interviewreihe „Politikwissenschaft in der Praxis“. Dabei werden wir unter anderem mit PolitikwissenschaftsabsolventInnen aus Wissenschaft, Journalismus und Diplomatie über ihr Politikstudium und die damit verbundenen Erfahrungen im Berufsleben sprechen.

Bringt ein Studium der Politikwissenschaften überhaupt etwas? „Ja!“, sagt Roman Rafreider, Nachrichtenmoderator der ZIB20 und ZIB24 beim ORF. Mit ihm sprachen wir über das Spezifikum des Studiums der Politikwissenschaft, seinen Job beim ORF und was er von der Mindeststudienzeit und dem Publizistikstudium hält.

**Kennst du den Witz: Was fragt ein Politikwissenschaftler mit Job einen Politikwissenschaftler ohne Job?**

(lacht) Nein.

**Darf's noch eine Apfeltasche von McDonald's sein?**

(lacht noch mehr)

**Der Witz reflektiert den Eindruck, dass man als AbsolventIn der Politikwissenschaften, abgesehen vom wissenschaftlichen Bereich nur sehr mäßige Jobaussichten hat. Siehst du das ähnlich?**

Also ich habe den Eindruck, dass das Politikwissenschaftsstudium eher an Eindruck gewonnen hat, als eingebüßt. Zu meiner Zeit gab es die Möglichkeit entweder BWL oder Jus zu studieren oder halt etwas ganz anderes wie Medizin. Politikwissenschaft war da nicht gern gesehen. Auch wenn ich das jetzt aus dem Blickfeld eines Journalisten sehe, aber wir holen uns immer öfter PolitologInnen ins Studio. Das Feld der Politikberatung spielt meiner Meinung nach eine viel wichtigere Rolle als noch in vergangenen



Jahren. Es gibt, aus meiner Sicht einerseits viel mehr Jobs für PolitikwissenschaftlerInnen und andererseits suchen viele UnternehmerInnen nicht mehr nur Jus- und BWL-AbsolventInnen sondern zum Beispiel MedizinerInnen und auch PolitologInnen, weil diese andere Zugänge zu ihren Wirtschaftsgeflechten haben. Das Problem der Politikwissenschaft ist aber offenbar, dass es zu viele interessiert. Es ist ja auch ein hochspannendes Studium.

**Wieso sollte man sich dann trotzdem für dieses Studium entscheiden?**

Mit einem Beginn des Studium ist ja noch nichts verloren. Es interessiert einen, Zeitung liest man auch gerne; aber was mache ich daraus? Das Besondere daran ist ja doch, dass du es dir selbst schnitzen kannst; also welche Ausrichtung. In Jus machst du deine 16 Prüfungen und das war es. Bei Politikwissenschaft studiert jeder in eine andere Richtung. Manche in die philosophische Richtung,

andere in Richtung internationale Politik. Und ich glaube, das haben die Leute außerhalb, sprich die UnternehmerInnen in der Privatwirtschaft auch schon entdeckt. Weil wenn jemand das Studium der Politikwissenschaft fertig macht, dann hat er sich etwas dabei überlegt. Und hat nicht einfach so seine 16 Prüfungen absolviert.

**Angenommen man strebt einen Job im Journalismus an. Lohnt es sich dann eigentlich Politikwissenschaft zu studieren oder sollte man besser gleich in Redaktionen tätig werden?**

**Und was kann man während des Studiums machen, damit man später bestmögliche Chancen hat, um im Journalismus Fuß zu fassen?**

Nein, also ein Studium ist in jedem Fall ratsamer. Man studiert ja nicht nur wegen den Karriereaussichten. Es geht ja um viel mehr im Studium als den darauffolgenden Job. Ist doch auch eine Horizonterweiterung.

Zur Frage: Ich finde, wenn man unbedingt JournalistIn werden will, sollte man trotzdem vorher den Fachbereich studieren. Man kann ja nebenher bei Medien, sei es Zeitung, Radio oder Fernsehen mitwirken. Es gibt aber keine Universalantwort. Logisch ist es natürlich schon, die ganze Zeit neben dem Studium etwas in jenem Bereich zu machen in dem man später arbeiten will. Für eineN PolitikstudentIn ist die Situation nicht aussichtslos. Man kann alles oder nichts daraus machen. Würde ich dieses Interview mit zwei Publizistikstudenten machen, würde die Antwort anders ausfallen, denn damit kann man weit weniger anfangen.

Der Abschluss eines Studiums ist aber keine Voraussetzung um JournalistIn zu werden.

**Und was hältst du von der Mindeststudiendauer?**

Gar nichts halte ich von dem. Ich finde, dass ein Studium schon mal länger dauern kann, weil es für einen selbst gut ist. Ich habe mich anfangs auch selbst finden müssen und letztendlich mit Politikwissenschaft dann das richtige Studium gewählt. Sprich, wenn man es sich leisten kann, finde ich es ganz großartig nicht nur das Ziel der Mindeststudienzeit vor sich zu haben, sondern auch Wert auf Auslandsaufenthalte

usw. zu legen. Es spielt doch heutzutage eine viel größere Rolle wie jemand studiert. Jemand der sein Studium so schnell wie möglich fertig bringt, um danach gleich im Arbeitsmarkt Fuß fassen zu können, hat es meiner Meinung nach tendenziell schwieriger als jemand, der während des Studiums schon Praktika macht und damit Erfahrung sammelt. So Eine oder Einen, der/die sein Politikstudium in Mindeststudienzeit absolviert und sonst nichts gemacht hat, würde ich ehrlich gesagt nicht einstellen.

**Anderes Thema. Wie beurteilst du, dass speziell ‚Jugendliche‘ unter 30 Jahre ihre politische Information vermehrt aus Politik Satire Sendungen wie der Daily Show in den USA beziehen?**

Das Ganze ist halt deswegen interessant weil es lustig ist. Aber deswegen erfährst du nicht mehr über Politik. Mit solchen Sendungen versteht man die Politik jetzt nicht unbedingt besser. Ich bin mir auch nicht sicher, ob es stimmt, dass Jugendliche wirklich vermehrt ihre politische Information aus solchen Satire Sendungen beziehen. Solche Shows schauen ja meistens genau jene, die sowieso Zeitungen lesen und die ‚seriösen‘ Nachrichten konsumieren. Alles andere wäre für mich absurd. Die viel größere Gefahr sehe ich darin, dass zusehends nicht unbedingt hochpolitische Talkshows PolitikerInnen zu einem Interview ins Studio einladen. Das ist für die PolitikerInnen dann die perfekte Bühne sich zu präsentieren, weil dort nicht so wahnsinnig kritische Fragen gestellt werden. Man bewegt sich an der Oberfläche und private Fragen dominieren meist das Interview. Da darf man aber nicht nur die PolitikerInnen und Sendungen kritisieren, sondern auch jene Leute die sich solche Interviews dann letztendlich auch anschauen. Nur die Wenigsten schauen sich zum Beispiel eine Parlamentsdebatte an.

**Gibt es deiner Meinung nach journalistische Unabhängigkeit?**

Ja. JedeR wird in seinem eigenen Umfeld sozialisiert. Du hast eine Meinung, du hast einen Standpunkt, bist sozialisiert und politisiert. Das ist ja auch gut so. Gehst ja auch hoffentlich wählen. Aber einE professionelleR JournalistIn muss halt zwischen

Privatmeinung und unabhängigen Nachrichten unterscheiden können. Es darf keine Rolle spielen ob man jetzt PolitikerInnen interviewt, die man weniger gerne mag oder umgekehrt. Ich glaube also sehr stark daran, dass JournalistInnen tendenziell unabhängig sind und die Abhängigen eher die Ausnahme bilden.

**Was sagst du zu folgendem Mediendilemma: Medien wollen höhere Einschaltquoten, gute LeserInnenzahlen etc. ... Sinken die ZuschauerInnenquoten werden immer kürzere Beiträge gesendet und kürzere Artikel gedruckt um Kosten zu sparen. Damit spielen diese Medien teilweise populistischen Parteien und Personen in die Hände, da politische Inhalte nur mehr sehr verkürzt und verzerrt dargestellt werden können. Viele PolitikwissenschaftlerInnen bemängeln in dieser neuen Vermittlung von Politik, dass die eigentlichen politischen Argumente auf der Strecke bleiben. Ist es deiner Meinung nach möglich dem entgegenzuwirken? Und wenn ja, wie?**

Es ist sehr schwierig dem entgegenzuwirken. Es kommt natürlich auch auf das Medium an. Im *Spiegel* kann man natürlich auf z.B. 18 Seiten politische Abhandlungen ganz anders darstellen als jetzt im Fernsehen in einer Minute und 30 Sekunden. Das Fernsehen ist halt nun mal ein oberflächliches Medium. Dabei wird logischerweise viel über Bilder gesteuert. Bei einer Nachrichtengeschichte, die länger als zwei Minuten dauert, schalten die meisten ZuschauerInnen um; so spannend kann das gar nicht gestaltet sein.

Das hat auch etwas mit der Rezeption von politischen Themen zu tun und wie unsere Gehirne inzwischen funktionieren, weil alles so schnell geht. Du kannst natürlich gegenschaalten, indem du ganz bewusst Lücken mit Entschleunigung füllst. Die Doku-Serie *Universum* lebt zum Beispiel davon. Weiters ist auch oft zu wenig Geld vorhanden und alles muss immer schneller gehen. Das ist schon ein Drama unter dem auch Qualitätszeitungen leiden. Manche überlegen überhaupt nur mehr im Internet Informationen anzubieten.

Im Journalismus reden wir immer von vielen Menschen und nicht nur von höchst politisch interessierten Menschen, die bestenfalls auch noch ein Studium der Politikwissenschaften hinter sich haben. Der ganz normale Mensch im Ötztal will halt wissen, ob die Welt noch steht und vielleicht noch warum oder warum nicht. Das ist auch der Grund warum Talk-Sendungen nicht mehr funktionieren, weil die Leute gesättigt und müde davon sind. Talkshows dauern schnell mal eine Stunde. Wo, wenn nicht dort kannst du ein Thema derart vertiefen und austauschen? Deswegen versucht man es jetzt mit neuen Zugängen wie zum Beispiel Kochshows mit PolitikerInnen. Dabei spielt natürlich auch Inszenierung eine Rolle. Hugo Portisch hat einmal gesagt: „Die Kunst des Journalismus ist es, fade und komplexe Themen populär aufzubereiten“. Dabei ist oft auch Entertainment notwendig. Im Moment sind wir halt auf dieser Welle, dass immer so viele Sachen nebenher noch mitspielen müssen. Dabei versucht jedeR noch lustiger zu sein. Wir machen das ja nicht, weil uns fad ist, sondern weil wir immer nach Möglichkeiten suchen die ZuschauerInnenzahlen konstant zu halten oder zu steigern. Und die Aufgabe Leute für Politik zu interessieren und dafür ein paar populäre Mittel, sei es eine Kochshow oder Planking (Anm. Red.: Sich auf den Tisch legen und fotografieren lassen), in die Hand zu nehmen, finde ich ja grundsätzlich sehr positiv.

**Wie siehst du die steigende Konkurrenz zum ORF?**  
Finde ich großartig. Dadurch muss sich der ORF ja zunehmend mehr anstrengen um sein Profil weiter zu schärfen. Bei uns gab es ja lange keine eigene Werbeabteilung, weil man glaubte das nicht notwendig zu haben. Die österreichischen Fernsehsender wie Puls 4, ATV und Pro Sieben stellen aber eher eine kleine Konkurrenz dar. Viel größere Konkurrenz kommt da aus Deutschland. Die damalige ZIB3 wurde zum Beispiel nur erfunden, weil RTL das Nachtjournal aufgesetzt hat und dem ORF dadurch viele ZuschauerInnen wegschnappte.

*Geführt von Dominik Hultsch und Michael Mayrhofer am 05.06.2013 in Wien.*

# Populäre NS-Erinnerung des Sports

Georg Spitaler

In postdemokratischen Zeiten werden politische Leidenschaften oft außerhalb der politischen Institutionen artikuliert. Das zeigt sich auch im Sport, der für seine Fans zu einem wichtigen Feld für die Konstruktion politischer Identitäten geworden ist. Vergangenheitspolitisch übertreffen die scheinbar trivialen Gedächtnisorte der Popularkultur in ihrer „kulturellen oder politischen Wirksamkeit“ manchmal diejenige scheinbar bedeutender politischer Themen, so Etienne François und Hagen Schulze (2001: 19f.) in *Deutsche Erinnerungsorte*. Erinnerung im Sport besitzt eine Reihe von Eigenschaften, die sie manchmal von offizieller nationalstaatlicher Erinnerungskultur unterscheidet: Emotionale Anteilnahme und Identifikation, auf die nationale Geschichtsvermittlung oft abzielt, stellt sich hier scheinbar selbstverständlich her.

## SK Rapid im Nationalsozialismus

Diese Erfahrung machten wir im Rahmen des Forschungsprojekts *Grün-weiß unterm Hakenkreuz. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus (1938-1945)*, das 2010 im Auftrag Rapids vom Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW) durchgeführt wurde. Hier zeigte sich auch die starke Öffentlichkeitswirksamkeit des Sports. Ein Projekt, das sich mit NS-Geschichte und dem populärsten österreichischen Fußballklub beschäftigt, generierte gleich doppelte mediale Aufmerksamkeit.

Die politologische Relevanz der NS-Sportgeschichte lässt sich dabei mehrfach begründen. Einerseits für den betroffenen Verein: Gerade weil Rechtsextremismus auch aktuell ein Problem im Fußball darstellt, ist ein offensiver und unmissverständlicher Umgang mit der eigenen Geschichte ein gewichtiges

Zeichen. Essentiell war deshalb auch die Einbindung der Fanszene in unser Projekt. Ohne die Unterstützung aktiver Fans, die die Geschichte Rapids oft besser kennen als die meisten ForscherInnen, hätten wir das Projekt nur schwer durchführen können.

Andererseits bietet die Beschäftigung mit NS-Sportgeschichte analytisch wertvolle Einsichten in Alltagskulturen des Nationalsozialismus. Popularkultur, als „Pausenraum des ‚Dritten Reiches‘“ (Würmann/Warner 2008) erfüllte einerseits systemstabilisierende Funktionen, bot aber auch Freiräume und fungierte als potentiell politische Öffentlichkeit. Erinnerungsorte, wie Rapids Sieg in der ‚Großdeutschen Kriegsmeisterschaft‘ 1941, der im Finale gegen Schalke 04 am Tag des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion erzielt wurde, Publikumsausschreitungen bei Spielen gegen Teams aus dem ‚Altreich‘, oder der Tod des Austria-Stars Matthias Sindelar wurden nach 1945 Teil eines populären österreichischen Sportgedächtnisses. Gleichzeitig wurden sie aber auch zu Bausteinen für offizielle Geschichtsbilder über die Rolle Österreichs im Nationalsozialismus, etwa im Hinblick auf eine österreichische Opferrolle sowie die Abgrenzung vom deutschen Nachbarn. Dafür eignete sich etwa die Erzählung von der angeblichen Bestrafung der Rapid-Spieler für den Sieg in der deutschen Meisterschaft 1941 und der Versetzung zahlreicher Spieler an die Front, für die wir im Projekt jedoch keine Bestätigung fanden.

Der Sieg der Rapid-Mannschaft wurde bisweilen als widerständiger Akt, der gegen den Willen der deutschen Sportführung erzielt worden sei, interpretiert. Auf deutscher Seite existierte jedoch die gegenteilige Behauptung, wonach der Sieg Rapids politisch



Quelle: Rapideum

gewünscht gewesen sei. Rechtsextreme Kreise in Österreich wiederum sind bis heute stolz auf die Teilnahme Rapids an der ‚deutschen‘ Meisterschaft. Im Gedächtnisort des Spiels Schalke 04 vs. SK Rapid 1941 verdichten sich also unterschiedliche Geschichtsinterpretationen, und so ist es kein Zufall, dass der Auftrag zum Forschungsprojekt gerade nach einem Freundschaftsspiel des SK Rapid gegen Schalke 04, das Teil der Feierlichkeiten zum 110-jährigen Vereinsjubiläum war, erteilt wurde. Im Vorfeld des Spiels war über die adäquate Einordnung des deutschen Meistertitels unter den Rahmenbedingungen des nationalsozialistischen Terrors diskutiert worden.

Was die Erkenntnisse aus dem Projekt betrifft, so liegt eines der wichtigsten Ergebnisse für uns in der Sichtbarmachung verschütteter Geschichte: Denn im Gegensatz zum populären Image des SK Rapid als bodenständigem Arbeiterverein, der im Unterschied zum Lokalrivalen FK Austria nicht mit der jüdischen Gemeinde Wiens assoziiert wurde, gab es auch bei Rapid einige jüdische Spieler und Funktionäre, darunter den Namensgeber des Klubs Wilhelm Goldschmidt sowie zwei Präsidenten der 1920er Jahre.

Dass an ihre Biografien nun im sehr gelungenen Vereinsmuseum des Klubs, dem Rapideum, erinnert wird, sehen wir als Erfolg an.

## Politische Rudergeschichte

Abseits des Fußballs veröffentlichte etwa der Österreichische Alpenverein 2011 eine umfangreiche Studie zur Vereinsgeschichte der Jahre 1918-45. Auch der Wiener Ruderverein Lia nimmt derzeit das 150-jährige Vereinsjubiläum zum Anlass, für eine Festschrift die Geschichte der Jahre 1938-45 zu beleuchten. Gemeinsam mit dem Initiator des Projekts, dem Filmhistoriker Christian Dewald, der selbst Mitglied der Lia ist, habe ich im vergangenen Jahr die Recherchen dazu durchgeführt.

Der Rudersport ist dabei für eine politische Sportgeschichte mehrfach interessant: Zwar verfügte er im Gegensatz zum Fußball über weniger Öffentlichkeit und Publikum, jedoch waren viele Vereine und Aktive in der Zwischenkriegszeit, ähnlich wie die alpinen Vereinigungen, trotz des anglophilen Charakters großdeutsch orientiert. So behauptete Paul Otto Klossy, bis 1938 Vorsitzender des Österreichischen

Ruderverbands und danach NS-Gaufachwart, die Bootshäuser seien in der austrofaschistischen Notzeit geheime „Andachtsorte nationalsozialistischen Glaubens“ gewesen (Wassersport 13/1938: 243). „Vergeblich war der Versuch der Juden, bei den Rudervereinen Eingang zu finden; an den Zäunen der Bootshäuser hörte Österreich auf und darinnen war Deutschland“, so ein Trainer über die Situation bei manchen Klubs in den 1930er Jahren (ebd. 14/1938: 268).

Anders als bei manchen anderen Ruderklubs gab es bei der Lia jedoch vor 1938 keinen Arierparagrafen. Analog zu unserem Projekt zum SK Rapid war es daher auch in diesem Fall ein wichtiges Ergebnis, die Biografien von jüdischen Funktionären des Vereins rekonstruieren zu können. So wird die Lia anlässlich der Vereinsfeiern diesen Herbst ein neues Boot nach Hugo Hammerschlag, einem langjährigen Funktionär, der den Verein 1938 als Jude verlassen musste, benennen.

*Georg Spitaler ist Assistent am IPW mit den Forschungsschwerpunkten Sportgeschichte, Politische Theorie, Populärkultur und Politik.*

Im Herbst 2013 startete ein Projekt des Wissenschaftsfonds FWF zu jüdischen Sportfunktionären im Wien der Zwischenkriegszeit, bei dem Georg Spitaler bzw. das ipw als nationaler Forschungspartner beteiligt sind.

Deutscher Ruderverband (31.03.1938): *Österreichs Ruderer grüßen ihre alten Kameraden!* In: *Wassersport* 13/56, 243-244.

Deutscher Ruderverband (07.04.1938): *Die Flagge weht!* In: *Wassersport* 14/56, 268.

François, Etienne/Hagen Schulze (2001): *Einleitung*. In: dies. (Hg.) *Deutsche Erinnerungsorte I*. München: C.H. Beck, 9-24.

Rosenberg, Jakob/Georg Spitaler (2011): *Grün-weiß unterm Hakenkreuz'. Der Sportklub Rapid im Nationalsozialismus (1938-45)*. Wien: Hg. SK Rapid/DÖW; unter Mitarbeit von Domenico Jacono und Gerald Pichler. (Erhältlich im Fanshop des SK Rapid.)

Würmann, Carsten/Ansgar Warner (Hg.) (2008): *Im Pausenraum des ‚Dritten Reiches‘. Zur Populärkultur im nationalsozialistischen Deutschland*. Bern: Peter Lang.



LIA-Zigarettendose von 1907. Links unten: Unterschrift des jüdischen Vorstandsmitglieds Hugo Hammerschlag. Foto: Christian Dewald

# Wählen mit 16

Eva Zeglovits

Seit der Wahlrechtsreform 2007 gilt in Österreich ein allgemeines Wahlalter von 16 Jahren. Österreich nimmt eine Vorreiterrolle ein. Weltweit gibt es nur vereinzelt Länder, in denen 16-Jährige bei allen bundesweiten Wahlen und Abstimmungen teilnehmen dürfen. Und viele BeobachterInnen blicken nach Österreich um zu sehen, welche Auswirkungen denn diese Wahlaltersenkung hat. Auch andere Länder diskutieren die Wahlaltersenkung, oder führen sie in kleinen Schritten ein. In Argentinien etwa sind bei den kommenden Wahlen auch 16-Jährige wahlberechtigt, Norwegen experimentiert mit Probeläufen bei Gemeinderatswahlen. In Großbritannien und Dänemark gibt es seit Jahren heftige Debatten um eine Wahlaltersenkung, in der bis dato die GegnerInnen die Oberhand bewahren.

Auch in Österreich war die Reform nicht unumstritten, die Argumente von GegnerInnen und BefürworterInnen sind überall ähnlich. GegenerInnen befürchten, dass Jugendliche schlicht nicht bereit sind, wählen zu gehen. Es fehle an politischem Interesse, an politischem Wissen und an Reife. Die Befürchtungen reichen von niedriger Wahlteilnahme bis hin zu wenig fundierten Wahlentscheidungen. In der wissenschaftlichen Debatte geht es dabei um eine mögliche Diskrepanz der eigenen Interessen und der Position der gewählten Partei. In der öffentlichen Debatte klingt es oft eher danach, dass VertreterInnen von Partei A befürchten, Jugendliche könnten Partei B wählen, und Partei B wäre naturgemäß eine falsche Entscheidung. Was auffällt ist, dass vor der Einführung des Wahlrechts für Frauen vor rund 100 Jahren ganz ähnlich argumentiert wurde. Die BefürworterInnen wiederum erhoffen sich eine stärkere Repräsentation von Interessen junger Menschen, ein Schließen der wahrgenommenen Kluft zwischen PolitikerInnen und Jugendlichen, eine stärkere Stimme junger Menschen in der Politik. Durch die bessere Verankerung von 16- und 17-Jährigen in

Elternhaus und Schule erhoffen sich manche auch, dass ErstwählerInnen durch die Wahlaltersenkung besser auf die Wahl vorbereitet werden und daher in einem höheren Ausmaß daran teilnehmen und eine fundierte Wahlentscheidung treffen (z.B. Franklin 2004).

Warum ist die Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung von JungwählerInnen überhaupt so interessant? Die Forschung zeigt, dass die ersten Wahlen den Grundstein für die spätere ‚Wahlbiographie‘ bilden. Wer bei der ersten Wahl teilnimmt, wird dies mit großer Wahrscheinlichkeit auch bei der nächsten Wahl tun. Eine niedrige Wahlteilnahme von ErstwählerInnen hat also langfristige Folgen. Auch wenn die Zeiten, in denen Menschen ihr Leben lang für die gleiche Partei gestimmt haben, vorbei sind, gibt es auch bei der Wahlentscheidung eine gewisse Gewohnheit.

Die Erfahrungswerte aus Österreich bieten also die einmalige Gelegenheit, die Argumente empirisch zu überprüfen. Was also wissen wir bislang?

Gesichert ist, dass das Interesse von 16- und 17-Jährigen an Politik nach der Wahlaltersenkung höher war als zuvor (Zeglovits/Zandonella im Erscheinen). Damit scheint eines der Argumente derjenigen, die einer Wahlaltersenkung skeptisch gegenüberstehen, geschwächt. Das vielbeklagte mangelnde Interesse von jungen Menschen unterliegt offenbar zumindest teilweise einer Henne-Ei-Problematik: Wieso soll sich jemand für Parteipolitik und Wahlen interessieren, der noch nicht mitzubestimmen hat? Die jüngsten WählerInnen waren nicht schlechter informiert, unwissender oder unmotivierter als der Durchschnitt (Wagner et al. 2012). Zumindest bei der ersten Wahl nach der Wahlaltersenkung, fühlten sich viele junge Menschen geradezu verpflichtet, nicht völlig unvorbereitet in die Wahlen zu gehen (Schwarzer/Zeglovits 2013). Zudem zeigte sich auch eine Veränderung im Informationsverhalten: die

erstmalig Wahlberechtigten äußerten einen Wunsch nach mehr Information, am liebsten aufbereitet in kleinen, leicht konsumierbaren Häppchen, serviert als leichte Kost in der Schule.

Auch wenn die Teilnahmebereitschaft, die in Umfragen erhoben wird, bei jungen WählerInnen oft deutlich unter jener von älteren liegt, ist durch das Auszählen von WählerInnenlisten gesichert, dass die Wahlteilnahme bei den Gemeinderatswahlen in Wien 2010 und den Gemeinderatswahlen in Krems 2012 bei 16- und 17-Jährigen nahe an der Gesamtbeteiligung lag. Ab einem Alter von 18 Jahren allerdings ging die Wahlteilnahme deutlich zurück (Zeglovits/Aichholzer im Erscheinen).

Diese Ergebnisse aus Österreich spielen also den BefürworterInnen eher in die Hände als den GegnerInnen. Dies soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch mögliche Probleme gibt, sofern man eine hohe und über alle Gruppen einer Gesellschaft gleichmäßig verteilte Wahlteilnahme als ein anzustrebendes Ziel definiert.

Begleitstudien zu den Nationalratswahlen 2008 (z.B. Perlot/Zandonella 2009), oder den Wiener Gemeinderatswahlen 2005 ergaben, dass ein großer Anteil junger Menschen von Begleitmaßnahmen zur Wahlaltersenkung erreicht wurden, etwa über die ‚Demokratieinitiative‘ oder durch Teilnahme an ‚Probewahlen‘ in der Schule. Auch wenn der tatsächliche Effekt solcher Begleitmaßnahmen nur schwer abzuschätzen ist, stellt sich doch die Frage, wieviele der positiven Ergebnisse für Österreich replizierbar bleiben, sobald diese Begleitmaßnahmen wegfallen. Es ist ein durchaus denkbares Szenario, dass sich die Öffentlichkeit irgendwann daran gewöhnt, dass hierzulande 16- und 17-Jährige wahlberechtigt sind, und dass die mediale Aufmerksamkeit, die dieser Tatsache gewidmet wird, irgendwann versickert. Bei Wahlen ohne Begleitmaßnahmen für die jüngsten ErstwählerInnen und ohne das Gefühl, die Gesellschaft schaue mit Argus-Augen darauf, was denn die ErstwählerInnen machen, könnten Interesse und das Pflichtgefühl, sich informieren zu müssen, auch wieder zurückgehen. Wer sagt, dass die jüngsten ErstwählerInnen, wenn sie sich nicht länger im Scheinwerferlicht sehen, immer noch für die Wahlen

interessieren? Es bleibt hier zu hoffen, dass der positive Effekt der Einbettung in Schule und Elternhaus auch darüber hinaus bestehen bleibt. Eine weitere Facette, die auch als problematisch erachtet werden kann, sind deutliche Unterschiede zwischen den sozialen Schichten. AHS-SchülerInnen wurden – zumindest bei der NRW 2008 – in einem weitaus höheren Ausmaß von Begleitmaßnahmen in der Schule erreicht als BerufsschülerInnen. Und wenn es so ist, dass die erste Wahl den Grundstein für weitere Wahlen legt, würde das bedeuten, dass soziale Unterschiede, die bereits in der ersten Wahl auftreten, möglicherweise einzementiert werden.

*Eva Zeglovits, Fakultätszentrum für Methoden der Sozialwissenschaften, ist Mitarbeiterin der Österreichischen Nationalen Wahlstudie AUTNES.*

Franklin, Mark N. (2004): *Voter turnout and the dynamics of electoral competition in established democracies since 1945*. Cambridge [u.a.]: Cambridge University Press.

Perlot, Flooh/Martina Zandonella (2009): *Wählen mit 16 – Jugendliche und Politik in Österreich*. In: *SWS-Rundschau* 49/4, 420-445.

Schwarzer, Steve/Eva Zeglovits (2013): *“If you don’t come across it in your family or in school, where else?” – How 16- and 17-year old first time voters perceive the role of schools for participating in their first general election in Austria*. In: Abendschön, Simone (Hg.) *Growing into Politics. Contexts and Timing of Political Socialisation*. Colchester: ECPR Press.

Wagner, Markus/David Johann/Sylvia Kritzing (2012): *Voting at 16. Turnout and the Quality of Vote Choice*. In: *Electoral Studies* 31/2, 372-383.

Zeglovits, Eva/Martina Zandonella (2013): *Political interest of adolescents before and after lowering the voting age: the case of Austria*. In: *Journal of Youth Studies* 16/8, 1084-1104.

Zeglovits, Eva/Julian Aichholzer (im Erscheinen): *Are people more inclined to vote at 16 than at 18? Evidence for the first-time voting boost among 16- to 25-year-olds*. In: *Austria. Journal of Elections, Public Opinion & Parties*.

# „Remember, remember the 31<sup>st</sup> of May“ – Gezi-Park-Proteste in der Türkei

Ayşe Dursun

Am 16.09.2011 beschloss der Istanbuler Stadtrat „das Projekt über den Umbau des Taksim in eine Fußgängerzone“. Das Projekt wurde am 04.01.2012 vom Kultur Ministerium und dem Obersten Rat für die Erhaltung natürlicher Reichtümer genehmigt. Das Projekt sah den Abriss des Gezi-Parks, dessen Ersetzung durch ein Einkaufszentrum und den Wiedererrichtung der historischen Topçu-Kaserne für Hotels und andere luxuriöse Neubaugebiete vor. Der Genehmigung des Projektes folgten einige Stellungnahmen und Demonstrationen seitens der Taksim Solidaritätsplattform – ein Dachverband, der aus über 120 Gewerkschaften, Kammern, Vereinen und politischen Parteien besteht und die Einbeziehung der Zivilgesellschaft in den Umbauprozess des Taksim-Platzes fordert. Als am 27.05.2013 die ersten Bäume gefällt werden sollten, besetzte eine kleine Gruppe von AktivistInnen aus der Solidaritätsplattform den Park und verhinderte die geplante Fällung. Am 30. Mai morgens um 5 Uhr zündete die Polizei die Zelte im besetzten Gezi-Park an. Die Polizeigewalt nahm in den folgenden Tagen durch den Einsatz von Pfefferspray, Tränengas, Plastikgeschossen und Wasserwerfern zu. Dem Bericht der ÄrztInnenkammer vom 15.07.2013 zufolge verloren fünf DemonstrantInnen ihr Leben, elf haben das Augenlicht verloren, 106 erlitten eine Gehirnerschütterung und insgesamt über 8.000 Menschen wurden verletzt. Die Medien übten währenddessen eine Autozensur aus. AktivistInnen organisierten sich zum größten Teil über Soziale Medien wie Twitter und Facebook. Die Antwort der Regierung, der Staatsbürokratie und der Streitkräfte auf die Proteste wurde häufig in den regierungsnahen Medien mit ‚schlechtem Management‘ erklärt. Demnach hätte die Regierung

den bescheidenen, ja sogar naiven Wunsch der Zivilgesellschaft nach dem Erhalt eines Parks nicht richtig verwaltet. Dementsprechend wird gezielt unterschieden zwischen den ursprünglichen UmweltschützerInnen und den ‚radikalen‘ und ‚marginalen‘ Gruppen, welche die Proteste angeblich relativ früh beschlagnahmten und auf den Sturz der Regierung abzielten. Hätte die Regierung milder auf die Forderungen reagiert, so die Annahme, wäre es nicht zu einem solch umfangreichen Anti-Regierungs-Protest gekommen. Dabei wird der Regierung im schlimmsten Falle die Verfolgung einer falschen, das heißt irrationalen, weil nicht-nutzen-maximierenden Strategie vorgeworfen.

In ausländischen Medien wird hingegen gerne der orientalistische Diskurs aufgegriffen und auf den islamischen Charakter der Regierung gepocht. Durch die gängige Bezeichnung ‚die islamische AKP‘ wird ein fast ontologischer Zusammenhang zwischen politischem Islam und Autoritarismus suggeriert. Beide Argumentationsstränge verfehlen einige essentielle Punkte.

## Der Staat im Gezi-Prozess

Erstens, ist die Unterdrückung von Forderungen nach mehr Rechten und Freiheiten durch unverhältnismäßig hohe Gewalt unterschiedlicher Form (physische Gewalt, Zensur, Indoktrination, Diskreditierung etc.) weder ein strategischer Fehler, noch eine neue Erfindung, sondern eine Tradition des türkischen Staatsgefüges. Hier können wir also eher von einer strukturellen Kontinuität als von einem Umbruch reden.

Der zweite Punkt bezieht sich auf die Bezeichnung der AKP-Regierung als ‚islamisch‘, was kultur-essentialistische Annahmen enthält und vom entschieden neo-liberalen Charakter der AKP-Regierung ablenkt. In Bezug auf die Stadtplanung zieht die Regierung eine knallharte Privatisierung und Kommerzialisierung des öffentlichen Raums durch, welche sie mit dem Begriff ‚kentsel dönüsüm‘ (Stadterneuerung) schmückt. Im Prozess der sogenannten Stadterneuerung werden inländische und ausländische InverstörInnen, v.a. Baufirmen, durch die Exekutive privilegiert. Das Kapital häuft sich in den Händen einer aufkommenden Elite an und der Staat-Kapital-Komplex konsolidiert sich. Das autoritäre Verhalten des Staates im Gezi-Prozess lässt sich daher als Verteidigung von Klasseninteressen verstehen.

Dieser Autoritarismus manifestierte sich zum Beispiel in der systematischen Medien(auto)zensur während der Gezi-Park-Proteste. Mainstream Zeitungen und Fernsehsender weigerten sich tagelang über die Protest zu berichten. Als sich die Proteste schließlich nicht mehr ausblenden ließen, wurde gezielt Manipulation betrieben. Laut den Angaben der JournalistInnenkammer wurden 59 JournalistInnen aufgrund ihrer regierungskritischen Äußerungen während der Gezi-Proteste gefeuert oder zur Kündigung gezwungen (*Bianet* 22.07.2013). Einem weiteren Bericht zufolge ist die Anzahl der entlassenen JournalistInnen auf 80 gestiegen (*Radikal* 02.08.2013). Auch im Mediensektor scheint sich der Staat-Kapital-Komplex weiterhin zu verdichten.

## Eine zivilgesellschaftliche Selbst-Inszenierung

Die Gezi-Park-Demonstrierenden stellten in ihrem politischen Aktivismus dem autoritären und pragmatistischen Staat ein demokratisches, moralisch überlegenes und humorvolles Selbst gegenüber. Dieses Selbst fand Ausdruck in alltäglichen Praktiken im besetzten Park als auch im Vokabular des Widerstandes.

In den ersten Tagen der Parkbesetzung gründeten die Demonstrierenden eine Freiluftbibliothek. Dieser gaben sie den Namen ‚çapulcu‘ (Plünderer), bezugnehmend auf Erdogans Bezeichnung der Gezi-Park-Demonstrierenden. Die Çapulcu-Bibliothek entstand durch freiwillige Buchspenden und stand allen unentgeltlich zur Verfügung. Auf einem der bekanntesten Fotos aus dem Park sind fröhliche junge Erwachsene zu sehen, die Robo-Cob-ähnlichen Polizeikräften aus Büchern vorlesen. Das Buch wird dabei als ein viel stärkeres Instrument als z.B. Tränengas inszeniert.

Eine wichtige Säule der Protestrhetorik bestand auch in der Aufwertung solidarischer Verteilung von Gütern. Als Ausdruck des Wunsches nach einer umweltfreundlichen, solidarischen Gesellschaft schafften sich die Demonstrierenden einen Bio-Garten. Zudem verfügte der Park über einen sogenannten Revolutionsmarkt (‚devrim market‘), in dem Nahrungsmittel zur freien Entnahme verfügbar waren; auch Medikamente und Tiernahrung wurden unentgeltlich vergeben. Die Schrift auf einer Zigarettenschachtel im Park fasste die Idee schlicht zusammen: „Wenn du zwei hast, lass eine da. Wenn du keine hast, nimm dir eine.“

Ob der sogenannte ‚Gezi-Geist‘ längerfristig die bestehenden Machtverhältnisse umkehren können wird, ist ungewiss. Jedoch werden die Menschen nicht einfach vergessen werden, was sie im Gezi-Park gesehen haben, nämlich, dass andere Welten möglich sind.

*Ayşe Dursun hat das Magisterstudium der Politikwissenschaft und Anglistik an der Goethe Universität, Frankfurt am Main abgeschlossen. Sie ist Doktorandin und Projektmitarbeiterin am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien.*

# Die iranischen Ajatollahs und ihr Hass auf Israel

Kommentar von Stephan Grigat

Der Begriff des Populismus trägt die Gefahr der Verharmlosung schon in sich. Das zeigt sich hinsichtlich des iranischen Regimes ebenso deutlich, wie in Bezug auf zwei seiner wichtigsten Förderer in den letzten drei Jahrzehnten: den Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus, also Österreich und Deutschland. Nicht der jeweils transportierte Inhalt einer Ideologie oder Politik steht beim Begriff des Populismus im Vordergrund, sondern die Art der Darreichung. Auch als Mahmoud Ahmadinejad 2005 im Vorfeld der Farce der iranischen Präsidentschaftswahlen den Armen das Blaue vom Himmel versprach, war vom Sozialpopulismus des damaligen Bürgermeisters von Teheran die Rede. Doch weder die Ideologie des Vorgängers von Hassan Rohani, noch jene des iranischen Regimes insgesamt kann mit dem Begriff des Populismus auch nur annähernd angemessen auf den Punkt gebracht werden.

Der Iran ist nicht irgendeine Diktatur und die Zustimmung eines mittlerweile vergleichsweise sehr kleinen Teils der iranischen Bevölkerung zum Regime wird nicht durch populistische Maßnahmen organisiert, sondern einerseits durch brutale Gewalt und andererseits durch eine Kombination von einer durch die Öl- und Gasrente gewährleisteten materiellen sowie einer ideologischen Integration, deren inhaltliche Ausrichtung näher zu betrachten ist. In der ‚Islamischen Republik‘ herrscht seit über 30 Jahren ein Regime, das sowohl nach außen als auch nach innen massiven Terror ausübt und seine religiös-ideologischen globalen Herrschaftsansprüche untermauert. Zum Nachweis des Weltherrschaftsanspruchs des djihadistischen Islams und der iranischen Ajatollahs bedarf es keiner ideologiekritischen Finesse. Ein Blick in Khomeinis Schriften reicht vollkommen aus – beispielsweise in *Das islamische Regiment*, eine Sammlung von Vorlesungen

aus dem Jahr 1970 (Chomenei 1983). Die Leugnung und Relativierung der Shoah wird im Iran nicht von irgendwelchen abseitigen Figuren betrieben, sondern von zentralen Stützen des Systems bis hinauf zum Obersten Geistlichen Führer Ali Khamenei. Daran hat sich auch unter Rohani nichts geändert, der eine Art ‚moderater Holocaustleugnung‘ kreiert hat und auf Fragen nach der Shoah lediglich erwidert, es sei kein Historiker und könne dazu nichts sagen. Die Teheraner Holocaustleugner-Konferenz, zu der sich Ende 2006 das internationale Who is Who der Holocaustleugner einfand, wurde vom damaligen Außenminister des Iran, Manuscher Mottaki, feierlich eröffnet, der nichtsdestotrotz bald darauf von seinen deutschen und österreichischen Amtskollegen in Berlin und Wien empfangen wurde. Vor diesem Hintergrund muss man sich nicht wundern, dass sich europäische Rechtsradikale von Jean-Marie Le Pen über Andreas Mölzer bis zur ungarischen Jobbik für das Regime in Teheran begeistern (Schiedel 2010). Durch den Begriff des Rechtspopulismus werden diese Rechten ebenso verharmlost wie jemand wie der deutsche Linkspartei-Politiker Oskar Lafontaine, der sich immer wieder schützend vor das iranische Regime gestellt hat, durch jenen des Linkspopulismus.

Das iranische Regime arbeitet offensichtlich an der Entwicklung nuklearer Waffen, die für Israel trotz seines Abschreckungspotenzials eine existenzielle Bedrohung darstellen und auch Europa erreichen könnten. Gewerkschaften sind im Iran verboten und Arbeitskämpfe werden ebenso brutal niedergeschlagen wie die Protestbewegungen der Studierenden. Die systematische Verfolgung von religiösen Minderheiten wie den Bahai, die Hinrichtungen von schwulen Männern sowie die allgegenwärtige Repression gegen Frauen und Lesben sind wesentliche Elemente dieses Regimes. Das Gleiche gilt für die

regelmäßigen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel. Diese waren keine Erfindung von Mahmoud Ahmadinejad, sondern gehören seit 1979 zum offiziellen Programm der ‚Islamischen Republik‘. Es war Ajatollah Khomeini, der gleich nach der islamischen Revolution den so genannten Al Quds-Tag ausrief, an dem seit 1979 alljährlich nicht nur im Iran, sondern weltweit, auch in Wien, für die Vernichtung Israels demonstriert wird. Khomeinis Nachfolger hat dieses Programm abermals bekräftigt, als er laut der englischsprachigen, vom iranischen Regime kontrollierten Nachrichtenagentur *Fars News* zum wiederholten Male das „zionistische Regime“ als „cancerous tumor that should be cut and will be cut“ bezeichnete. Der Generalstabschef der iranischen Armee, Hassan Firouzabadi, sekundierte ihm umgehend und proklamierte „the full annihilation of the Zionist regime of Israel“ abermals als Ziel des Regimes (*Fars News*, 20.5.2012).

Was das iranische Regime auch von anderen islamisch geprägten Despotien unterscheidet, ist die Kombination aus Antisemitismus, einer messianistisch-apokalyptischen, um den Mahdi-Glauben zentrierten islamischen Ideologie (Wahdat-Hagh 2012: 49-75) und dem Streben nach der Technologie der Massenvernichtung. Trotz aller selbstverständlich bestehenden gravierenden Unterschiede hinsichtlich des historischen Kontexts, der ideologisch-politischen Begründungszusammenhänge, der ökonomischen und politischen Struktur sowie der militärischen Schlagkraft, ähnelt die Feindbestimmung dieses Regimes – mit seinem Hass auf Kommunismus und Materialismus, Liberalität und westliche ‚Plutokratie‘, Emanzipation und Zionismus – jener des Nationalsozialismus.

Hier wird die verharmlosende Schlagseite des Populismus-Begriffs besonders greifbar: Regelmäßig wird von maßgeblichen europäischen Beobachtern und Beobachterinnen und auch von österreichischen Politikwissenschaftlern wie Gerhard Mangott behauptet, die iranischen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel würden außerhalb ihrer selbst liegenden Zwecken dienen: der Ablenkung von innenpolitischen und sozialen Problemen oder der Überbrückung von Gegensätzen wie der

sunnitisch-schiitischen Spaltung. Sie seien, ganz im Sinne des Populismus-Begriffs, lediglich „Brandreden, die vor allem eine Binnenwirkung haben“ (*Die Presse*, 22.12.2007) oder auch einfach nur „wirres Gefasel“ (*Der Standard*, 04.10.2007). Die Vernichtungsdrohungen gegenüber dem jüdischen Staat sind aber kein beliebig handhabbares Herrschaftsmittel, kein Instrumentarium einer populistischen Politik, sondern bilden den Kern der djihadistischen Ideologie. Gerade der Hass auf den Zionismus stiftet im Iran jene politische Einheit zwischen den um Macht und Einfluss konkurrierenden Rackets, die in ihrer Gesamtheit die iranische Theokratie konstituieren (Scheit 2008).

## Deutsch-österreichische Komplizenschaft

Die wichtigsten westlichen Stützen dieses Regimes waren in den letzten 34 Jahren ausgerechnet die Nachfolgestaaten des Nationalsozialismus. Keine anderen europäischen Länder haben in den letzten drei Dekaden dermaßen enge wirtschaftliche, politische und zeitweise selbst geheimdienstliche Beziehungen zum iranischen Regime unterhalten wie Österreich und Deutschland. Auch bezüglich der gesellschaftlichen Realität hierzulande ginge es nicht darum, den verharmlosenden Populismus-Begriff in Anschlag zu bringen, sondern es ginge um eine Kritik der postnazistischen Konstellation in globaler Perspektive (Grigat 2012: 12) und darum, das „Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie“ (Adorno 1959: 555f.) kenntlich zu machen – ein Nachleben, das sich nicht zuletzt an der zwischen Appeasement und offener Kollaboration mit dem islamischen Djihadismus schwankenden Außenpolitik manifestiert.

Hätte das iranische Regime nicht über 30 Jahre lang Unterstützung insbesondere aus Europa erhalten, würde es heute vermutlich gar nicht mehr existieren. Gerade die Geschäfte mit dem Iran, die trotz aller bisherigen Sanktionsbeschlüsse weiterhin in Milliardenhöhe am Laufen sind, bieten den Machthabern in Teheran die Möglichkeit, ihre Projekte weiter

fortzuführen. Hier geht es nicht um den Vollzug des gewöhnlichen Prozesses der Kapitalakkumulation, sondern um das Lukrieren ökonomischer Ressourcen zur Finanzierung eines politischen Programms, das nicht nur in den letzten 30 Jahren zehntausenden Iranern und Iranerinnen das Leben gekostet und Millionen ins Exil getrieben hat, sondern das vor dem Hintergrund des Strebens nach der Technologie der Atombombe, in Kombination mit der Ideologie eines „eliminatorischen Antizionismus“ (Wahdat-Hagh 2008: 44), als ein Programm der Vernichtung verstanden werden muss. Umso bemerkenswerter ist es, welche geringe Bedeutung das Thema in der österreichischen Politikwissenschaft in Forschung und Lehre spielt und mit welcher Indifferenz große Teile der europäischen Öffentlichkeit dem Terror gegen die iranische Bevölkerung und der Vernichtungsdrohung gegen Israel weiterhin begegnen.

Die hier behandelten Gegenstände sind so beschaffen, dass sich eine rein publizistische oder universitäre Beschäftigung mit ihnen von selbst verbieten müsste. Wenn man den kategorischen Imperativ Adornos erst nimmt, dass es im Stande der Unfreiheit darum geht, „alles Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe“ (Adorno 1966: 358), so kann man unmöglich in einem untätigen Akademismus verharren. Wenn Adornos kategorischer Imperativ nicht zum feuilletonistischen *Aperçu* verkommen soll, muss man alles dafür tun, dass dieses Regime an der Umsetzung seiner mörderischen Ideologie gehindert und letztlich gestürzt wird.

## Alles neu mit Rohani?

Seit der Wahl von Rohani zum neuen iranischen Präsidenten sprießen im Westen die Hoffnungen, dass sich die Situation im Iran und hinsichtlich der Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm durch den Abtritt des weiterhin als Populisten charakterisierten Ahmadinejad entscheidend verbessern könnten. Doch diese Hoffnungen sind nicht nur unbegründet, sondern ausgesprochen gefährlich. Das zeigt sich allein schon angesichts der

Mitverantwortung von Rohani für den opferreichsten antisemitischen Anschlag außerhalb Israels nach 1945 (1).

Rohani war zur Zeit des Attentats als enger Vertrauter Ali Khameneis Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats. Im Sonderausschuss, der über den Anschlag in Argentinien entschieden hat und auch das Mykonos-Attentat 1992 in Berlin angeordnet haben soll, dem die Ermordung von iranischen Oppositionellen 1989 in Wien vorausgegangen war, saßen laut dem argentinischen Generalstaatsanwalt Alberto Nisman unter der Leitung von Khamenei: der damalige Präsident Ali Akbar Haschemi Rafsandschani (der bis heute im Westen als ‚Moderater‘ verklärt wird), der Khamenei-Vertraute Mir Hejazi, Geheimdienstminister Ali Fallahian (der Anfang der 1990er-Jahre noch vom deutschen Geheimdienst und im deutschen Kanzleramt empfangen wurde), Außenminister Ali Akbar Velajati und – Rohani.

Doch auch jenseits davon ist Rohani in keiner Hinsicht jener „Mann des Ausgleichs und der Versöhnung“ (*Der Standard*, 21.06.2013) oder gar ein „bärtiger Hoffnungsträger mit Herz“ (*taz*, 16.06.2013). 1999 forderte er die Todesstrafe für protestierende Studierende. Israel ist für ihn wie für alle anderen Vertreter und Vertreterinnen des iranischen Regimes ein „elendes Land“ (*Die Welt*, 17.07.2013) und der „große zionistische Satan“ (Wahdat-Hagh 2013). Völlig zu Recht rühmte sich Rohani, dass durch sein Verhandlungsgeschick gegenüber dem Westen das iranische Atomprogramm während seiner Zeit als Chefunterhändler mit den EU-3 entscheidend vorangekommen ist. Genau nach diesem Muster könnte es nun weitergehen. Rohani wird mit dem Segen Khameneis weiter versuchen, durch neue Verhandlungsrunden Zeit zu schinden, die das Regime nutzen kann, seine nukleare Option zu verwirklichen. Er wird versuchen, die ohnehin bestehenden Differenzen innerhalb der westlichen Welt zu schüren und für die Interessen des iranischen Regimes zu instrumentalisieren. Der langjährige Khamenei-Vertraute hat dazu sehr viel eher das Zeug als sein polternder und überambitionierter Vorgänger. Rohani steht für das Reden um des Redens willen. Der neue iranische

Präsident erfüllt für die herrschenden Ajatollahs die Funktion eines gewieften Taktikers – er ist das freundliche Gesicht des Terrors.

Die ersten Erfolge konnte das iranische Regime durch sein neues Aushängeschild bereits verbuchen: Sowohl in der EU als auch den USA wird mittlerweile auf allen Ebenen über eine Rücknahme der ohnehin völlig unzureichenden Sanktionen geredet. Statt dessen ginge es darum, nicht auf die taktischen Manöver des iranischen Regime hereinzufallen, ihm die Fortsetzung seiner Projekte – sei es das Nuklearprogramm (2), sei es die Unterdrückung der eigenen Bevölkerung – durch die Entziehung der finanziellen Ressourcen zu verunmöglichen, endlich die demokratisch-rechtsstaatliche und säkulare Opposition im Iran und im Exil zu unterstützen und Khamenei hinsichtlich seiner Waffenprogramme in jeder Hinsicht klare rote Linien aufzuzeigen.

*Stephan Grigat hat an der FU Berlin in Politikwissenschaft promoviert, war Forschungsstipendiant in Tel Aviv und ist Lehrbeauftragter an der Universität Wien.*

## Anmerkungen:

(1) 1994 explodierte eine Bombe im jüdischen Gemeindezentrum AMIA in Buenos Aires. 85 Menschen wurden ermordet, hunderte schwer verletzt. Die argentinische Justiz macht bis heute das iranische Regime und die Hisbollah für den Anschlag verantwortlich. Führende iranische Politiker werden von Interpol wegen der Attacke mit internationalem Haftbefehl gesucht.

(2) Eine aktuelle Einschätzung des Genfer Atomdeals mit dem iranischen Regime von Stephan Grigat ist auf Cicero online erschienen: <http://www.cicero.de/weltbuehne/iran-sieg-des-appeasements/56547> (Zugriff 05.12.2013).

Adorno, Theodor W. (1959): *Was bedeutet: Aufarbeitung der Vergangenheit?* In: *Gesammelte Schriften* Bd. 10.2, Frankf.a.M.: Suhrkamp 1997, 555-572.

Adorno, Theodor W. (1997): *Negative Dialektik*. In: *Gesammelte Schriften* Bd. 6, Frankf.a.M.: Suhrkamp.

Ajatollah Chomeini (1983): *Der islamische Staat*. In: *Islamkundliche Materialien* 9, Berlin/Freiburg: Schwarz.

Grigat, Stephan (2012): *Postnazismus in Zeiten des Jihad. Modernisierte Vergangenheitspolitik, die Konkurrenz der Antisemiten und die FPÖ nach Jörg Haider*. In: ders. (Hg.): *Postnazismus revisited. Das Nachleben des Nationalsozialismus im 21. Jahrhundert*. Freiburg: ça ira, 9-46.

Schiedel, Heribert (2010): *Heiliger Hass. Zur rechtsextrem-iranischen Freundschaft*. In: Grigat, Stephan/Simone Dinah Hartmann (Hg.): *Iran im Weltsystem. Bündnisse des Regimes und Perspektiven der Freiheitsbewegung*. Innsbruck [u.a.]: Studienverlag, 165-173.

Scheit, Gerhard (2008): *Der neue Vernichtungswahn und seine internationalen Voraussetzungen. Wodurch sich Ahmadinejads Islamische Republik von Hitlerdeutschland unterscheidet*. In: Grigat, Stephan/Simone Dinah Hartmann (Hg.): *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer*. Innsbruck [u.a.]: Studienverlag, 58-78.

Wahdat-Hagh, Wahied (2008): *Die Herrschaft des politischen Islam im Iran. Ein Überblick zu Struktur und Ideologie der khomeinistischen Diktatur*. In: Grigat, Stephan/Simone Dinah Hartmann (Hg.): *Der Iran. Analyse einer islamischen Diktatur und ihrer europäischen Förderer*. Innsbruck [u.a.]: Studienverlag, 39-57.

Wahdat-Hagh, Wahied (2012): *Der islamistische Totalitarismus. Über Antisemitismus, Anti-Bahaismus, Christenverfolgung und geschlechtsspezifische Apartheid in der ‚Islamischen Republik Iran‘*. Frankf.a.M [u.a.]: Peter Lang

Wahdat-Hagh, Wahied (19.06.2013): *Iran: Ein machiavellistischer Atom-Machtpolitiker fordert die Kapitulation des Westens*. <http://jungle-world.com/von-tunis-nach-teheran/2201/>, (Zugriff: 18.07.2013).

# Iran: Die goldene Chance

*Kommentar von Katajun Amirpur*

**D**ie Einschätzungen über den neuen iranischen Präsidenten Hassan Rohani gehen weit auseinander: Während er vielerorts als Hoffnungsträger für ein Ende des Atomkonflikts zwischen dem Iran und der Weltgemeinschaft angesehen wird, kann die israelische Regierung nur taktische Manöver erkennen und bleibt skeptisch.

Mit seiner ersten Rede vor der UN-Vollversammlung setzte Rohani Ende September einen deutlichen Kontrapunkt zu seinem Vorgänger Mahmud Ahmadinedschad und betonte sein Bemühen um politische Entspannung. Er sagte ausdrücklich, dass „Atomwaffen und andere Massenvernichtungswaffen [...] keinen Platz in Irans Sicherheits- und Verteidigungsprogramm“ hätten. Stattdessen verfolge der Iran mit seinem Atomprogramm ausschließlich friedliche Zwecke.

Für den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu ist Rohani dennoch ein Wolf im Schafspelz. Er bezeichnete dessen Rede als zynisch und heuchlerisch: „Ich wünschte, ich könnte Rohani glauben, aber ich tue es nicht“, sagte Netanjahu vor der UN-Vollversammlung. „Der Iran will sich in die Lage bringen, schnell Atombomben zu bauen, bevor die internationale Gemeinschaft es merken oder gar verhindern kann.“

In den Vereinigten Staaten hingegen wurden Rohanis Worte vielfach begrüßt. Bereits vor der Rede hatte Barack Obama neue Verhandlungen über das iranische Atomprogramm angekündigt. Und auch viele IranerInnen sehen in dem neuen Präsidenten eine große Chance auf politischen Wandel. Nur wenige Tage nach Rohanis Rede unterzeichneten 511 iranische Intellektuelle, unter ihnen 88 ehemalige und selbst gegenwärtige politische Gefangene, einen offenen Brief an Barack Obama. „Nun sind Sie an der Reihe, Präsident Obama“, schreiben der bekannte Filmregisseur Asghar Farhadi und die Menschenrechtsaktivistin Nazanin Khosravani (1).

Sie heben hervor, was Rohani seit seinem Amtsantritt bereits erreicht hat: Die Atmosphäre in der iranischen Politik und Gesellschaft sei etwas offener, zahlreiche politische Gefangene sind freigelassen worden. All dies bereite den Boden dafür, den gordischen Knoten der amerikanisch-iranischen Entfremdung zu durchschlagen.

## Historische Chance auf eine neue Außenpolitik

Die iranische Zivilgesellschaft tut Rohanis Avancen somit nicht als taktisches Manöver ab, sondern nimmt sie ernst. Dem Westen stünde es gut zu Gesicht, dies ebenfalls zu tun, denn verglichen mit seinem Amtsvorgänger Ahmadinedschad schlägt Rohani deutlich konziliantere Töne an. Während Ahmadinedschad vor der UN als Einpeitscher auftrat, bellte und keifte, sprach Rohani versöhnlich und sanft. Die Adressaten seiner Rede sind daher auch eher bereit, seinen Worten Glauben zu schenken. Hinzu kommt, dass der neue iranische Präsident in der Sache mehr anbietet als sein Vorgänger – auch wenn die westliche Presse dies nicht immer sieht. Tatsächlich sind es im Moment vor allem die IranerInnen, die mit Nachdruck für die Fortsetzung der Atomgespräche eintreten. Sie senden zugleich deutliche Signale der Kompromissbereitschaft aus. Rohanis Haltung ist dabei durchaus glaubhaft. Bereits während der Atomverhandlungen in den Jahren 2003 und 2005 war er iranischer Chef-Unterhändler. Laut dem ehemaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer hat er sich damals nicht nur als gesprächs- und kompromissbereit erwiesen, sondern auch als überaus verlässlich.

Rohani kennt aber nicht nur die diplomatischen Gepflogenheiten, sondern genießt zudem den Rückhalt der iranischen Eliten, den er braucht, um

Versprochenes umzusetzen. Das betonte er kürzlich auch auf direkte Nachfrage. Nach der Rede vor der UN-Vollversammlung wurde Rohani von CNN-Journalistin Christiane Amanpour gefragt, ob er tatsächlich über die Befugnisse verfüge, einen Kompromiss im Atomstreit auszuhandeln. Rohani bejahte dies ohne Umschweife. ZweiflerInnen werfen zwar ein, dass das letzte Wort immer noch bei Revolutionsführer Ali Khamenei liege – das geistliche Oberhaupt gilt als mächtigster Mann im Iran und kontrolliert im Zuge dessen auch das umstrittene Atomprogramm. –, allerdings hat sich Khamenei erst vor wenigen Wochen für „heroische Flexibilität“ bei den internationalen Verhandlungen ausgesprochen und damit indirekt sein Einverständnis für eine Annäherung zwischen dem Iran und den USA gegeben (2).

## Machterhalt um jeden Preis

Auch Khamenei hat somit offenbar erkannt, dass der Iran es sich nicht länger leisten kann, sich mit der einzig verbliebenen Weltmacht zu befehden. Tatsächlich ist den Mullahs ihre Ideologie teuer zu stehen gekommen – zu teuer. Der Iran liegt wirtschaftlich am Boden, und nur ein Ende der Sanktionen kann das Land wieder auf die Beine bringen. Fest steht aber auch: Der Hass auf die Vereinigten Staaten ist mitnichten staatstragend, auch wenn nimmermüde Revolutionäre keine Gelegenheit auslassen ‚Marg bar emrika!‘ – Nieder mit Amerika! – zu schreien. Das Einzige, was dieses Regime letztlich verfolgt, ist der Machterhalt. Machterhalt um jeden Preis. Und wenn der Preis eine Annäherung an die USA ist, dann ist das iranische Regime bereit, diesen zu zahlen.

Diese Haltung geht zurück auf ein bemerkenswertes Rechtsgutachten, das Ajatollah Khomeini 1988 herausgegeben hat: die sogenannte ‚Maslehat-Fatwa‘. Demnach ist es dem islamischen Regime mitunter sogar erlaubt, Moscheen zu zertrümmern und das Fasten zu brechen, wenn es dem Erhalt des Systems dient. Maslehat – der Nutzen für das System – ist somit das rechtswissenschaftliche Prinzip, das selbst säkulares, unislamisches oder unideologisches Handeln legitimiert.

Gerechtfertigt ist alles, was dem System nutzt – und gegenwärtig nutzen diesem die Verhandlungen mit den USA. Ein solches Vorgehen kann man als taktisches Verhalten bezeichnen. Ebenso kann man es, positiver ausgedrückt, Einsicht nennen – die Einsicht, dass die iranische Führung in eine Sackgasse geraten ist.

In der jüngsten Geschichte kam das rechtswissenschaftliche Instrumentarium Maslehat beim Waffenstillstand zur Anwendung, der 1988 den Krieg zwischen dem Iran und dem Irak beendete. Acht schreckliche Jahre hatte dieser Krieg angedauert. Khomeini sprach damals von einem Giftbecher, den er habe trinken müssen. Aber ganz gleich, ob er dem Waffenstillstand aus taktischen Gründen oder aus Überzeugung zustimmte: Die Waffenruhe wurde geschlossen – und sie hielt. Unter dem gleichen Vorzeichen könnten nun auch die Verhandlungen mit den USA gelingen.

Um wieder Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen zu bringen, legte der Iran bei den zweitägigen Gesprächen mit den fünf UN-Vetomächten und Deutschland Mitte Oktober einen Drei-Stufen-Plan vor. Dabei signalisierte Teheran die Bereitschaft, künftig unangemeldete UN-Inspektionen seiner Atomanlagen zuzulassen, wie sie das Zusatzprotokoll zum Nichtverbreitungsvertrag vorsieht.

## Wandel durch Annäherung

Im Gegenzug wird die iranische Regierung – neben einer Aufhebung der internationalen Sanktionen – voraussichtlich Sicherheitsgarantien und die vollständige Wiedereingliederung des Iran in die Staatengemeinschaft fordern und gewiss wird sich so manchen MenschenrechtsaktivistInnen bei der Vorstellung der Magen umdrehen. Dass das Regime der Islamischen Republik international rehabilitiert werden könnte, ist in der Tat keine sonderlich sympathische Aussicht. Gleichzeitig aber gilt: Eine Zivilgesellschaft, die durch Sanktionen gelähmt wird, ist nicht in der Lage, ein Gegengewicht zum Regime zu formen – was auch die Unterzeichner des Briefes an Obama zu Recht anmerken. Eine stärkere politische und wirtschaftliche Einbindung des Iran hingegen

führt voraussichtlich zu größerer innenpolitischer Freiheit. Kurzum: Wandel durch Annäherung könnte auch in Bezug auf den Iran funktionieren.

Aus diesem Grund müssen die USA auf Rohani zugehen, seine Geste des guten Willens erwidern und die Sanktionen gegen den Iran aussetzen. Denn Rohani muss Erfolge vorweisen, um politisch überleben zu können. Jeder Fortschritt, den er außenpolitisch erzielt, hilft ihm, auch eine politische und wirtschaftliche Öffnung nach innen zu erreichen. Lässt Obama diese goldene Chance jedoch verstreichen, käme dies vor allem den HetzerInnen auf beiden Seiten zugute.

Längst nicht alle IranerInnen waren begeistert von Rohanis Reise nach New York. Zwar bejubelten ihn hunderte AnhängerInnen bei seiner Rückkehr am Teheraner Flughafen. Doch nur ein paar hundert Meter weiter warfen Rohanis innenpolitische GegnerInnen Schuhe auf die Wagenkolonne des Präsidenten, weil dieser mit dem ‚großen Teufel‘ in der Person Barack Obamas telefoniert hatte.

Kein Wunder also, dass Rohani die historische Gelegenheit eines persönlichen Aufeinandertreffens mit Obama wenige Tage zuvor ungenutzt ließ. Er weiß, dass er behutsam vorgehen muss: Der revolutionäre Eifer seiner innenpolitischen GegnerInnen, denen die Sanktionsschäden gleichgültig sind, könnte ihn immer noch zu Fall bringen.

Während Rohani aus Sicht mancher AltrevolutionärInnen die letzten 33 Jahre antiimperialistischen Widerstands verrät, gilt er AnhängerInnen der ‚Grünen Bewegung‘ wiederum zu sehr als ‚Mann des Systems‘. Die Skepsis ist verständlich: Wenn Rohani dem Drängen nach politischer Freiheit nachgibt, dann nicht aus Überzeugung, sondern aus Sorge um die Stabilität des Regimes.

Dass Rohani im Herzen kein Reformist ist, mag derzeit allerdings sein größter Vorteil sein. Denn die Radikalen lehnen ihn nicht ab, wie sie einst Mohammed Khatami ablehnten. Dabei kommt Rohani auch zugute, dass er sich besser auf die Gepflogenheiten der Politik versteht als Khatami. Ja, Rohani ist ‚mit allen Wassern gewaschen‘ – und im Moment verkörpert er den Minimalkonsens aller Fraktionen. Nun

muss es ihm nur noch gelingen, auch den Hardliner im Land den politischen Wandel in kleinen Schritten schmackhaft zu machen.

Ob Rohani am Ende Erfolg haben wird, hängt aber entscheidend von der US-Regierung ab. Dass die Annäherung an die USA unter Khatami vor rund zehn Jahren schon einmal scheiterte, lag nicht allein an Khatamis innenpolitischen GegnerInnen, sondern zu großen Teilen an der damaligen US-Regierung unter George W. Bush. Teheran hatte Washington unterstützt, als die Vereinigten Staaten im Afghanistan-Krieg den Kontakt zur Nordallianz suchten und auch im Krieg gegen Saddam Hussein zeigte sich das Regime kooperativ. ‚Zum Dank‘ platzierte die US-Regierung den Iran jedoch auf der ‚Achse des Bösen‘. Selbst als der Iran 2003 ein Lösungsangebot für den Atomkonflikt unterbreitete – von dem heute die meisten ExpertInnen sagen, dass es vielversprechende Ansätze bot –, biss er bei den USA auf Granit. Zehn fruchtlose Jahre später darf Obama nun nicht den gleichen Fehler begehen. Sein Telefonat mit Rohani und die Rede vor den Vereinten Nationen lassen hoffen.

*Katajun Amirpur ist Journalistin und Professorin für Islamische Studien/islamische Theologie an der Universität Hamburg mit Forschungsschwerpunkt Gender und Islam.*

## Anmerkungen:

(1) Vgl. Asghar Fahardi et al. (23.09.2013): *The US must seize this opportunity to repair relations with Iran*. <http://www.theguardian.com/world/2013/sep/23/us-seize-opportunity-relations-iran>, (Zugriff: 23.09.2013).

(2) Zudem sprach Khamenei zwei Wochen nach Rohanis Rede den diplomatischen Initiativen der iranischen Regierung öffentlich sein Vertrauen aus. Vgl. Reinhard Baumgarten (19.09.2013): *Mit dem Segen des Ayatollas*. <http://www.tagesschau.de/ausland/rohani-atomwaffen102.html>, (Zugriff: 05.10.2013).

Eine Version dieses Artikels erschien vor kurzem unter Katajun Amirpur (2013): *Iran: die goldene Chance*. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 11, 19-22.



“ohne Titel”

## Robert Menasse (2012): Der europäische Landbote

Wien: Paul Zsolnay Verlag

Für die größte Aufregung rund um dieses Buch, erschienen 2012 im Paul Zsolnay Verlag, sorgte nicht der Inhalt, sondern der Sponsor Novomatic (ein Glücksspielkonzern), der Menasse mehrere Aufenthalte in Brüssel finanzierte. Mich stört das weniger, denn meine Kritik gilt dem Inhalt des Romans.

Das Buch beginnt mit einer kurzen Einführung in die Geschichte des europäischen Kontinents. Europa war und ist für den Autor in Wahrheit ein Europa der Regionen. Die Aufgabe europäischer Politik wäre es, Europa politisch weiterzudenken und nicht nur nationale Interessen zu berücksichtigen. Mit dem Mythos der stetig wachsenden Bürokratie wird ebenso aufgeräumt, wie mit dem Vorwurf einer intransparenten Kommission. Die Dokumentationen über wichtige EU Verhandlungen von Merkel und Sarkozy zeigen sehr gut auf, dass nicht die BeamtInnen in Brüssel schuld am schlechten Image der Europäischen Union sind, sondern die nationalen PolitikerInnen, die oftmals nationale Interessen über EU-Interessen stellen. Auf diese Art und Weise analysiert der Autor den ganzen Roman hinweg viele wichtige Geschehnisse in Brüssel. Dadurch kommt er letztendlich zum Fazit, dass es Zeit wird, die derzeitige Idee der Europäischen Union zu überdenken. Wollen wir ein Europa der Nationen oder eine geeinte Europäische Union?

Robert Menasse setzt sich in seinem Roman kritisch mit der Europäischen Union auseinander. Er entlarvt dabei einige Klischees. Auch seine eigenen Vorurteile entpuppen sich als falsch, denn die Hauptkritik des Autors betrifft nicht die Brüsseler BeamtInnen sondern den Europäische Rat, der die Macht der Nationalstaaten nur auf eine andere Ebene hebt. Damit hat er wohl recht, aber die Idee von Europa, die der Autor im Laufe seines Werkes entwickelt, entspricht nicht der Realität. Seine Vision einer



starken, geschlossenen, europäischen Union mit abgeschwächten Nationalstaaten wird auch bis in naher Zukunft eine Utopie bleiben. Realpolitisch zumindest ist sie nicht absehbar. So hat nicht zuletzt die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel die Rückgabe von Zuständigkeiten aus Brüssel an die Nationalstaaten gefordert. Dem Autor misslingt es also eine realistische Zukunftsvision zu entwerfen. Trotzdem ist das Buch lesenswert. Der *Europäische Landbote* ist all jenen zu empfehlen, die an der Sinnhaftigkeit der Europäischen Union zweifeln oder Vorurteile gegen die ‚BürokratInnen in Brüssel‘ hegen.

Michael Mayrhofer

## Axel Honneth (2011): Das Recht der Freiheit. Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit Berlin: Suhrkamp

Axel Honneth stellt hohe Ansprüche an sich selbst; dies vermittelt in jedem Fall das Vorwort zu seinem Buch *Das Recht der Freiheit*. Hohe Ansprüche stellt auch die Lektüre des 628 Seiten starken Werks, das zu beeindruckend weiß. Mit dem innovativen Ansatz, Fragen einer sozialen Gerechtigkeit deskriptiv zu erörtern, versucht sich Honneth an einer „Gerechtigkeitstheorie als Gesellschaftsanalyse“ (14).

Dass er über einen scharfen Verstand verfügt, stellt der Autor durch seine kritische Auseinandersetzung mit der Sozialgeschichte, seine scharfen Analysen der herrschenden Zustände und seine treffenden Definitionen von drei Arten der Freiheit unter Beweis. Ausgehend von Hegels ‚Rechtsphilosophie‘ wird der Grundriß einer demokratischen Sittlichkeit verfasst, insofern normative Regeln durch bereits bestehende Institutionen erklärt und begründet werden. Das Buch ist „[m]it Blick auf die drei einflussreichsten Freiheitsvorstellungen, die die moderne Zeit hervorgebracht hat“ (221) – die ‚negative‘, die ‚reflexive‘ und die ‚soziale Freiheit‘ – unterteilt.

Der erste Teil des Buches beschreibt die historischen Grundlagen unserer Gegenwart. Es wird angeführt, welche Errungenschaften, aber auch Rückschritte es in wirtschaftlicher, sozialer und philosophischer Hinsicht in den letzten zwei Jahrhunderten gegeben hat. Unter Bezugnahme auf die Hobbes'sche Vertragstheorie, wird hier den Begriff der negativen Freiheit erörtert.

In Auseinandersetzung mit der kantischen Philosophie wird im zweiten Abschnitt mit dem Begriff der reflexiven Freiheit gearbeitet, also jener Freiheit, die es dem Individuum ermöglicht, selbst über den moralischen Wert einer Handlung zu entscheiden. In diesem Teil wird auch explizit den Begriff der Sittlichkeit eingesetzt, welcher anhand der Möglichkeit des Individuums, öffentlich seine Meinung kund-



zutun, behandelt wird. Dabei handelt es sich um die praktische Ausführung der Freiheit, moralische Werte selbst zu bestimmen und zu reflektieren.

Schließlich beschreibt Honneth mit Hegel die seiner Meinung nach wertvollste Freiheit: die soziale Freiheit. Für sie sind die Interaktionen der Individuen und ihr Drang nach Anerkennung beim Gegenüber relevant. Mit diesem Freiheitsbegriff läutet der Autor seine umfassende Analyse des gegenwärtigen Sozial- und Wirtschaftssystems, der Institution Familie und seine Kritik an Markt und Recht, ein. Hegel zur Seite, werden Themen wie Liebe und Freundschaft beleuchtet, welchen Honneth einen sehr hohen Stellenwert beimisst. Seine scharfe Kritik macht deutlich, dass er den heutigen Umgang mit der Wirtschaft als „desozialisiert“ (408) ansieht und ihn für Moralverlust und Werteverfall verantwortlich macht. Dies liege jedoch mehr am falschen Verständnis der Bevölkerung und mangelnder politischer Beteiligung als an der Verselbstständigung der Märkte. Mit seinem eher pessimistischen letzten Teil macht Honneth klar, dass er unsere Gesellschaft noch weit entfernt sieht, von der angestrebten wirtschaftlichen Sittlichkeit, die uns, laut Marx, Durkheim und Hegel, durch die Institutionen vorgegeben werden könnte.

Honneth liefert ein hochaktuelles Buch, für jeden zu empfehlen, die/der Sittlichkeit aus einer anderen Perspektive begründet haben möchte, als durch das herkömmliche Vernunfts-Apriori.

Anna Camilla Zell

## Fischer, Frank/Herbert Gottweis (Hg.) (2012): *The Argumentative Turn Revisited: Public Policy as Communicative Practice*

Durham/London: Duke University Press.

Fast zwanzig Jahre nach dem Erscheinen von *The Argumentative Turn in Policy Analysis and Planning* im Jahr 1993, herausgegeben von Frank Fischer und John Forester, legen Frank Fischer und Herbert Gottweis einen weiteren Sammelband vor, in dem sie eine Erhebung des status quo einer Policy-Analyse versuchen, die Argumentation und Sprache in das Zentrum ihrer Analyse rückt, und in die Vielfalt der theoretischen und methodologischen Ansätze dieser ‚Argumentative Policy Analysis‘ einführen.

Der Band gliedert sich in eine Einleitung der Herausgeber und in fünf Teile, in denen jeweils mehrere Beiträge versammelt sind. Im ersten finden sich Arbeiten von John S. Dryzek und Carolyn M. Hendriks über die Deliberation und ihr Verhältnis zu anderen Arten der politischen Kommunikation sowie von Patsy Healy über kommunikative Praktiken im Planungsprozess. Die beiden Beiträge des zweiten Abschnittes beschäftigen sich mit dem Feld des Diskursiven Institutionalismus (Vivien A. Schmidt) und der ‚frame analysis‘ (Mary Hawkesworth).

Der dritte Teil des Buches widmet sich den neuen Medien als politischem Faktor. Während Stephen Coleman die Rolle des Internets und des Filmes in der Policy-Analyse analysiert, fokussieren Leonie Sandercock und Giovanni Attili auf die Rolle der Bildanalyse bei der Untersuchung von Multimedia-Applikationen im Policy-Prozess. Herbert Gottweis konzentriert sich in seinem Beitrag zum vierten Abschnitt auf die Rolle der Rhetorik in der Policy-Analyse, Sanford F. Schram behandelt den Ansatz der semiotischen Analyse.

Teil fünf des vorliegenden Bandes beschäftigt sich mit aktuellen Debatten zu grundlegenden Theorien der Argumentative Policy Analysis. Während Hubertus Buchstein und Dirk Jörke sich mit jüngeren Entwicklungen der Auseinandersetzungen rund um die Ansätze von Habermas und Foucault befassen,



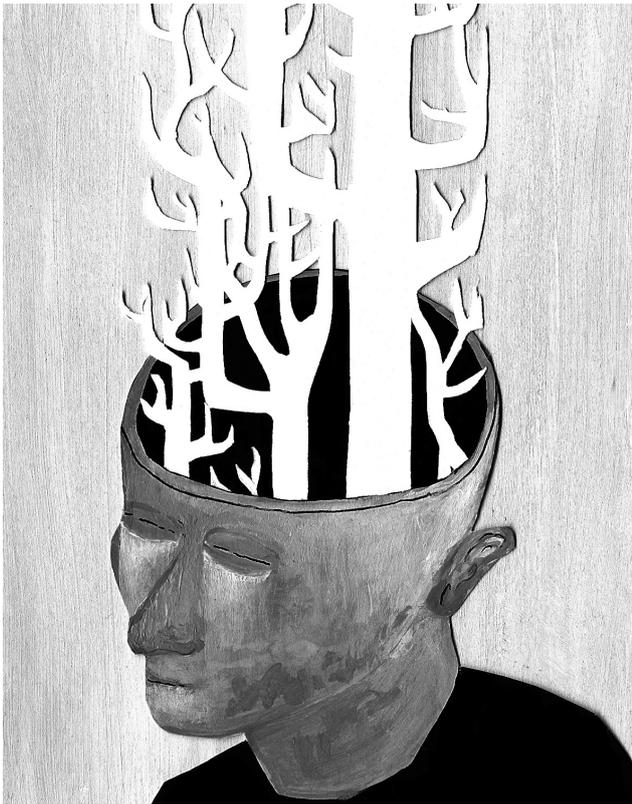
führen David Howarth und Steven Griggs in ihre Modelle der poststrukturalistischen Analyse ein. Am Ende des Buches setzen sich Frank Fischer und Alan Mandell mit der Rolle von Lernprozessen für Planungsprozesse und die Policy-Analyse in der Gegenwart auseinander.

Der Band ist eine umfassende Einführung in die Mannigfaltigkeit der Ansätze im Bereich der Argumentative Policy Analysis. Außer Frank Fischer ist keineR der AutorInnen von 1993 mehr vertreten. Doch es gelang, prominente AutorInnen zu gewinnen, die ihre eigenen Ansätze in recht unterschiedlicher Weise vorstellten. Sie stehen für eine gewisse Repräsentativität der hier vorgestellten Ansätze: die Auswahl musste aufgrund der Breite und Uneinheitlichkeit des Feldes dennoch unvollständig bleiben und viele Strömungen mussten außen vorgelassen werden oder wurden nicht im Detail behandelt.

Dennoch ist es gelungen, wichtige Bereiche die 1993 nur wenig berücksichtigt wurden, wie die poststrukturalistische Diskursanalyse, aufzunehmen. Fischer und Gottweis bieten letztlich eine nützliche Zusammenschau wichtiger Forschungsansätze nach dem Argumentative Turn in der Policy-Analyse. So ist das Buch eine lesenswerte Einführung für Studierende ebenso wie für Fortgeschrittene und regt zur weiterführenden Lektüre an.

*Thomas Immervoll*

Fischer, Frank/John Forester (Hg.) (1993): *The Argumentative Turn in Policy Making and Planning*. Durham/London: Duke University Press.



“Geister” & “Verwirrung”

# Impressum

**HerausgeberIn:** Institut für Politikwissenschaft (ipw)

**MedieninhaberIn, VerlegerIn:** ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

**Hauptverantwortliche dieser Ausgabe:** Dominik Hultsch, Melanie Konrad

**Redaktionsteam:** Korozana Çelaj, Kathrin Glösel, Dominik Hultsch, Thomas Immervoll, Melanie Konrad, Michael Mayrhofer, Richard Sattler, Anna-Lena Tomeczek, Sebastian Weise, Stefan Weiss

**Kontakt:** Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, E-Mail: [politix.politikwissenschaft@univie.ac.at](mailto:politix.politikwissenschaft@univie.ac.at)

Art direction, Produktion: Benjamin Gaier ([benjamin.gaier@gmail.com](mailto:benjamin.gaier@gmail.com))

Onlinepublikation unter [www.univie.ac.at/politikwissenschaft](http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft)

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Bilder:

Dominik Hultsch & Michael Mayrhofer (Cover), Mote Scherr (9, 19, 25, 47, 55), Rapideum (38), Christian Dewald (39)



### **Wir suchen:**

engagierte und gesellschaftskritische Menschen, sowohl StudentInnen, als auch AbsolventInnen sowie MitarbeiterInnen der Universität Wien.

*Die Redaktionstätigkeit ist unentgeltlich und ermöglicht sowohl das Verfassen eigener Artikel, als auch die Betreuung von Artikelanfragen.*

*Das Politix gibt es auch online unter:*

*<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelles-heft/>*

*Hast Du noch Fragen zur Mitarbeit, dann schick einfach eine Mail an [politix.politikwissenschaft@univie.ac.at](mailto:politix.politikwissenschaft@univie.ac.at)*

*Die nächste Redaktionssitzung wird auf Facebook angekündigt.*